

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 15. Oktober 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement: Berlin. 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk.
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
Einzeln: Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnement: 1.10 Mk. pro Monat.
Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-
verzeichnisse. Unter Anzeigeband für
Deutschland und Oesterreich, Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Dolland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
Befragt für die sechsgeheftenen Anzeigen-
zeile oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Berührungsanzeigen 30 Pf.
„Kleine Anzeigen“, das festgebundene
Wort 20 Pf. (zweifach festgebundene
Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
Straßenanzeige und Schließelanzeigen
zeigen das erste Wort 20 Pf., jedes
weitere Wort 5 Pf. Karte über 16 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Zusätze
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Die Internationale gegen den Krieg.

Parteilgenossen!

Die Befürchtung, daß aus dem Balkankrieg leicht ein Weltbrand entstehen könne, lastet schwer auf den Völkern Europas. Die Diplomatie, deren Unfähigkeit und Unaufrichtigkeit gerade jetzt wieder vor aller Welt bloßgelegt ist, kann mit der Versicherung, durch das Einberufen der Großmächte sei dafür gesorgt, daß sie durch den Krieg auf dem Balkan nicht in Mitleidenschaft gezogen würden, sondern daß der Krieg lokalisiert werden würde, keinen Glauben finden.

Unsere Parteipresse hat von vornherein auf die Gefahr des Weltkrieges hingewiesen und die Regierung davor gewarnt, sich in kriegerische Verwicklungen hineintreiben zu lassen. Das Proletariat kann durch keine Klünste in eine kriegerische Stimmung hineingeführt werden. Das Proletariat aller von der Kriegsgefahr bedrohten Länder ist vielmehr eines Sinnes: es verabscheut den Krieg und ist entschlossen, mit aller Kraft seine Ausdehnung zu verhindern. Das Internationale Bureau wird dieser Auffassung, in der das internationale Proletariat völlig einig ist, entschiedenen Ausdruck geben. Im Hinblick auf den Ernst der Situation haben wir beantragt, daß das Bureau, dessen Sitzung auf den 28. d. Mts. anberaumt ist, wenn irgend möglich, schon früher zusammentritt.

Unsere Parteilgenossen müssen auf der Hut sein, und jede Gelegenheit ergreifen, um in wichtigen Demonstrationen für den Weltfrieden einzutreten. In ganzen Reichs sind zu diesem Zwecke Massenversammlungen sofort zu veranstalten. Wie das Proletariat über den länderübergreifenden, blutigen Imperialismus urteilt, wird bereits in den Versammlungen, die am Sonntag, den 20. d. Mts., in Preußen stattfinden, zum entschiedenen Ausdruck gelangen. Die Knochen auch nicht eines einzigen Proletariats dürfen geopfert werden! Unsere Parole lautet klar und entschieden:

Nieder mit dem Krieg!

Berlin, den 14. Oktober 1912.

Der Parteivorstand.

Das Internationale Bureau in Brüssel überfendet uns das folgende Manifest der Sozialisten der Türkei und der Balkanländer:

An das arbeitende Volk der Balkanstaaten und Kleasiens!
An die Arbeiter-Internationale!
An die öffentliche Meinung!

Der Krieg steht vor der Tür. Wenn diese Zeilen erscheinen, ist er wahrscheinlich eine fertige Tatsache.

Aber wir Sozialisten der Balkanländer und des nahen Orients, die der Krieg direkter berührt, werden uns nicht von der chauvinistischen Woge fortreißen lassen. Wir erheben lauter als je unsere Stimme gegen den Krieg und laden die arbeitenden und bäuerlichen Massen, wie alle aufrichtigen Demokraten ein, sich uns anzuschließen, um der Politik der blutigen Gewalt mit ihren unheilvollen Folgen unsere Auffassung der internationalen Solidarität entgegen zu setzen.

Die Proletarier der Balkanländer haben nichts bei einem Abenteuer zu gewinnen, denn Sieger wie Besiegte werden gleichermaßen sehen, wie der Militarismus, die Bureaucratie, die politische Reaktion und die Finanzpekulation mit ihrer lächerlichen Gefolgschaft der Steuerlasten und Lebensmittelpreuerung, der Ausbeutung und des Elends auf den Leidenhaufen und Ruinen härter und frecher als je ihr Haupt erheben werden.

Für die Balkanländer wird der Krieg überdies noch andere Folgen haben, die sich aus ihrer politischen und geographischen Situation ergeben. Im Falle sie als Sieger aus dem Konflikt hervorgingen und das türkische Reich zerrissen würde, würde der Löwenanteil, das heißt: die wirtschaftlich reichsten Regionen und die wichtigsten strategischen Punkte die Beute der großen kapitalistischen Mächte, die sich seit Jahrhunderten gegen uns und gegen aus dem Orientgebiet herausziehen.

Oesterreich in Saloniki, Rußland am Vostorus und im östlichen Anatolien, England in Arabien, Deutschland im übrigen Anatolien und Italien im südlichen Albanien — so ungefähr sähe nach einem eventuellen Zusammenbruch des osmanischen Reiches die Orientkarte aus.

Nun, an dem Tage, an dem die Balkanstaaten in die Klauen der Mächte fallen werden, wird es um ihre nationale Unabhängigkeit gehen. Den politischen und öffentlichen Freiheiten der Völker wird mit dem Militarismus der Garau gemacht werden und die monarchische Autokratie, gestärkt durch ihren Sieg über die Türken, wird mit neuen Krediten für ihre Armeen neue Privilegien für die Herrscher fordern. Nach diesen schweren Prüfungen werden die nationalen Kämpfe der Völker weitergehen. Ja, sie werden dann durch die Aspirationen der einen und anderen um die Hegemonie nur noch heftiger entbrennen.

Eine siegende Türkei wird uns einen neu ausbrechenden religiösen Fanatismus und muslimännischen Chauvinismus, den Triumph der politischen Reaktion, den Verlust der wenigen mit so vielen Opfern erkaufen Verbesserungen in der inneren Regierung des Landes bringen und überdies den imperialistischen Triumph Oesterreichs und Rußlands herbeiführen, die sich als Retter der besiegten Balkanmächte ausspielen werden, um ihr selbstsüchtiges Protektorat über die ruinierten Völker zu erweitern.

Um den Krieg zu rechtfertigen, berufen sich die Nationalisten der Balkanstaaten auf die Notwendigkeit, die nationale Einheit herzustellen oder wenigstens die politische Autonomie für ihre Nationengenossen, die sich unter türkischer Herrschaft befinden, zu erlangen.

Die sozialistischen Parteien widersehen sich sicherlich nicht der politischen Vereinigung der nationalen Elemente ihrer Länder. Das Recht der Nationalitäten auf ein autonomes Leben ist eine direkte Konsequenz der von der Arbeiter-Internationale geforderten politischen und nationalen Gleichheit, der Unterdrückung jeden Privilegs der Klasse, Rasse, Rasse und Religion. Wird diese Vereinigung durch die Tatsache einer Aufteilung der Völker und Territorien der Türkei zwischen den kleinen Balkanstaaten erreicht werden? Werden die Türken unter bulgarischer, serbischer oder griechischer Herrschaft ihre nationale Einheit haben? Werden die Serben vom Kosi-Bozar und Alt-Serbiens, die Bulgaren, die Griechen, die Albaner Mazedoniens, die bei einer Teilung eventuell unter das Joch Italiens oder Oesterreichs kämen, die Armenier und die Kurden aus dem östlichen Anatolien, die Türken, Griechen, Bulgaren des Wilajets von Adrianopel, die die Beute Rußlands werden, ihre nationale Einheit verwirklichen können?

Völgertum und Nationalismus sind unfähig eine wahrhafte und dauernde nationale Einheit herzustellen. Was durch den Krieg geschaffen wurde, kann durch einen anderen Krieg wieder zerstört werden. Die nationale Einheit, die sich auf die nationale Unterjochung anderer Massen gründet, trägt in sich selbst das Erbfluch, das sie ohne Unterlaß bedroht. Der Nationalismus ändert nur an den Namen der Herren und an den Graden der Unterdrückung — aber er läßt sie bestehen. Nur die politische Demokratie mit ihrer wahrhaften Gleichheit für alle Elemente, ohne Unterschied der Rasse, Religion und der Klasse kann eine wahre nationale Einheit schaffen.

Das nationalisistische Argument ist in Wahrheit nur ein Vorwand der Balkanregierungen. Der wahre Beweggrund ihrer Politik ist die Tendenz nach wirtschaftlicher und territorialer Expansion, die alle Länder mit kapitalistischer Produktion charakterisiert. Die Nachbarn der Türkei suchen bei ihr dieselben Vorteile wie die Großmächte, die sich hinter den kleinen Staaten verstecken: sie wollen den Markt für die Abhebung ihrer Waren, die Unterdrückung ihrer Kapitalien und jenes Ueberschusses von bürokratischem Personal, für das in der Hauptstadt kein Platz mehr ist.

Aber wenn wir die schwere Verantwortlichkeit der Balkanstaaten in dem in Aussicht stehenden Kriege wie in der Vergangenheit aufzeigen, als sie die innere Umwandlung der Türkei verhinderten; wenn wir die Doppelzängigkeit der europäischen Diplomatie anklagen, die niemals ernsthafte Reformen in der Türkei gewollt hat, so wollen wir darum keineswegs die Verantwortlichkeit der türkischen Regierungen selbst vermindern. Wir klagen sie vor der zivilisierten Welt, vor dem Volk des türkischen Reiches und ganz besonders vor den muslimännischen Massen an, mit deren Hilfe sie ihre Herrschaft aufrechterhalten können. Wir werfen dem türkischen Regime die vollständige Abwesenheit wahrer Freiheit und Gleichheit für die Nationen vor — einen absoluten Mangel an Sicherheit und Garantie des Lebens, der Rechte und Güter der Staatsbürger — das Fehlen jeder Gerichtsbarkeit, einer unparteiischen, anständigen Verwaltung. Die türkische Regierung hält an einem veraltetem Steuersystem mit den schwersten Lasten fest. Sie ist gegenüber allen Ansuchen nach Reformen für die Arbeiter, für die muslimännischen und nichtmuslimännischen Bauern taub geblieben. Sie hat nur die Grundherren unterstützt und die Romadenstämme auf die schutzlosen Bauern losgelassen.

Die türkischen Regierungen haben durch ihre sprichwörtliche Trägheit das Elend, die Unwissenheit, die Auswanderung, die Räuberei, die Massenmorde in Anatolien und Rumelien, mit einem Wort die Anarchie hervorgeufen und befördert — die nun als Vorwand für die Interventionen und den Krieg dient.

Die Hoffnung, daß das neue Regime durch Inaugurierung einer neuen Politik der Vergangenheit ein Ende machen würde, ist gänzlich gescheitert. Die aufeinander folgenden türkischen Regierungen haben nicht nur die Fehler der Vergangenheit fortgesetzt, sondern sie haben ihre Autorität und das Prestige eines der Türkei oktroyierten Scheinparlamentarismus dazu benützt, um ein System der Entnationalisierung und der Unterdrückung in Verbindung mit einem übertriebenen bürokratischen Zentralismus anzuwenden, das die Rechte der Nationalitäten und die Forderungen der arbeitenden Massen unterdrückt. In mancher Hinsicht haben die Männer des neuen Systems sogar das alte übertrumpft, indem sie die systematische Ermordung politischer Gegner zu einem Regierungssystem entwickelt hatten.

Wir erkennen jedoch den Völkern — und nur diesen — das

Recht zu, über ihr Schicksal zu verfügen. Wir setzen dem Kriege, den wir als ein Mittel, die politischen und sozialen Probleme zu lösen, mit allen Kräften entgegen, die Aktion der Bewußten und organisierten Massen entgegen.

Auf das blutige Ideal der Nationalisten, das Schicksal der Völker durch den Krieg zu entscheiden und ihre Rechte und Gebiete zu verschachern, antworten wir mit der Befestigung der gewaltlosen Notwendigkeit, die bereits von der Interbalkanischen sozialistischen Konferenz zu Belgrad 1909 proklamiert wurde, alle Völker des Balkan und des nahen Orient, ohne Unterschied der Rasse und der Religion, in einer demokratischen Form aufs Engste zu vereinen.

Außerhalb dieser Föderation der Völker des europäischen Orients ist für diese keine nationale dauernde Einheit möglich. Anders kann es keinen wirtschaftlichen und raschen sozialen Fortschritt geben, denn ihre Entwicklung wird unaufgebrochen von der immer wieder rückkehrenden inneren Reaktion und der Domination von außen bedroht.

Was insbesondere das türkische Reich betrifft, so sind wir der Meinung, daß eine radikale Reform im Innern allein den Frieden und das normale Leben wieder bringen, die auswärtigen Einmischungen und die Gefahr des Krieges beseitigen und schließlich die demokratische Föderation des Balkans möglich machen kann.

Nicht durch Wiederbelebung von halbhunderjährigen Projekten, wie die türkische Regierung es plant, ist das Nationalitätenproblem zu lösen, sondern nur durch die Verleihung der wahren Freiheit und der vollen Autonomie der Nationalitäten für ihre kulturellen Institutionen — Schulen, Kirchen usw. — Durch Schaffung einer lokalen Regierung nach Bezirken — Kantonen und Gemeinden — auf Grund einer Verhältnißvertretung der Völkerelemente und der Parteien und der Gleichberechtigung der Sprachen.

Nur eine Verwaltung, in der die verschiedenen Völker des Reiches vertreten sein werden, wird die notwendigen Garantien für ein unparteiisches Vorgehen bieten.

Nur die Agrarreform, die Steuerreform, eine soziale Gesetzgebung, Garantien für die Vereins- und Versammlungsfreiheit werden den arbeitenden muslimännischen und nichtmuslimännischen bäuerlichen Massen Vertrauen zu dem neuen Regime geben.

Diese Reformen mögen der türkischen Bureaucratie, das heißt: den wenigen Tausenden, die an ihren Privilegien festhalten, nicht genehm sein. Aber sie werden in höchstem Maße dem türkischen Volke von Vorteil sein.

Die Lösung der großen Probleme des osmanischen Reiches wird den Mittelmännern die nationale Sicherheit garantieren und ihnen ermöglichen, an ihrer ökonomischen, politischen und sozialen Entwicklung zu arbeiten.

Dies ist das Programm, für dessen Verwirklichung wir nicht nur die Mithilfe des Proletariats der Balkanstaaten, sondern die des internationalen Sozialismus anrufen.

Wir Sozialisten des Balkans und des nahen Orients haben das hohe Bewußtsein der doppelten Rolle, die uns gegenüber dem gesamten Proletariat der Welt und uns selbst gegenüber zufällt. Zudem wir die von den Regierungen und der chauvinistischen Presse entfesselte Kriegsströmung zurückzuschlagen, gegen jene eingewurzelt, von einer falschen Erziehung genährten Affekte kämpfen, die den Kampf zwischen den Nationalitäten und die Klassenherrschaft begünstigen, erfüllen wir ungeschwächt unsere Pflicht der internationalen Solidarität.

Tatsächlich befinden wir uns einfach auf Vorposten, denn der Krieg auf dem Balkan trägt in sich die nahe Gefahr für den allgemeinen Frieden. Appetitregend wie er auf die großen Staaten wirkt und indem er den imperialistischen noch Eroberung gierigen Elementen in der Politik die Vorherrschaft gibt, kann er nicht nur den Konflikt zwischen den Nationen, sondern auch den Bürgerkrieg heraufbeschwören. Und da die kapitalistischen Regierungen der verschiedenen Länder durch die aufeinanderfolgenden Siege des Proletariats in ihre letzten Verhängungen gedrängt sind, werden sie die sich ihnen darbietende Gelegenheit nicht verabsäumen, um unseren Kampf für die Befreiung, die Zivilisation und den menschlichen Fortschritt in dem Blut der Massen zu ertränken oder durch eine fesselnde Gesetzgebung zu erwürgen.

Seit Wochen und Monaten führen wir eine Kampagne gegen den Krieg. Besonders in diesem Augenblick müssen wir die Stimme zum stärksten Protest erheben. Wir sprechen hiermit unseren festen Willen aus, mit allen unseren Kräften den Kampf zu unterstützen, den das Proletariat der ganzen Welt gegen den Krieg, gegen den Militarismus, gegen die kapitalistische Ausbeutung, für die Freiheit, für die Gleichheit, für die Befreiung der Massen und Nationalitäten, mit einem Wort: für den Frieden führt!

Nieder mit dem Krieg!
Es lebe die internationale Solidarität der Völker!

Die Sozialisten der Türkei und der Balkanstaaten.

Das Internationale Sozialistische Bureau begleitet dieses Manifest mit folgenden Bemerkungen:

Einzig der Sozialismus hat während des Aufruhrs im Balkan für den Weltfrieden gewirkt. Unsere Genossen im Orient haben trotz der entfesselten Leidenschaften, trotz ihrer aus ihrem kapitalistisch-zurückgebliebenen Willen heraus erflüchtlichen numerischen Schwäche, nicht einen Augenblick gezögert, auf der Straße wie im Parlament an die Besonnen-

heit zu obdunkeln und die kriegerischen Umtriebe der kapitalistischen Klassen zu bekämpfen.

In der serbischen Skupshtina haben einzig die beiden sozialistischen Deputierten Laptšević und Kraljević — als einzige gegen die ganze Bourgeoisie! — energisch gegen den Krieg protestiert.

In der Sobranje in Bulgarien hat der einzige dortige Sozialist, Sakajoff — gleichfalls ein einziger gegen die ganze Bourgeoisie — die Stimme für den Frieden erhoben, und beim Verlassen des Parlaments ist er von der chauvinistischen Meute mit Revolvergeschüssen traktiert worden.

Unsere um die Arbeiter-Internationale so verdienten serbischen und bulgarischen Genossen haben gezeigt, daß nur eine interbalkanische Verständigung mit der Türkei imstande ist, den Konflikt dauernd zu lösen.

Dieselbe Auffassung ist zu wiederholten Gelegenheiten von unseren Genossen in Oesterreich-Ungarn verteidigt worden, so noch in den österreichischen Delegationen am 8. Oktober dieses Jahres vom Genossen Dr. Ellenbogen, der im Namen der ganzen sozialistischen Fraktion sprach. In diesem Lande, dem Sitz einer Großmacht, die ganz besonders an den Vorgängen im Balkan interessiert ist, haben die Sozialisten nicht aufgehört, eine äußere wie innere demokratische Politik zu empfehlen, die auf der Autonomie der Nationalitäten basiert und die dahin geht, Reibungen zu vermeiden, die zu einem allgemeinen Brand führen können.

Diese mögliche Ausdehnung des Feuerherdes hat seinerseits das Exekutiv-Komitee des Internationalen Sozialistischen Bureau in seinem Manifest signalisiert, das anlässlich unserer internationalen Demonstration gegen den tripolitanischen Krieg im November 1911 veröffentlicht wurde. Damals haben wir die logische Konsequenz des räuberischen Aktes Italiens aufgezeigt, der wieder selbst durch das schlechte Beispiel der marokkanischen Eroberung herborgerufen war, die ihrerseits wieder der Mitschuld der stillschweigenden Einwilligung derselben Großmächte geschuldet war, die heute vorgeben, den Balkan hindern zu wollen, was sie selbst toleriert oder empfohlen oder sogar im Norden Afrikas verübt haben.

Das kapitalistische System ist eine Kette. Wenn Marokko Tripolis, Tripolis den Aufruf zu den Waffen im Balkan möglich gemacht hat, werden wir vielleicht morgen weitere Mobilisierungen und sicherlich eine neue Vermehrung militärischer Lasten erleben. Im Jahre 1910 beliefen sie sich bereits auf 1 1/2 Milliarden Frank pro Jahr. Von 1910 bis 1911 vermehrte sich die Ziffer um mehr als 500 Millionen und im Jahre 1912 haben wir die Bewilligung von vielen Millionen für die englische Marine erlebt, eben in diesem Augenblick kündigt die österreichisch-ungarische Regierung die Notwendigkeit von 450 Millionen neuer Militärforderungen an!

Dieses unaufhörliche Anwachsen des Militarismus kann nur die Katastrophe beschleunigen und der internationale Sozialismus schuldet es sich selbst, seinen Ruf gegen die Bestialität des Krieges zu wiederholen.

Mit unseren Freunden am Balkan protestieren wir gegen die bewaffnete Gewalt und kämpfen für die Abrüstung und das Schiedsgericht!

Mit unseren Genossen vom Balkan protestieren wir gegen die Heuchelei der Mächte, die sich als Beschützer der Balkanvölker aufspielen und friedensfreundliche Paraden aufziehen, indes sie Polen, Finnland und Persien erdroffeln und die Ausrüstung der montenegrinischen Räuberei bezahlen.

Wenn unsere Gruppen am Balkan noch nicht den nötigen Einfluß haben, um ihrem Willen, in Frieden und Freiheit zu leben, Macht zu geben, so zählen wir auf die Anstrengungen der großen sozialistischen Parteien, um fühl die Gefahren der gegenwärtigen Stunde zu überprüfen, die Ausführung der Resolutionen unserer internationalen Kongresse vorzubereiten und alle Eventualitäten ins Auge zu fassen, die uns aus dem Chaos herausführen.

Das wird auch die Aufgabe der nächsten Sitzung des Bureau sein.

Das Exekutiv-Komitee des Internationalen Sozialistischen Bureau.

E. Vanderbelde, Ed. Anseele, E. Furnemont, E. Gynsmans, Sekretär.

An diese bedeutungsvollen Kundgebungen schließen wir noch das Manifest an, das die Gesamtexekutive der österreichischen Sozialdemokratie im Namen der deutschen, tschechischen, polnischen, südslawischen, italienischen und ruthenischen Sozialdemokratie Oesterreichs erläßt. Es hat folgenden Wortlaut:

An das arbeitende Volk aller Nationen in Oesterreich!

Bulgarien und Serbien, Griechenland und Montenegro stehen in Waffen gegen die Türkei. Die Fürsten der Balkanhalbinseln haben den Mann aus den Armen seines Weibes, den Vater von seinen Kindern losgerissen, sie in ihre Uniformen gesteckt und auf das Schlachtfeld geschickt. Schon sausen die todbringenden Geschosse durch die Luft. Schon streuen die Maschinengewehre die Garben des Todes. Schon zerstören Schrapnells und Granaten in furchtbarem Blindschlag Menschenleben und Menschenfleisch. Tausende werden auf dem Schlachtfeld fallen, Tausende im Feldlager der Cholera, dem Typhus erliegen, Tausende nach unsäglichem Leiden verkrüppelt zu Weib und Kind zurückkehren. Während der Tod auf dem Schlachtfeld erntet, darben daheim, des Ernährers beraubt, Mütter, Frauen, Kinder! Rot und Hunger, Jammer und Verzweiflung überall! So enden die Menschlichkeit, das Christentum, die Kultur des kapitalistischen Zeitalters in den Greueln des Krieges!

Aber so furchtbar die Schrecken des Balkankrieges sind, droht uns noch viel schrecklichere Gefahr. Die Wirren im Südoften haben in ganz Europa kriegerische Gier geweckt. Die Staatsmänner der Großmächte spielen mit dem Feuer. Nie war die Gefahr des Weltkrieges größer als in diesen Tagen! Wenn es den Völkern nicht gelingt, die Staatsmänner der Großmächte zum Frieden zu zwingen, dann kann der Balkankrieg in einem Krieg der Großmächte enden: in einem Kriege, der die Millionenheere Oesterreichs, Deutschlands und Italiens, Russlands, Frankreichs und Englands in Bewegung setzt, über alle Völker Europas das furchtbarste Elend heraufbeschwört, die europäische Zivilisation in einem Weltbrand vernichten würde.

Der Erb- und Todfeind der europäischen Kultur, der russische Zarismus, rüstet zum Kriege. Eben erst blutbefleckt

aus dem Vernichtungskrieg gegen die Völker des eigenen Landes zurückgekehrt, bedroht er jetzt den Frieden Europas. Der Zarismus, der die besten Söhne des russischen Volkes auf seinen Richtstätten, in seinen Kerker, in den Eisenden Sibiriens gemordet hat; der Zarismus, der Polens nationales Leben erwürgt, der Ukraina das heilige Recht auf die Mutter Sprache geraubt, Finnlands verbrieft Rechte zerrissen, Persien geknechtet und zerstückelt hat — er mag es nach alledem, sich als Befreier und Beschützer der südslawischen Nationen zu gebärden, ihre jugendliche Volkskraft in seinen Dienst zu stellen und ganz Europa in Flammen zu setzen, um sich die Herrschaft am Bosphorus zu erobern!

Mit dem russischen Zarismus teilt der italienische Imperialismus die Blutschuld. Mitten im Frieden hat er die wehrlose Türkei überfallen. Mit Blut und Eisen, mit Galgen und Folter hat er die europäische Kultur nach Tripolis getragen! Sein Raubzug hat den Zwergstaaten des Balkans die erste Gelegenheit zum längst geplanten Eroberungskrieg geschaffen.

Zwischen Russland und Italien in der Mitte, hat aber auch Oesterreich-Ungarn sich mit schwerer Verantwortung belastet. Dieses Reich, das seine Völker in dem Zeitalter der Feuerung vor der bittersten Not nicht zu schützen vermag; das den verheerenden Bürgerkrieg seiner Nationen nicht beenden kann; das Ungarn mit der brutalen Gewalt der Tisza und Lučacs, Kroatien und Slawonien mit der Diktatur des Cuvaj beherrscht; das in Bosnien und der Herzegowina noch immer nicht das vor vierunddreißig Jahren gegebene Versprechen erfüllt hat, die christlichen Bauern vom türkischen Fendalrecht zu befreien — dieses Reich schickt sich heute an, als hätte es im eigenen Lande nicht genug zu tun, am fernen Balkan als Richter und Ordner aufzutreten!

Die Völker Oesterreichs haben nur ein Interesse am Balkan: friedlichen Warenaustausch mit den Balkanvölkern!

Unsere Industrie will in Serbien und Bulgarien ihre Waren absetzen. Dafür wollen wir von den serbischen und bulgarischen Bauern Vieh und Getreide kaufen. Daß dieser Warenaustausch seit vielen Jahren erschwert und gestört worden, ist nicht die Schuld der Serben und der Bulgaren. Es ist die Schuld der Agrarier in Oesterreich und in Ungarn. Um die Viehpreise in Oesterreich-Ungarn, von fremdem Wettbewerb ungestört, in die Höhe treiben zu können, haben die reichen Viehzüchter und Viehmäster es durchgesetzt, daß dem serbischen und bulgarischen Vieh unsere Grenzen gesperrt wurden. Kaufen wir von den Agrarstaaten des Balkans kein Vieh, dann sperren sie natürlich den Erzeugnissen unserer Industrie ihre Märkte. Das ist das Hindernis unseres Handels auf dem Balkan! Aber dieses Hindernis zu beseitigen, müssen wir keine Soldaten an die Grenze schicken. Es fällt, wenn wir die Macht der Agrarier in Oesterreich und Ungarn brechen, wenn wir ihre Zollmauern abtragen. Nicht Krieg gegen Serbien, sondern Kampf gegen die agrarische Hungerpolitik — das ist die Balkanpolitik, die wir brauchen!

Die Kriegsbeher — die Wiener christlichsoziale Presse an ihrer Spitze — wollen uns einreden, Oesterreich müsse in den Sandsthal einmarschieren, wenn Serbien dort Eroberungen machen wollte. Aber was mit dem unwirtschaftlichen Bergland geschieht, ist nicht unsere Sorge. Wir wünschen den Eroberungsgelüsten der Balkanfürsten keinen Erfolg. Aber wir wollen auch nicht das Blut unserer Soldaten vergießen, um dem verrotteten türkischen Feudalismus die Herrschaft über slawische Bauern zu sichern. Wer im Sandsthal herrschen soll, mögen sich Türken und Serben untereinander ausmachen! Die Interessen der Völker Oesterreichs werden dadurch nicht berührt. Und das kleine Serbien, das nicht mehr Bewohner zählt als die Stadt Wien allein, wird der stolzen Großmacht wohl auch dann keine Gefahr sein, wenn es um ein paar armselige Dörfer vergrößert wird! Der ganze Sandsthal ist nicht die Knochen eines österreichischen Arbeiters wert.

Das ist nicht nur unsere Ansicht. Die Herrschenden selbst haben erst vor vier Jahren ausdrücklich und feierlich vor ganz Europa bekundet, daß Oesterreich-Ungarn keine Eroberungen auf dem Balkan will. Wohl hat der Berliner Kongreß im Jahre 1878 Oesterreich-Ungarn das Recht eingeräumt, Truppen im Sandsthal zu halten. Aber im Jahre 1908 hat Oesterreich-Ungarn auf dieses Recht verzichtet und seine Truppen aus dem Sandsthal abgerufen. Es wäre der helle Wahnsinn, mit blutigen Opfern erobern zu wollen, was wir selbst freiwillig und aus eigenem Antrieb vor vier Jahren aufgegeben haben!

Darum hat Oesterreich keinen Grund, sich in die Balkanhändel zu mengen. Um des Sandsthal willen den Arbeiter aus seiner Werkstatt, den Bauern vom Pfluge zu reißen, das Blut unserer Brüder und Söhne zu opfern, in Zehntausende Familien Not, Jammer und Verzweiflung zu bringen, unserer Volkswirtschaft die schwersten Wunden zu schlagen, wäre ein beispielloses, ein unverantwortliches, ein unsühbares Verbrechen!

Oesterreich-Ungarn hat an dem armen, zerstückelten südslawischen Volke schon schwer genug gesündigt. Es weiß die Südslawen, die seiner Herrschaft unterworfen sind, nur mit der militärischen Diktatur zu regieren. Es hat die Bauern Serbiens durch seine großagrarische Wirtschaftspolitik zur Verzweiflung getrieben. Wenn es jetzt auch noch das Blut seiner Söhne vergießen wollte, um die Herrschaft türkischer Feudalherren über serbische Bauern zu schützen; wenn es den serbischen Bauern, denen es selbst ihre Waren nicht abnimmt, verwehren wollte, sich den Zugang zu anderen Absatzmärkten zu erkämpfen, dann würde es die Südslawen selbst in die Arme des russischen Zarismus treiben. Gerade weil wir in jeder Ausdehnung der Macht des Zaren die größte Gefahr für die europäische Kultur erblicken, fordern wir, daß Oesterreich-Ungarn den südslawischen Nationen nicht mit der Waffe in der Hand entgegen trete, daß es die Entfaltung ihrer Volkskraft nicht hemme.

In allen Ländern der Welt erhebt die Arbeiterklasse ihre Stimme gegen den Krieg, für den Frieden! Unsere Genossen in Russland und in Polen leben, die furchtbarsten Opfer nicht scheuend, ihren Kampf gegen den völkermordenden Zarismus fort. Unsere Genossen in Italien haben gegen den Raubkrieg in Tripolis protestiert. In Serbien und in Bulgarien haben sich die Vertreter der Arbeiterklasse in den Parlamenten mannhaft und tapfer der Kriegsbeher widersetzt. In Deutschland, in Frankreich, in England demonstriert die Arbeiterklasse für die Sache des Friedens! So steht den Kriegsbeher aller Länder und aller Nationen einig und geschlossen als stärkste Macht des Friedens die internationale Sozialdemokratie gegenüber.

In ihrem Geiste erfüllen auch wir in Oesterreich unsere

Pflicht. Auch wir erheben unsere Stimme, zu mahnen und zu warnen. Auch für die Völker Oesterreichs kann es in diesen Tagen der Gefahr nur einen Helfdrus geben:

Keine Einmischung in den Balkankrieg!
Nur eine Lösung: Der Balkan den Balkanvölkern!
Nur eine Parole: Erhaltung des Friedens!

Der Balkankrieg.

Die Balkanstaaten haben der Türkei und den Mächten ihre Reformforderungen mitgeteilt und diese sind so weitgehend, daß die Türkei sie unter keinen Umständen beivilligen könnte, ohne in Wirklichkeit auf ihre Souveränität zu verzichten. Den Notizen hat Griechenland noch ein Ultimatum folgen lassen, in dem es innerhalb einer 24stündigen Frist die Freilassung seiner Schiffe fordert.

Der morgige Tag wird wahrscheinlich auch die Entscheidung darüber bringen, ob Italien den Krieg fortführt oder nicht. Die heutigen Nachrichten lauten im allgemeinen optimistisch. Aber dieser Optimismus ist auch heute vor allem auf die Börsen berechnet, und man wird gut tun, sich seine Stehps in dieser wie in allen anderen Fragen zu bewahren, besonders auch gegenüber den zahllosen russischen Dementis. Der Kampf um die Begrenzung des Brandes muß jetzt von den Völkern mit aller Energie geführt werden, nachdem die letzten Ereignisse die Unfähigkeit und die Höflichkeit der Diplomatie so unwiderleglich kundgetan haben.

Die Meldung eines privaten Depeschembureaus, daß auch Bulgarien ein Ultimatum mit der Forderung der türkischen Demobilisierung binnen 24 Stunden gestellt habe, wird von anderer Seite nicht bestätigt.

Vom montenegrinischen Kriegsschauplatz.

Podgorica, 13. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die montenegrinische Nordarmee ist nach der Einnahme von Moikoway gegen Verane vorgerückt. Im hiesigen Spital liegen 310 Verwundete, darunter 18 Türken. Ein neuer Trupp Kriegsgefangener von 28 Mann ist hier eingetroffen.

Podgorica, 13. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die montenegrinische Nordarmee hat gestern unter General Bukotitsch die Stadt Bjelopolja in Mserbien eingenommen. Die Kämpfe dauerten bis 4 Uhr nachmittags. Als die Truppen in die Stadt einzogen, begrüßten die serbischen Einwohner die Montenegriner mit Jubel als Befreier vom fünfshundertjährigen türkischen Joch. Provisorische montenegrinische Behörden wurden eingesetzt.

London, 14. Oktober. Das Reutersche Bureau meldet aus Podgorica: Nach einem Telegramm des Generals Bukotitsch haben seine Truppen gestern die Höhe Bistitor bei Gufinje besetzt. Die Türken, die heftigen Widerstand leisteten, erlitten beträchtliche Verluste. An dem nämlichen Tage haben die Montenegriner zwei weitere Stellungen der Türken besetzt. Die Verluste der Montenegriner seit Beginn des Krieges betragen 256 Tote und 800 Verwundete.

Türkische Truppen überschreiten die serbische Grenze.

Belgrad, 14. Oktober. (Meldung des Wiener L. Z. Telegr.-Korr.-Bureau.) Einer um 9 Uhr früh aus Nistoway eingegangenen amtlichen Meldung zufolge überschritten heute um 5 Uhr früh die türkischen Truppen die serbische Grenze in der Nähe von Nistoway und griffen die serbischen Truppen an. Der Kampf hat begonnen.

Eine Mahnung Jaurès. — Die Sandsthalfrage.

Paris, 14. Oktober. (Privattelegramm des „Boriv.“) Jaurès schreibt in der heutigen „Humanité“, daß der Konflikt nur zu lösen wäre, wenn man ihn isoliert. Wenn die Mächte mit ihren Machtbegierden sich einmengen, ist Europa verloren und wird den dauernden Greueln eines Weltkrieges nur durch die Gewalt einer sozialen Revolution entgehen, die wir weniger wild erträumten. In jedem Falle ist eine Intervention zu verhindern. Die kommende Versammlung des Internationalen Bureau hat eine Verantwortung ersten Ranges. Selbst wenn der Wiener Kongreß wegen materieller Schwierigkeiten nicht zu beschleunigen ist, muß das Bureau gegen die Ausdehnung des Krieges sofort eine wirksame allgemeine Aktion des Proletariats organisieren.

Der „Temps“ berichtet aus Sofia, daß die von Bulgarien an die Türkei gerichtete Note kein eigentliches Ultimatum sei. Da die Türkei offenbar nicht oder nicht sofort antworten werde, wird Bulgarien, um seinen Vorprung in der militärischen Konzentration zu behalten, spätestens Dienstag früh die Pforte auffordern, binnen 48 Stunden ihre Absichten zu erklären. Dies wird das eigentliche Ultimatum sein. Außerdem bereite das bulgarische Kabinett eine geschichtliche Darlegung der bulgarisch-türkischen Beziehungen vor, das für die Kabinette und die Meinung Europas bestimmt sei. Der Korrespondent meldet dann weiter das immer zahlreichere Eintreffen serbischer Militärzüge in Sofia, was die Vermutung zulasse, daß die serbische Armee nicht im Sandsthal operieren werde. Es wird versichert, daß Serbien zugleich Oesterreich und Russland, wenngleich nicht in einer positiven Formel, benachrichtigte, daß es Operationen im Sandsthal möglichst vermeiden werde.

Aus Konstantinopel berichtet der „Temps“, daß der französische Gesandte Compard gestern abend im Auftrage Boissacés eine freundschaftliche aber doch sehr energische Vorstellung zugunsten eines Friedens mit Italien machte. Der Minister des Auswärtigen antwortete aber sehr ausweichend. In diplomatischen Kreisen glaubt man, die Türkei werde das italienische Ultimatum nicht beantworten.

„Journal des Debats“ schreibt über die Note der Balkanstaaten, daß eine Kriegserklärung unnötig geworden sei, weil die Forderung sofortiger Demobilisation ohne Gegenseitigkeit eine genügende Herausforderung wäre. Die Diplomaten können zwar noch Papiere austauschen, sie haben aber zu spät begonnen, um einen bewaffneten Zusammenstoß noch verhindern zu können, vorausgesetzt, daß alle wirklich vom Geist der Versöhnung erfüllt waren. Die Erholung der heutigen Börse beweist nichts für die

politische Lage, da die Börse lange nicht mehr ihre frühere Bedeutung hat, da der Effektenhandel in den Großbanken konzentriert und von ihnen beherrscht wird.

Gegen die Engländer!

London, 14. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Berichte über den Abbruch der Friedensverhandlungen Italiens mit der Türkei werden von dem Konstantinopeler Korrespondenten der „Daily Telegraph“ als unrichtig bezeichnet. Die Streitfrage soll nur formaler Natur gewesen sein. Sonntagabend 5 Uhr 35 Minuten sei der Punkt schon erledigt gewesen und die endgültige Unterzeichnung des Friedensschlußvertrages siehe bevor.

Dagegen erklärte Lord Morley heute im Oberhaus, daß die Friedensverhandlungen zwischen Italien und der Türkei eine ungünstige Wendung genommen hätten. Es sei jedoch unmöglich zu sagen, ob dies einem Abbruch der Verhandlungen gleichkomme.

Es kann nicht früh genug auf das gefährliche Treiben der deutschen Panzerpatriotenpresse hingewiesen werden, deren Gehartikel, die England als den eigentlichen interessierten Urheber des Balkankrieges hinstellen, von der hiesigen chauvinistischen Presse, wie der „Daily Mail“, liebevoll aufgenommen werden. Was kann der Beweggrund dieser Hege sein zu einer Zeit, da ein Einvernehmen zwischen Deutschland, England und Frankreich, wie Jaurès schreibt, von den Tatsachen selbst vorgezeichnet wird? Die Macht der Gewohnheit oder bedarf man eines neuen Stoffes für das Argument von den endlosen Lücken in den Rüstungen? England hat gewiß kein vollgerütteltes Maß Schuld an dem Zusammenbruch der Diplomatie. Aber war irgend eine der Mächte bereit, die Nachmittel, die eine Versicherung gegen den Krieg sein sollen, nötigenfalls zur Erhaltung des Friedens gegen den räubertüchtigen Balkanbund oder die faumtelige Türkei anzuwenden? Die törichte Legende, daß England allein den Krieg heraufbeschworen habe, wird allein schon durch die täglichen Nachrichten aus Indien widerlegt, nachdem dort die Mohamedaner, die Stützen der englischen Herrschaft in Indien, den Angriff des Balkanbundes auf den Kalifen in zitternder Erregung verfolgten.

Nach offizieller Nachricht aus Konstantinopel haben die Montenegriner Sienika im Sandschak Novibazar angegriffen. Aus Belgrad wird gemeldet, daß die Türken heute morgen serbische Truppen bei Nistobaz angegriffen haben. Das Gefecht entwickelte sich auf der ganzen Grenzlinie von Nistobaz bis Brlagosa. Die Serben wurden übermäßig, Schlagen aber den Angriff ab. Das Gefecht dauert noch fort.

Die Türkei und die Balkanstaaten.

Die Antwort Bulgariens.

Sofia, 14. Oktober. (Meldung der Agence Bulgare.) Die Note, welche der türkischen Gesandtschaft übermittelt wurde, zählt radikale Reformen auf, welche allein das elende Los der christlichen Bevölkerung wirklich besser gestalten könnten, nämlich: Autonomie der Verwaltung der Provinzen, belgische oder Schweizer Generalgouverneure, aus Wahlen hervorgegangene Provinziallandtage, Landes-Gendarmerie und Milizen und freien Unterricht. Die Ausführung dieser Reformen soll einem Höheren Rat anvertraut werden, der sich aus Christen und Muselmanen in gleicher Zahl zusammensetzt und unter der Aufsicht der Botschafter der Großmächte und der Gesandtschaften der vier Balkanstaaten in Konstantinopel steht. Die Pforte wird aufgefordert, zu erklären, daß sie diese Forderungen annimmt, indem sie sich verpflichtet, die in der Note und in der beigefügten erklärenden Ergänzungsnote enthaltenen Reformen binnen sechs Monaten durchzuführen. Außerdem soll die Pforte als Beweis ihrer Zustimmung das Mobilisationsdekret rückgängig machen.

Unmittelbar nach der Uebersmittlung dieser Note übergab der Minister des Aeußern dem österreichisch-ungarischen und dem russischen Gesandten die Antwort auf ihre gemeinsame Note. In dieser Antwort drückt die bulgarische Regierung, die sich mit den Regierungen von Griechenland und Serbien einig ist, ihren Dank für das Interesse aus, das die Mächte zugunsten der Bevölkerung der europäischen Türkei gezeigt haben. Sie ist jedoch der Ansicht, daß es grausam wäre, nicht den Versuch zu machen, für die drückende Bevölkerung des ottomanischen Kaiserreiches radikalere und bestimmtere Reformen zu erlangen, welche allein ihr elendes Los wirklich besser gestalten könnten. Daher haben die Regierungen der drei Balkanstaaten geglaubt, sich an die Regierung Seiner Majestät des Sultans direkt wenden zu müssen, indem sie ihm die Reformen, die einzuführen sind, und die Garantien mitteilen, die er für ihre aufrichtige Anwendung wird gewähren müssen.

Die Antwortnote der serbischen Regierung hat denselben Wortlaut.

Die Türkei bleibt bei ihrem früheren Vorschlag.

Konstantinopel, 14. Oktober. In der Antwortnote der Pforte erklärt der Minister des Aeußeren, daß die Pforte die Notwendigkeit der Durchführung von Reformen anerkannt habe, welche für die Verwaltung des Reiches anwendbar seien, um das Gedeihen, die Eintracht und die Harmonie unter den heterogenen Bestandteilen des Reiches zu sichern. Er glaube aber, daß eine fremde Einmischung in diesem Werke nicht nützlich sein werde, wenn die bis jetzt gemachten Reformversuche nicht geglückt seien, so liege die Ursache in den Störungen, die von den bekannten Herden der Verhütung hervorgegangen worden seien. Der Minister erklärte ferner, daß die Pforte sich vollständig von den Mächten angewandten Anstrengungen anschließen werde, um Konflikten vorzubeugen, die großes Unglück im Gefolge haben würden und deren Ausdehnung niemand voraussehen könne. Der Minister weist weiterhin auf die Bedeutung des Artikels 23 des Berliner Vertrages hin und erklärt, die Pforte sei entschlossen, das Gesetz von 1880 in seinem ganzen geschichtlichen Umfange anzuwenden, und werde einen entsprechenden Gesetzentwurf bei der Eröffnung des Parlaments einbringen. Die gegenwärtige Regierung dürfe nicht für die Winkelfüge der Vergangenheit verantwortlich gemacht werden; sie sei entschlossen, mit der Vergangenheit zu brechen. Die ottomanischen Behörden würden den Befehl erhalten, unverzüglich das Gesetz von 1880 in Kraft treten zu lassen.

Ein griechisches Ultimatum.

Athen, 14. Oktober. Die griechische Regierung beauftragte ihren Gesandten Grigoris in Konstantinopel, der Pforte wegen der Beschlagnahme griechischer Handelsschiffe eine Note zu überreichen. In der Note wird unter Festlegung einer Frist von 24 Stunden verlangt, daß die Schiffe freigegeben und deren Eigentümer entschädigt werden.

Griechische Kriegsankündigung. Einverleibung Kretas.

Athen, 14. Oktober. Bei dem Wiederzusammentritt der Kammer wurden die kretischen Abgeordneten mit Beifall begrüßt. Ministerpräsident Venizelos erklärte, die Regierung nehme das unionistische Votum der kretischen Versammlung an und erkläre in aller Form, daß in Zukunft nur eine einzige Kammer für Kreta und Griechenland bestehe, er fordere die kretischen Abgeordneten auf, sich nach Kreta zu begeben, wo Neuwahlen gemäß der griechischen Verfassung vorzunehmen seien.

Venizelos erklärte weiter, trotz des Wunsches nach Frieden werde Griechenland, das sich nicht nur moralisch und materiell, sondern durch die Hilfe der verbündeten Staaten auch stark fühle, siegesgewiß allen Gefahren die Stirn bieten.

Englische Truppen in Kreta.

Rafsa, 13. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Das zweite Bataillon des Regiments Northamptonshire hat Befehl erhalten, sich zur Einschiffung nach Kreta bereitzuhalten.

Italien und die Türkei.

Die Friedensunterhandlungen.

Paris, 14. Oktober. Die Agence Havas meldet aus Dudy: Heute nachmittags wird eine Besprechung der Friedensunterhändler stattfinden. Es scheint eine Entspannung der Lage eingetreten zu sein. In jedem Falle besteht mehr Hoffnung als gestern, daß eine friedliche Lösung zustande kommt.

Paris, 14. Oktober. Wie die „Agence Havas“ aus Dudy meldet, ist die heutige Besprechung der türkischen und italienischen Delegierten abends um 5 Uhr geschlossen worden, ohne daß ein endgültiges Ergebnis erzielt worden wäre. Eine gut unterrichtete Persönlichkeit erklärte, sie habe von der Besprechung den Eindruck bekommen, daß die Verständigung einen großen Schritt vorwärts getan habe.

Erklärungen Giolitti.

Rom, 14. Oktober. Der „Avanti“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem italienischen Ministerpräsidenten Giolitti, in der dieser bestätigt, daß die türkische Regierung, nachdem bereits eine vollständige Uebereinstimmung erreicht worden war, im letzten Augenblick wanken ließ, sie wünsche, daß die Punkte, zu denen Italien sich verpflichtet, sofort ausgeführt werden sollten, während die Ausführung der italienischen Forderungen, wie zum Beispiel die Zurückziehung der libyschen Truppen und die Proklamation an die Araber aufgeschoben werden sollten. Wir konnten, sagte Giolitti, einer solchen Annahme nicht einmal Erwägung schenken. Es herrsche keine Meinungsverschiedenheit über den Gegenstand des Vertrages, sondern einzig und allein über den Ausschub der Durchführung der türkischen Verpflichtungen. Im Falle des Scheiterns der Verhandlungen, erklärte Giolitti, werden wir den Krieg verschärft weiter führen, nur für unsere Rechnung. Wir lassen uns einzig und allein durch unsere Interessen und unsere Ziele leiten, an denen die Ereignisse auf dem Balkan keinerlei Aenderung hervorbringen können.

Auf die Frage, ob Italien mit den Balkanstaaten vor eine europäische Konferenz verwiesen werden könnte, antwortete der Ministerpräsident: Unsere Aktion und diejenige der Balkanstaaten haben nichts miteinander gemeinsam. Es handelt sich da um getrennte Ziele. Infolgedessen müssen auch die politischen und militärischen Aktionen, die sich daraus ergeben, getrennt bleiben. Es ist jedenfalls ausgeschlossen, daß unser Konflikt mit der Türkei auf einer europäischen Konferenz besprochen und beraten werden könnte. Giolitti ist weiter der festen Meinung, daß man für den europäischen Frieden nicht zu fürchten brauche.

Die Araber Tripolitaniens und der Friedensschluß.

Konstantinopel, 13. Oktober. Wie es heißt, hat der Kommandant von Venghaf Endur Bey an eine hohe Persönlichkeit einen Brief gerichtet, in dem er erklärt, es werde ihm unmöglich sein, selbst nach dem Friedensschluß mit Italien die türkischen Truppen zurückzulassen und die Araber im Stich zu lassen, sofern nicht diese selbst ihn freilassen. Der Brief wurde am 7. d. Mts. dem Ministerrat unterbreitet. Am folgenden Tage wurde auf Einladung der Regierung ein großer Rat höherer Generalsstabsoffiziere einschließlich Mahmud Schewket Paschas auf der Pforte zusammenberufen. Der Rat sprach sich dahin aus, daß der Friedensschluß mit Italien angesichts der gegenwärtigen Lage auf dem Balkan von militärischen Gesichtspunkten aus notwendig sei. Es wird erklärt, die Pforte suche jetzt mit dem Großsultan der Senussi ein Abkommen zu treffen, wonach ihm gewisse religiöse Vorrechte zugestanden werden, damit er seinen Einfluß für die Pazifizierung der Araber von Tripolis und Venghaf geltend mache.

Ausweisung des Genossen Rakowski.

Wien, 14. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Freitag abends wurde der eben in Rustschuk angekommene bekannte rumänische Genosse Dr. Rakowski dort verhaftet und auf die Polizei gebracht. Der Grund ist, daß er den Aufruf der Sozialisten Rumäniens und der Türkei mit unterzeichnet hat. Auf eine Frage der hiesigen Polizei beim Ministerium des Innern in Sofia kam die Antwort, man möge Dr. Rakowski morgen früh nach Giurgiewo in Rumänien überstellen und ihm das Dekret über die Ausweisung aus Bulgarien einhändigen. Bekanntlich ist seinerzeit Rakowski, der tatsächlich rumänischer Staatsbürger ist, aus Rumänien ausgewiesen worden, unter dem Vorwand, er sei Bulgare.

Das Petroleummonopol.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ veröffentlicht an der Spitze ihrer letzten Nummer einige Mitteilungen über die von der Regierung geplante Monopolisierung des deutschen Petroleumhandels. Sind diese Mitteilungen auch — wie es scheint, abfälschlich — so gehalten, daß sie kein deutliches Bild der Einrichtung geben, so beanspruchen sie doch ein solches Interesse, daß wir ihren wichtigsten Teil hier wiedergeben.

Geplant ist nicht ein Staatsmonopol, sondern ein Privatmonopol — angeblich deshalb nicht, weil ein

Staatsmonopol erstens eine erhebliche Zahl von Beamten erfordern und zweitens die freie Betätigung von Handel und Finanz ausschalten würde, ferner aber auch, weil das Petroleumgeschäft seiner Natur nach allzu „spekulativ“ sei. Die Regierung gedenkt deshalb der Finanz das Geschäft zu überlassen. Wohl in erster Linie der Deutschen Bank? Es soll deshalb eine Petroleum-Vertriebsgesellschaft, eine Aktiengesellschaft, gegründet werden, die unter ständiger Aufsicht der Reichsverwaltung steht. Satzung und jede Aenderung der Satzung sollen der Genehmigung des Reichsanzlegers, Vorstand und Aufsichtsrat seiner Bestätigung unterliegen. Außerdem soll ein Reichskommissar die Geschäftsführung in einzelnen überwachenden und für einzelne besonders wichtige Vorgänge, wie den Abschluß großer langfristiger Lieferungsverträge, ein Vetorecht haben. Weiter ist Vorsorge getroffen, daß die Aktien nicht etwa in die Hände ausländischer Gesellschaften geraten, in dem Namensaktien mit erhöhtem Stimmrecht geschaffen werden, die in den Händen eines aus den großen deutschen Finanzgesellschaften bestehenden Konsortiums verbleiben. Sollte aber die Vertriebsgesellschaft trotz aller dieser Vorsichtsmaßregeln ihre ausschließliche Befugnis zum Großhandel mit Leuchtöl mißbrauchen, so ist vorgesehen, daß auch schon vor Ablauf der zunächst etwa auf 30 Jahre festzusetzenden Konzeptionsdauer die Reichsverwaltung ihr jene Befugnis entziehen kann.

Die Gesellschaft soll sich auf den Großhandel mit Leuchtöl beschränken, während der Kleinhandel unberührt bleibt. Sie soll etwa von Viertel zu Viertel jährliche Preise festsetzen, zu denen von den Tankanlagen das Leuchtöl entnommen werden kann.

Unberührt bleiben ferner die Anlagen, die in Deutschland Rohöl gewinnen und zu Leuchtöl verarbeiten, sie werden nur verpflichtet, das Leuchtöl an die Vertriebsgesellschaft abzuliefern, deren ausschließliche Befugnis sich auch nicht auf die übrigen Mineralöle, wie Benzin oder Gas- und Treiböl, erstreckt, da bei den letzteren die Gefahr eines Monopols nicht besteht und im Benzingeschäft sich eine große leistungsfähige Raffination entwickelt hat.

Der Eingriff in das wirtschaftliche Leben wird sich daher auf wenige Großhandelsgeschäfte in Leuchtöl beschränken, deren familiäre Anlagen und Vorräte übernommen werden sollen, und zwar, falls eine gütliche Vereinbarung nicht zustande kommt, im Wege der Enteignung.

Um einer Verteuerung des Petroleum durch die Vertriebsgesellschaft vorzubeugen, sollen dieser allerlei Preis- und Gewinnbeschränkungen auferlegt werden. Das Ranzlerblatt berichtet darüber:

„Es wird eine obere Preisgrenze gezogen, bei deren Ueberschreitung sich der Gewinn der Gesellschaft auf die landesübliche Verzinsung ihres Aktienkapitals beschränkt; erst, wenn die Preise unter dieser Grenze bleiben, darf die Gesellschaft über die Verzinsung hinaus verdienen, und zwar in dem Maße, als die Preise sinken. Hierdurch wird die Gesellschaft genötigt, mit allen Mitteln auf eine Verbilligung des Leuchtöls hinzuwirken, soweit dies gegenüber den Einkaufskosten auf dem Weltmarkt möglich ist.“

Ob die Unternehmung einen Gewinn abwerfen wird und in welcher Höhe, läßt sich mit einiger Sicherheit nicht voraussagen, da die Preise auf dem Weltmarkt sehr schwankend sind. Wird ein Ertrag, der über eine Verzinsung des Aktienkapitals hinausgeht, erzielt, so wird an ihm auch das Reich teilhaben, da sein Grund vorliegt, einen solchen Gewinn dem privaten Kapital allein zu überlassen; vielmehr ist er den Zwecken der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Es ist daher eine Bestimmung dahin beabsichtigt, daß die Vertriebsgesellschaft, wenn sie unter der vorgezeichneten Preisgrenze bleibt, vier Fünftel ihres Gesamtgewinns an das Reich abführt; dagegen soll das Reich nichts erhalten, wenn der Preis die Grenze übersteigt. Denn es soll durch das Gesetz unter keinen Umständen eine neue Verbrauchsabgabe geschaffen werden, vielmehr das Reich lediglich an dem Gewinn teilnehmen, der sich ohne eine Belastung der Verbraucher durch die Vorliebe des künftigen konzentrierten Betriebes ergibt. Damit wird, falls das Unternehmen sich günstig entwickelt, eine neue Art von Einnahmequellen für das Reich eröffnet, und es werden gleichzeitig die großen Kapitalkräfte unseres Wirtschaftslebens für das Reich nutzbar gemacht, ohne daß eine weitere Vermehrung des Beamtenapparats eintritt.“

Zum Schluß sucht die Regierung ihr Projekt dadurch schmählicher zu machen, daß sie nochmals verspricht, die Erträge sollten nicht zur Tilgung der Reichsschulden, sondern für sozialpolitische Zwecke verwendet werden.

Eine Kritik des ganzen Planes ist vorerst kaum möglich, da die Andeutungen über die Preisfestsetzungen, die Gewinnbeschränkungen und die Gewinnbeteiligung ganz unbestimmt gehalten sind und gerade diese Einzelheiten für die Beurteilung des Ganzen vor allem in Betracht kommen. Die Sozialdemokratie ist keineswegs prinzipiell gegen die Einführung eines Monopols, aber für ein Monopol, das auf eine Verteuerung des Petroleum und eine Begünstigung großer Finanzgesellschaften auf Kosten der großen Masse der Konsumenten hinausläuft, wird sie in keinem Fall stimmen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Oktober 1912.

Religion und Verbrechen.

Die „Oderländer Volkswacht“ stellte jüngst das Ergebnis der jetzt beendeten sechsten Schwurgerichtsperiode in Oberschlesien fest. Danach sind eine ungemein hohe Zahl von Verbrechen abgeurteilt worden, die sich die Delikte: Raub, Mord, Totschlag usw. zuzuschulden kommen ließen.

Die größte Aufmerksamkeit hat der Myslowiger Mordprozess beansprucht, in dem die beiden Schuldigen mit je 15 Jahren Zuchthaus bestraft wurden. Dann kam die Tat des Aufräbers Schmal aus Kottowitz, der seine Frau erschoss, und des Arbeiters Tymorek aus Königshütte, der einen Mordversuch an einem seiner früheren Freunde unternommen hatte, beide trotz der härtesten Strafe von je 15 Jahren Zuchthaus. Verurteilt wurde insgesamt in 14 Strafsachen gegen 19 Angeklagte und zwar wegen Raubmordes, Totschlags, Mordversuchs (3 mal), Körperverletzung mit Todeserfolg, Raubes (3 mal), Notzucht (3 mal), Amtsverbrechens, Urkundenfälschung (2 mal). Nur zwei Angeklagte wurden freigesprochen, die übrigen 17 dagegen zu insgesamt 57 Jahren, 3 Monaten Zuchthaus und 25 Jahren, 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein Gegenstück hierzu bildet eine Schwurgerichtsverhandlung in Trier, über die die „Nachener Post“ wie folgt berichtet:

Vor dem Schwurgericht in Trier hatte sich der Wingergehilfe St. aus Winheim, Kreis Wittlich, wegen Meineids und der Bürger R. aus Reinsport, Kreis Berncastel, wegen Anstiftung zum Meineid zu verantworten. Vor Eintritt in die Verhandlung richtete der Vorsitzende sehr charakteristische Mahnworte an die Zeugen. Er sagte unter anderem: „Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß gewisse Orte in der Nähe Ihres Wohnortes sich auszeichnen durch eine beson-

ders große Anzahl von Weineiden und deshalb in einem üblen Ruf stehen. Hier in Trier, wo man annehmen sollte, daß im Lande Religion herrscht, kommen mehr Weineide zur Verhandlung als zum Beispiel in der großen Stadt Köln. Das ist ein sehr böses Zeichen. Ich muß Ihnen ans Herz legen, daß das anders werden muß. Ich muß dringend bitten, unter Eid ja nur die Wahrheit zu sagen. . . . Bedenken Sie, daß es sich doch um eine Todsünde handelt, wenn man unter dem Eide von der Wahrheit abweicht.

Also auch hier die immer wiederkehrende Erscheinung, daß wir in den frömmlichen Gegenden die schlimmsten und meisten Verbrecher finden. Wie oft haben die Gerichte schon früher auf diesen Umstand hingewiesen, und jetzt schließt sich auch der Vorsitzende des Schwurgerichts Trier der Meinung an, daß Frömmigkeit gegen Verbrecher nicht schützt, sondern daß in den frömmlichen Gegenden die Verbrechen stärker auftreten wie anderswo.

Liberal-fortschrittliches Wahlabkommen.

Die nationalliberale Partei im Regierungsbezirk Kassel hat auf einem Vertretertag einstimmig beschlossen, für die kommenden preussischen Landtagswahlen gemeinsam mit den Fortschrittlichen vorzugehen und in sämtlichen kurhessischen Wahlkreisen gemeinsame Kandidaten aufzustellen.

Jubel über den fortschrittlichen Rückschritt.

Der Freisinn hat sich durch seinen Parteitag und namentlich durch den dort begonnenen Abbau der alten fortschrittlichen Forderungen sofort neue Freunde erworben, deren Sympathien für ihn recht kompromittierend sind. Unter der jubelnden Überschrift „Eine bedeutsame Tagung“ bringt der „Deutsche Bauernbund“, das Verbandsorgan des Deutschen Bauernbundes, der ebenso energisch gegen die Fleischsinfuhr wettert wie sein Konkurrent und Bruder, der Bund der Landwirte, einen langen Leitartikel, in dem es heißt:

„Der Siegeszug des Schützengedankens ist unaufhaltsam“, ist die Ehrenpforte, durch die der gelobte Fortschritt hindurch muß, um den Bauernbund zum Freunde zu erhalten. Dann heißt es recht charakteristisch weiter: „Wer hätte vor Jahren annehmen können, daß zahlreiche führende Persönlichkeiten der fortschrittlichen Volkspartei öffentlich gegen das Parteiprogramm auf Aufhebung der Schützelle Stellung nehmen und die Aufrechterhaltung der heutigen Getreidezölle befürworten würden!“

„Das bedeutendste Hindernis des Zusammengehens aller Liberalen war bis jetzt die nicht einwandfreie Haltung der Volkspartei in der Schützengfrage. Wer daran arbeitet, die fortschrittliche Volkspartei in der Hinsicht auf den nationalliberalen Boden zu bringen, nachdem sie ihre Stellungnahme zu Heer, Flotte und Kolonien schon jetzt geändert hat, arbeitet in Wahrheit für die Einigung des Liberalismus. Wir rufen den jugendlichen, tapferen und vorwärtsstrebenden Elementen der fortschrittlichen Volkspartei ein herzliches Glück auf zu!“

Das neue Fortschrittsprogramm, wie es der jüngste Freund der freisinnigen Parteien offen und ungeniert ausplaudert, ist also — nationalliberal!

Ein „fortschrittliches“ Dementi.

Der Fortschrittverein Mülhausen i. E. wendet sich in einer öffentlichen Erklärung und durch die ihm nahesteheende Presse (Mülhauser Tageblatt und „Straßburger Neue Zeitung“) gegen die Feststellung des „Vorwärts“ und der „Mülhauser Volkszeitung“, daß anlässlich der Bezirkstagswahlen in Mülhausen Verhandlungen zwischen Fortschrittlichen und Zentrumsmitgliedern behufs Aufstellung einer bürgerlichen Sammelkandidatur in Mülhausen-Rord bei der Nachwahl vom 6. Oktober angeknüpft worden sind. Der Vorstand des Fortschrittvereins Mülhausen erklärt kategorisch, daß „keinerlei Verhandlungen“ zwischen dem Fortschrittverein Mülhausen und dem Zentrumsverein Mülhausen geführt wurden. Wenn dieses Dementi besagen soll, daß der Fortschrittverein in seiner Plenarsitzung mit solchen Verhandlungen befaßt wurde, so ist es richtig. Im übrigen aber hat die liberale „Straßburger Post“ selbst ausgeplaudert, daß noch drei Tage vor der Bezirkstagsnachwahl im Mülhauser Nordkanton der der Zentrumsverein angehörende Landtagsabgeordnete Broglio telephonisch bei dem in fortschrittlichen Vereinslokal tagenden Vorstand des Fortschrittvereins Mülhausen anfragte, welchen Beschluß dieser für die Nachwahl gefaßt habe und ob er geneigt wäre, einen dem Zentrumsverein nicht angehörenden, aber von diesem vorgeschlagenen Kandidaten zu unterstützen? Zu allem Ueberflus spricht jetzt auch die „Straßburger Neue Zeitung“ in einem Mülhauser Brief in Nummer 24 vom 13. Oktober von persönlichen Bemerkungen des Zentrumskandidaten Gaenggi und des Landtagsabgeordneten Broglio bei einzelnen Vorstandsmitgliedern des Fortschrittvereins behufs Aufstellung eines gemeinschaftlichen bürgerlichen Kandidaten. — Bemerkungen, die dem Vorstande naturgemäß hätten mitgeteilt werden müssen. Damit ist alles festgestellt, was im „Vorwärts“ behauptet worden war. Die unter der Hand angeknüpften Verhandlungen scheiterten eben an der Kandidatenfrage. Recht hübsch bestätigt dies die „Straßb. Neue Zeitung“, indem sie wörtlich schreibt: „Für eine bürgerliche Sammelkandidatur wäre der Fortschrittverein zweifellos zu haben gewesen, wenn — das Zentrum der Fortschrittskandidaten hätte unterstützen wollen. . . . Der Vorstand hat aber nicht einen Augenblick die Absicht gehabt, auf Verhandlungen einzugehen, bei denen er auf's Glatteis geraten wäre?“

Das genügt! Das Glatteis, das war ein rein literarischer Kandidat.

Jahrpreiserhöhung als Kampfmittel gegen die Arbeiterjugend.

Die preussische Eisenbahnverwaltung ordnete vor längerer Zeit an, daß den Jugendvereinen Jahrpreiserhöhungen bei ihren Ausflügen gewährt werden sollen. Die proletarischen Jugendvereine, darunter auch die Jugendabteilungen der Arbeiterturnvereine, wurden natürlich von vornherein von dieser Vergünstigung ausgeschlossen. Neuerdings wird versucht, die Arbeiterjugend mit dieser Jahrpreiserhöhung zu lockern. Der Regierungspräsident von Pommern, von Schmeling, erläßt unterm 4. September cr. an die Herren Landräte und Magistrate seines Bezirks ein Schreiben, in dem es in dem üblichen Amtsdeutsch heißt:

„Nachdem am 15. Juli dieses Jahres auf den deutschen Eisenbahnen für Fahrten im Interesse der Jugendpflege eine Ermäßigung auf etwas abweichender Grundlage eingeführt worden ist, erscheint es angebracht und folgerichtig, daß die Turnvereine für Ausflüge ihrer Jugendabteilungen auf diese neue Ermäßigung verwiesen werden, wobei vorausgesetzt wird, daß es nicht nur seine Schwierigkeiten bereiten, sondern im allgemeinen Interesse sogar erwünscht ist, daß sie sich einer staatlich anerkannten Organisation für Jugendpflege anschließen.“

Wie der Regierungspräsident weiter ausführt, ist in Aussicht genommen, die preussische Tarifbestimmung, wonach die Turnvereine Anspruch auf Ermäßigung haben, mit Ablauf des Jahres zu beseitigen. Damit nun aber auch der wirkliche Zweck erreicht, nämlich die Jugend für die vaterländischen Vereine gelapert werde, ergeht an die Landräte und Magistrate die Aufforderung, die Turnvereine in geeigneter Weise auf die veränderte Tariflage hinzuweisen und ihnen anheimzugeben, ihren Anschluß an eine staatlich geförderte Organisation für Jugendpflege zu suchen.“

Da das Schreiben nicht nur den Vereinen bekannt gegeben

wird, die die Vorteile aus der Jahrpreiserhöhung ziehen, sondern auch der freien Turnerschaft (im vorliegenden Falle Stettin) abschriftlich zugeht, ist anzunehmen, daß die Regierung die Hoffnung noch nicht aufgegeben hat, die Arbeiterturnvereine für sich zu gewinnen. Der Erfolg wird natürlich gleich Null sein.

Milde Kriegsjustiz.

Vor einigen Wochen erregte in der reichsständischen Presse die Nachricht Aufsehen und Entrüstung, daß ein Leutnant auf der Dornacher Straße in Mülhausen i. E. einem 16-jährigen Schlosserlehrling, der in dem Abstand zwischen zwei vom Ränder zurückkehrenden Kompanien Infanterie die Straße übersprang, mit dem Degen eine blutende Verletzung am Oberleib beibrachte; ja, daß der Leutnant den flüchtig davonrennenden Jungen mit der blanten Waffe verfolgte und noch zweimal gegen ihn stach. Der Vorgang kam jetzt vor dem Kriegsgericht der 20. Division in Mülhausen i. E. zur Verhandlung und Aburteilung. Angeklagt war der Leutnant Eber vom Infanterieregiment Nr. 170 wegen gefährlicher Körperverletzung des 16-jährigen Schlosserlehrlings Albert Ghard. Die geladenen 12 Zivilzeugen bejahten fast übereinstimmend die Frage, ob der Angeklagte mit Absicht nach dem Verletzung; ja, daß er dem Jungen, als dieser schon vorbei war, nachstellte und noch ein oder zwei Säbelhiebe gegen ihn führte, die aber nicht trafen. Eigentümlicherweise bekundeten die geladenen Militärzeugen fast das strikte Gegenteil von dem, was die Zivilzeugen ausgesagt hatten. Ein vernommener Feldwebel ging sogar so weit, auszusagen, daß er nicht einmal glaube, daß der Leutnant mit dem Degen den Leutnant in Verletzung gekommen sei. Dabei erlitt der Junge eine blutende Wunde! Der Kompaniechef des Angeklagten, Hauptmann Seib, bekundete, daß er von dem Vorfall überhaupt nichts bemerkte und erst durch seinen Friseur davon Kenntnis bekam. Der angeklagte Leutnant sei ein ruhiger Mensch, dem eine Unbesonnenheit gar nicht zuzutrauen sei.

Der Anklagevertreter, Kriegsgerichtsrat Lehmer, hat die Uebersetzung, daß der Leutnant den Jungen mit dem Degen keineswegs verletzen wollte; er wollte offenbar nur den Regimentsbefehl (Durchsaherbot) ausführen, wobei er allerdings durch unvorsichtiges Handeln mit der Waffe den Verletzung verleiht. Dafür beantragte er — zwei Tage Stubenarrest.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Rusche aus Offenburg i. B. nimmt an, daß, nachdem Leutnant Eber seinen Degen als Barriere benutzte, um den Durchgang des Jungen zu verhindern, beim Wiederübernehmen des Degens auf die Schulter es den Anschein erweckte, als habe er noch einen Schlag ausgeführt. Im übrigen sei der Verletzung selber in den Degen gerannt. (1) Nach einer Beratung von wenigen Minuten sprach hierauf das Gericht den Angeklagten frei.

Der Freispruch des Gerichts nach den heftigsten belästigenden Ausfagen von einem Duzend Zivilzeugen erregt bei der Bevölkerung das lebhafteste Befremden.

Eine Bitte um eine hohe Zuchthausstrafe.

Der Arbeitskollekt Braungart der Arbeiterabteilung der Festung Angolstadt hatte in der Gefängniszelle keinen Strohhalm angezündet. Er erhielt dafür 28 Tage Mittelarrest. Da Berufung eingelegt wurde, kam die Sache vor das Obergerichtsgericht in Nürnberg. Dort antwortete der Soldat auf die Frage des Vorsitzenden, was er beantrage: „Ich bitte um eine hohe Zuchthausstrafe.“ Diesen Wunsch des Soldaten erfüllte das Gericht allerdings nicht. Es verurteilte ihn wegen versuchter Brandstiftung nur zu einem Jahr zehn Tagen Gefängnis.

Einem Soldaten, der das Gericht um eine Zuchthausstrafe bittet, muß sicherlich in der Kaserne arg mitgespielt worden sein. Das Leben bei der Arbeiterabteilung scheint demnach weniger erträglich zu sein, als die Folter des Zuchthaus.

Schweiz.

Der Züricher Generalstreik im Kantondrat.

Die Bewilligung der 32000 Fr., die das Truppenaufgebot anlässlich des Streiks vom 12. Juli erfordert hat, sollte eine vernichtende Abrechnung mit den „Anstiftern des Aufruhrs“, zu dem bürgerliche Angst den friedlichen Demonstrationsstreik gestempelt hat, und eine glänzende Vertrauenskundgebung für den pflichtbewußten Schützer der Ordnung, den Regierungsrat, bringen. Es kam wieder einmal anders. Zwar zeigte die Rede des Regierungsrats Rousson, der die Vorlage vertrat, die Solidarität der Regierung mit den Unternehmern und ihren scharfmacherischen Vorkämpfern noch weit uniger, als man erwartet hatte. Und die freisinnig-demokratischen Redner ließen nichts unerläßt, die Einführung einer gewerbmäßigen und gemeingefährlichen Streikbrecherbande, das Verbot des Streikpostens und die Heranziehung der Truppen gegen friedliche Demonstranten ebenso berechtigt zu finden wie das völlig apathische Verhalten der Regierung gegenüber dem Unternehmertum, das dem eintägigen Streik eine zweiseitige Aussperrung folgen ließ und selbst Staatsbehörden zur Weltaussperrung verleitete. Aber der Sieg im Geisteskampf war nicht den unverhüllten, arbeitshätrenden Scharfmachern namentlich ländlicher Vertreter noch den halbgezügten Vermittlerworten bürgerlicher „Arbeiterfreunde“ beschieden. Vielmehr vermochten unsere Genossen Dshwend, Heuser, Sigg und Grealich durch reichliches Tatsachenmaterial und wichtige Gedanken, die Sache der Arbeiter zu rechtfertigen und die einseitige Klassentendenz der herrschenden Gruppen dazutun.

Dshwend gab eine eingehende Darstellung des Sachverhalts, wobei ihm ein geheimes Protokoll des Vorstandes der Scharfmacherorganisation, die hinter der Regierung steht, zu statten kam. Sigg zeigte die moralische Kraft, die sich im und nach dem Streik offenbarte, und brandmarkte die Lügentaler einer durch Inserate gefäuschten Presse, die eine friedliche Kundgebung zum zuchtlosen Aufruhr umgestaltete. Und mächtig beherrschte unser alter Grealich die Debatte. Er zeigte, wie die Rechtslosigkeit der 15000 ausländischen Züricher Arbeiter Konflikte befördere, wie die Arbeiter zu friedlichem Schiedspruch bereit waren, aber abgewiesen wurden; er kennzeichnete den Niedergang der demokratischen Partei von einer fähigen vorwärtsdrängenden Gruppe zu einem Anhängsel des zünftlerlich-hegerischen Bürgerbundes. „Koch nie haben solche Verhältnisse in der Welt existiert. Der Kampf gegen dieses moderne Sklaventum ist heilige Pflicht. Sie werden mit keinem Mittel die Arbeiterbewegung aufhalten. Koch ist die Weltgeschichte nicht zu Ende und auch das Zeitalter der Revolutionen ist noch nicht vorbei!“

Natürlich hieß die Mehrheit, 104 gegen 33 Stimmen, das Verhalten der Regierung gut. Das Volk wird anders richten.

Spanien.

Sozialisten und Republikaner.

Dem spanischen sozialdemokratischen Parteitag, der in Madrid getagt hat, lag unter anderem die Beurteilung des vor drei Jahren, nach der Hinrichtung Ferrers, abgeschlossenen Bündnisses mit der republikanischen Partei ob. Der Zweck des damaligen Abkommens war, die Rückkehr des Alexitales Maura ins Amt zu verhindern, ferner den Sturz der Monarchie, als unbedingte Voraussetzung moderner Kulturentwicklung im Pfaffenlande, möglichst zu beschleunigen. Drei Resolutionen lagen dem Parteitag vor. Die erste, Garcia und Genossen, forderte die Auflösung des Bündnisses, das keines seiner Versprechungen gehalten, statt dessen sich als Demmonis der Parteidiktation erwiesen

habe. Eine zweite von Caballero bekräftigte das Zusammenwirken zum speziellen Zweck der direkten Bekämpfung der Monarchie, sonst aber die volle Unabhängigkeit der Partei. Die dritte, Prieta und Perezgona, forderte die Erhaltung des Bündnisses, die Einleitung einer energiegelassen republikanischen Propaganda im ganzen Lande, wozu ein besonderer Fonds geschaffen werden solle. Das Bündnis solle nur gelöst werden, wenn die Republikaner in der Aktion erlahmen, jedes weitere Abkommen mit einer Gruppe außerhalb der republikanischen Partei solle verboten sein.

In der eingehenden Diskussion wurde hervorgehoben, daß die Loslösung von dem Abkommen bei den Reaktionen große Freude erregen werde. Durch das Bündnis sei es gelungen, eine ganze Anzahl Sitze in Gemeinderatsvertretungen zu gewinnen, ohne irgendwie in Abhängigkeit von den bürgerlichen Republikanern zu geraten. Schließlich wurde auf das Zusammenwirken von Sozialisten und Republikanern beim Sturz der Monarchie in Portugal hingewiesen. Die Resolution Prieta wurde mit allen gegen sieben Stimmen angenommen.

Rußland.

Proteste gegen die Gefangenemorde in den sibirischen Gefängnissen.

Die bekannten Grealich im Gefängnis zu Automara, die eine Anzahl politischer Gefangener zum Selbstmord getrieben hat, haben regen Widerhall in den Massen gefunden. In Warschau fand auf die Initiative der sozialistischen Organisationen auf zahlreichen Fabriken ein eintägiger Proteststreik statt, an dem sich mehr als 10000 Personen beteiligten. In der Petersburger Universität fand am 7. Oktober ein Protestmeeting statt, an dem sich 1000 Personen beteiligten, und das von der Polizei aufgelöst wurde. Soweit die vorläufigen Mitteilungen aus Rußland. In Paris fand dieser Tage aus demselben Anlaß in dem großen Saal der Wissenschaftlichen Gesellschaften eine von mehr als 2000 Personen besuchte Protestversammlung statt, in der neben den Rednern der russischen sozialistischen Parteien Grumbach von der deutschen Sozialdemokratie, Aubriot und Gaston Lévy von der französischen Partei sprachen. Eine einstimmig angenommene Protestresolution geißelt die entsetzlichen Zustände in den russischen Gefängnissen und die blutige Politik der zarischen Regierung.

Soziales.

Eingeschwenkt?

Kürzlich berichteten wir, die Firma Friedrich Krupp habe das Eingehen ihrer Beamtenpensionskasse beschlossen, sie wolle deren Bestimmungen nicht mit den Anforderungen der reichsgesetzlichen Angestelltenversicherung in Einklang bringen. Das hat anscheinend das Reichsversicherungsamt bewogen, der Kruppischen Beamtenpensionskasse den Charakter als Lebensversicherungseinrichtung zuzuerkennen. Danach können die Mitglieder, soweit sie bereits vor dem 5. Dezember 1911 der Kasse angehört, ihre Befreiung von der Beitragszahlung zur Reichsversicherung beantragen, wenn ihr Jahresbeitrag einschließlich dem der Firma mindestens die Hälfte der gesetzlichen Beiträge ausmacht. Auf Grund der Entscheidung des Reichsversicherungsamtes will die Firma Krupp nun gnädigst ihre Beamtenpensionskasse beibehalten, sie empfiehlt den in Betracht kommenden Beamten, ihre Befreiung von der gesetzlichen Beitragszahlung zu beantragen. Die Firma wünscht und die meisten Beamten werden gegen ihren Wunsch folgen. Die Wohlfahrtsfirma erspart eine anständige Summe an Beiträgen, und die Wohlfahrtspeitsche ist ihr nicht vollständig entwunden.

Betriebskrankenkassen und Kerkverband.

Der Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen hielt gestern hier seine Herbsttagung ab. Einen wesentlichen Punkt der Tagesordnung bildete das Thema: Die im preussischen Abgeordnetenhaus angehängten Einigungsversuche der Regierung bei Krankenkassen und Kerkern. Wenn die Regierung wegen der Einigungsverhandlungen an die Verbandsleitung herantritt, so soll nach dem gestern gefaßten Beschluß diese ihre Mitwirkung nicht verweigern und durch nach Lage der Verhältnisse weitgehende Zugeständnisse die Einigung erleichtern. An den Grundrechten, namentlich an dem Recht der Kassen, das Kerkesystem zu bestimmen, sollte unter allen Umständen festgehalten werden. Der Leipziger Kerkverband mühte auch Einräumungen machen. Seine in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen zur Durchführung eines allgemeinen Kampfes gegen die Krankenkassen dürften nicht weitergeführt werden. Wenn die Regierung in geeigneter Weise auf den Leipziger Kerkverband einwirkt, erscheine die Einigung nicht ausgeschlossen. Im Interesse des Gesamtwohlles liege es, wenn die beiden so sehr aufeinander angewiesenen Teile in friedlichem Einvernehmen zusammenwirken würden.

Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bezieht am 19. Oktober d. J. ihr zehnjähriges Stiftungsfest. Aus dieser Veranlassung findet abends 8 Uhr in den Räumen des Kaiserin-Friedrich-Hauses, Luisenplatz 2/4, die Jahresversammlung als öffentliche Versammlung statt, in welcher Professor Blaschke einen Uebersicht über die bisherige Tätigkeit und die Erfolge der Gesellschaft geben wird. Der erste Vorsitzende, Geheimrat Reicher-Dreslau, wird über das Thema: „Ueber die Fortschritte in der Syphilisbehandlung in den letzten 10 Jahren“ sprechen.

Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.

Letzte Nachrichten.

Auftakt zur Landtagswahl.

Barmen, 14. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Im hiesigen Zirkusgebäude sprach heute der Landtagsabgeordnete Genosse Leiner vor 5000 Personen über das Thema: „Preußen ein Feind des Reiches“. Begeisterter Beifall bezugte dem Redner, daß auch die Arbeiterschaft Barmens mit Jubel die dem bevorstehenden Wahlrechtskampf entgegensteht.

Steigerung der Kohlenpreise.

Essen (Ruhr), 14. Oktober. In der heutigen Beirats-sitzung des Kohlenyndikats wurde eine Preiserhöhung für Kohlen von 25 bis 100 Pfennig, und zwar im Durchschnitt von rund 60 Pf. für die Tonne beschlossen. Für Koks betrug die Preiserhöhung 1 M. für die Tonne bis auf einige Sorten, die nur um 50 Pf. und in einem Falle nur um 25 Pf. im Preise gesteigert worden sind. Für Briquets betrug die Preiserhöhung zwischen 50 und 75 Pf. für die Tonne.

Schweres Eisenbahnunglück.

Speyerhof (Sals), 14. Okt. (B. Z. Z.) Heute nachmittag gegen 5 Uhr ereignete sich auf dem hiesigen Bahnhof der Kleinbahn Neustadt-Speyer ein schwerer Eisenbahnunfall, bei dem drei Personen getötet und drei verletzt wurden. Das Unglück soll dadurch herbeigeführt worden sein, daß die von dem Flugplatz Lachen herbeiströmenden Menschenmengen den einfahrenden Zug trotz Warnung bestiegen wollten. Nach einer anderen Meldung sollen die vorderen Personen von den Nachdrängenden in das Gleis des einfahrenden Zuges gedrückt worden sein. Kerkliche Hilfe war gleich zur Stelle.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Auf nach Treptow zum Massenprotest! Gegen Krieg und Kriegsgefahr! Gegen Dreiklassenschwanz und Aushungerungspolitik!

Der neue Wahlrechtskampf in Neukölln verlag.

Noch in aller Erinnerung ist der flagranteste Wahlrechtsraub, den die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit Neuköllns (damals Nitzdorfs) im Verein mit dem Magistrat vor einigen Jahren entgegen den stürmischen Protestkundgebungen unserer Vertreter und der entrechteten Bevölkerung beging. Alle Bemühungen unserer Genossen, den Magistrat sowohl wie auch die wahlrechtsfeindlichen Vertreter der Neuköllner Bürgerschaft von ihrem ungesetzlichen Vorgehen zu überzeugen, waren erfolglos und zwar deshalb, weil die letzteren das Zustandekommen einer sozialdemokratischen Mehrheit unter allen Umständen verhindern wollten. Nach jahrelangem Rechtsstreit erst konnten die Verschlechterer des an sich schon elenden Dreiklassenwahlrechts durch Urteile des höchsten Gerichts gezwungen werden, die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung auf Grund gesetzlicher Wählerlisten vornehmen zu lassen.

Im Frühjahr gelang es nunmehr unseren Genossen, zu den in festem Besitz der Sozialdemokratie befindlichen Mandaten der dritten Abteilung noch sechs Mandate in der zweiten Abteilung zu erobern. Von den 72 Sitzen der Stadtverordnetenversammlung hat die Sozialdemokratie gegenwärtig 30 besetzt. Die Möglichkeit, bei den im November dieses Jahres stattfindenden Ersatzwahlen neue Mandate zu erringen und dadurch die Mehrheit zu erlangen, schien für die Sozialdemokratie der Arbeiterstadt Neukölln in greifbare Nähe gerückt.

Da plötzlich stellt es sich heraus, daß der Neuköllner Magistrat bei der Aufstellung der diesjährigen Wählerlisten völlig ungesetzliche Praktiken angewendet hat. Mit unglaublicher Kühnheit hat er sich selbst als höchsten Steuerzahler mit 220 000 M. in die Wählerliste eingetragen und damit bewirkt, daß über tausend Wähler, die sonst in der zweiten Abteilung gewählt hätten, in die dritte Abteilung gedrängt sind. Das Vorgehen des Magistrats ist ein Novum und widerspricht dem Geiste des Gesetzes. Das weiß auch der Neuköllner Magistrat; er hat sich sogar vorher bei einigen Magistraten Groß-Berlins erkundigt und dort bestätigt erhalten, daß es ungesetzlich ist, wenn sich die Stadt als Wähler in die Liste einträgt. Wie nicht anders zu erwarten, hat das Vorgehen des Magistrats bereits weite Kreise der Bevölkerung mit großer Empörung erfüllt.

In Form eines Einspruches gegen die Wählerliste ist seitens unserer Parteigenossen gegen das Vorgehen des Magistrats Protest erhoben worden. Ueber denselben verhandelte gestern Abend die Stadtverordnetenversammlung. Zu einer endgültigen Entscheidung kam es nicht. Da der Magistrat einen vorläufigen Rückzug antrat, der von den bürgerlichen

Stadtverordneten gedeckt wurde, so ist der Austrag des Streitfalles noch um ein Jahr verschoben worden. — Näheres hierüber besagt der nachstehende Bericht über die gestrige Sitzung der Neuköllner Stadtverordneten.

Unter gespannter Aufmerksamkeit der Versammlung und der dicht besetzten Tribünen, begründete Genosse Scholz den Antrag auf Streichung der Stadtgemeinde aus der Wählerliste. Gestützt auf die Bestimmungen der Städteordnung und ein Urteil des Obergerichtes wies er nach, daß das Vorgehen des Magistrats durchaus ungesetzlich ist. Der Vorgang sei so ungewöhnlich, daß er bei allen Kennern kommunalpolitischer Dinge mit Achsen aufgenommen wurde. Dann ging der Redner auf die praktischen Folgen des Vorgehens des Magistrats ein. Je mehr die Stadtgemeinde mit dem Erwerb von Grundbesitz und mit Einrichtung eigener Betriebe von den Vertretern der Wähler betraut wird, desto mehr erhöht sich die Steuerlast der Stadt, und so kann es dahin kommen, daß der Magistrat oder der Bürgermeister, der vielleicht das Wahlrecht für die Gemeinde ausübt, die Stadtverordneten der ganzen ersten Abteilung ernannt. „Stellen Sie sich vor“ — so wandte sich der Redner an die Erwählten der ersten Abteilung — „was das für ein Verhältnis wäre, wenn Sie so vom Magistrat oder von der Person des Bürgermeisters abhängig wären. Das wäre ja ein Unfug. Man kann doch nicht annehmen, daß der Gesetzgeber das gewollt hat.“ Durch den Zwischenruf: „Selbst in Preußen nicht“ wurde diese Auffassung des Redners noch unterstrichen. Weiter wies Genosse Scholz darauf hin, daß durch das Vorgehen des Magistrats, wenn es als statthaft angesehen werden sollte, eine derartige Verdrängung der Wähler aus den oberen in die unteren Abteilungen stattfinden müßte, daß in kurzer Zeit nicht nur die Arbeiter, sondern auch ein großer Teil des Mittelstandes aus der zweiten in die dritte Abteilung abgedrängt werden würde. Die paar Arbeiter sind bald herauszubekommen aus der zweiten Abteilung. Dann, meine Herren, die Sie als Vertreter des Mittelstandes hier sitzen, kommen Ihre Wähler an die Reihe. Wir halten das Vorgehen des Magistrats für ungesetzlich. Wenn diese Angelegenheit nicht jetzt entschieden wird, dann fällt die Entscheidung bei den Wahlen. Wir lassen uns unser Recht nicht nehmen. Das wissen Sie. Wenn Sie den Niederlagen, die Sie in letzter Zeit in der Wahlrechtsfrage erlitten haben, eine neue Niederlage hinzusetzen wollen, so kann uns das schon recht sein. Wollen Sie das vermeiden, dann stimmen Sie unserem Protest zu.

Nun nahm Stadtrat Rier das Wort, um einen vorläufigen Rückzug des Magistrats anzukündigen. Der Magistrat stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Gemeinde das Wahlrecht für sich in Anspruch nehmen könne. Sie habe auch schon in der vorjährigen Liste gestanden, ohne daß Einspruch dagegen erhoben worden sei. Da in diesem Jahre Wahlen stattfinden, so habe die Angelegenheit einen politischen Beigeschmack. Der Magistrat wolle mit seinem Vorgehen keine politischen Absichten verfolgen, deshalb stelle er anheim, die Stadtgemeinde diesmal aus der Wählerliste zu streichen. Im nächsten Jahre werde der Magistrat wieder ihre Aufnahme veranlassen. Dann seien keine Wahlen und die Streitfrage könne durch Anfechtung der Wählerliste zum Austrag gebracht werden.

Die bürgerlichen Stadtverordneten schienen auf diese Wendung der Dinge nicht gefaßt gewesen zu sein. Sie ersuchten um eine Pause und nahmen zu den Ausführungen des Magistrats Stellung. Das

Resultat dieser Besprechung war eine Erklärung, die Stadtvorstand weiter Abstrich verlor. Sie lautet in ihren wesentlichen Punkten:

Die beiden bürgerlichen Fraktionen sind einstimmig der Ansicht, daß der Einspruch gegen die Wählerliste wegen seiner unbestimmten Form zurückgewiesen werden muß. Die Fraktionen teilen die Auffassung des Magistrats, daß die Frage noch nicht endgültig entschieden werden soll, daß aber später erneut zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen ist. Da der Magistrat ausgesprochen hat, daß er den Anschein vermeiden sehen will, als ob er aus politischen Gründen gehandelt habe, so haben die beiden Fraktionen, um auch ihrerseits den Schein abzuwenden, daß sie sich in dieser Frage von kommunalpolitischen Gründen leiten lassen, den Beschluß gefaßt, sich der Abstimmung über die Berechtigung des Einspruches gegen Aufnahme der Stadtgemeinde in die Wählerliste zu enthalten.

Nachdem noch Genosse Roth gegen das Vorgehen des Magistrats gesprochen hatte, wurde die Streichung der Stadtgemeinde aus der Wählerliste mit den Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen. Die bürgerlichen Vertreter stimmten nicht mit.

Dadurch ist die Entscheidung des neuesten Neuköllner Wahlrechtskampfes um ein Jahr verlagert. Unsere Parteigenossen werden selbstverständlich auch diesen Kampf im Interesse der Wähler Neuköllns mit gewohnter Energie durchführen.

Die Teuerung.

Fleischpreise.

Die amtlichen Preisberichte der „Statist. Korrespondenz“ fassen die Entwicklung der Fleischpreise im dritten Vierteljahr 1912 dahin zusammen: Während des dritten Vierteljahres 1912 sind die Kleinhandelspreise aller Fleischarten weiter gestiegen, und zwar hat nunmehr auch der Durchschnittspreis des Schweinefleisches mit rund 186 Pf. den höchsten Stand erreicht, den die amtliche Statistik bisher zu verzeichnen hatte.

Die außerordentliche Steigerung im Berichtsvierteljahr wird am besten durch die Preisunterschiede zwischen der zweiten Hälfte des Juni und der des September veranschaulicht; diese Erhöhung betrug im Gesamtdurchschnitt beim Rindfleisch rund 15 1/2%, beim Kalbfleisch 8 1/2%, beim Hammelfleisch 8, beim Schweinefleisch 23 und beim Roffleisch 11 Pf. das Kilogramm.

Gegen den entsprechenden Monat des Vorjahres ist der Septemberpreis für Rindfleisch um 23, für Kalbfleisch um 18 1/2%, für Hammelfleisch um rund 17, für Schweinefleisch um 37 und für Roffleisch um rund 9 Pf. gestiegen.

Glaubt die Regierung wirklich, daß es ihren Maßnahmen gelingen wird, diese Preissteigerungen dauernd rückgängig zu machen? Nun gab es schon im Vorjahr eine Teuerung. Gegen die Preise des Jahres 1909 z. B. stehen die heutigen aber bereits um durchschnittlich 40 Pf. höher. Wozu betreibt die Regierung überhaupt statistische Feststellungen, wenn sie nicht willens ist, die notwendige Konsequenz aus diesen Erkenntnissen zu ziehen?

Ein preussisches Bureaukratenstück.

Die Stadt Karlsruhe hat, wie schon gemeldet, in Rotterdam 150 Stück Ochsen einkaufen lassen, die über Preußen nach Baden gebracht werden mußten. Die preussische Regierung verlangte für die Durchfuhr des Viehes eine genaue Beschreibung der Reiseroute

Kleines feuilleton.

Theater.

Kleines Theater. „Magdalena“, Volksstück von Ludwig Tscha. Der Stoff ist ohne innere Notwendigkeit gewaltsam in dramatische Form gepreßt. Was Thoma, der berühmte Erzähler, Zug um Zug naturwahr entwickelt haben würde: wie das Gerüde von der Käuflichkeit der Lenti im Dorf entsteht und schließlich zu einer Art von Aufruhr führt, nimmt in der szenischen Inszenierung peinlich grelle, ungläubwürdige Färbung. Wenn die breite Schilderung in den ersten Akten es zu keiner eigentlichen Bewegung bringt, so fällt der dritte, im Bestreben das Monotonie einzubringen, das Zuständliche nun rasch zur Katastrophe fortzutreiben, ins Theaterkabinett. Man braucht sich nur die Frage vorzulegen, ob Thoma, wenn nicht dies Rechen mit der Wühne gewesen wäre, je auf den abnormen Einfall hätte geraten können, einen bayerischen Bauern die Tochter, weil sie ihm Schande bringt, niederzustoßen zu lassen. In seinen Romanen und Schizzen wäre das unmöglich! Da spiegelt sich der Lauf der Dinge zwanglos wieder. Die Tat ist nur Theatergeste, ein Verbauchen des Knotens, den der Autor im szenischen Wilde sonst nicht zu lösen wußte.

Sehr gut ist die arme Lenti gezeichnet, deren ganze die pharisaische Entrüstung der braven Landknechte herausfordernde Schleichheit in einer eingeborenen stumpfen Einfalt wurzelt. Ein bißchen Schwere, ein bißchen Sonnenchein und trotz dieses Defektes hätte sich ihr Leben vermutlich in den Geleisen der gewohnten Ordnung abgerollt. Auf sich gestellt, aus dem elterlichen Hause in die Stadt verpflanzt, wird die Arglose die Beute eines Heiratsschwindlers und läßt sich, einmal aus der Bahn gestossen, hilflos weiter treiben. Die Polizei greift die Rinderjährlinge als Prostituierte auf, expediert sie nach Verbüßung einer Strafe wegen Diebstahls in die Heimath. Unter dem Geßel der Dorfjugend wird sie von dem Gendarmen ins Haus gestochen. — Scheu und gebückt wie ein verprügelter Hund. Weder der Jörn des Vaters noch die Güte der Mutter wecken in ihr ein Gefühl der Scham. Ihr Empfinden ist erloschen, sie saßt den Sinn der Worte laum. Außer der Furcht vor Schlägen bewegt sie nur die Sorge, daß der Vater, der ihren geliebten Hut zu Boden schleuderte, das Band verdröben haben könnte. Diese Szenen waren die eindrucksvollsten und wurden durch ein meisterliches Spiel getragen. Für die Schlichte in unerhöchlicher Geduld den Weg zum Herzen suchende Mutterliebe der kranken Bäuerin fand Ilka Grüning Töne von wunderbarer zwingender Innigkeit und ebenso war Centa Brös verlorenes Mädchen in jeder Miene und Bewegung echt. Die Sterbende hat ihrem Manne das Versprechen abgenommen, die Tochter im Hause zu behalten. Selbst unachtsam streng und dem Mädchen seine Verachtung rücksichtslos bezeugend, empört ihn das Gelächern und die Heißseligkeit im Dorfe. Grad weil die Nachbarin den Schandfleck weg haben wollen, soll sie bleiben! Lenti hat sich verrückte Heiratsgedanken in den Kopf gesetzt, und als der hübsche Bursch, nach dem sie angeht, sie grob zurückstößt, verfallt sie auf den unglückseligen Plan, sich ihre Gunst von einem anderen bezahlen zu lassen. Was sie bekommt, will sie zur Flucht verwenden. Das Unerhörte spricht sich herum. Um Geld hat sich noch nie ein Mädchen in dem Dorfe preisgegeben. Man ist empört. Eine Deputation wird an den Vater geschickt. Er kann's nicht glauben, nennt die Beschuldiger Lügner und exekutiert, als ihm die Wahrheit unwiderlegbar nachgewiesen wird, den bedagten Dolchstoß.

Die Aufführung war durchgängig ausgezeichnet. Auch Herr Josef Klein, der in der Sonntagsvorstellung an Stelle Klein-

Rohdens die Rolle des bäuerlichen Meisters Anton übernommen hatte, fügte sich dem Ensemble sehr glücklich ein.

Deutsches Theater: Shakespeares „König Heinrich der Vierte, erster Teil. So ausgesprochen Kleinhardt's Sinn für große farbige Massenwirkungen auf dem Theater, so haltlos ist der gegen ihn erhobene Vorwurf, daß seine Regie um maleischer Effekte willen den Blick vom dichterischen Gehalt auf äußerliches lenke. Fast überall hat sich gezeigt, daß diese Lust am Farbigem dem höheren Streben, die in dem Werk enthaltenen Stimmungsmöglichkeiten herauszubringen, unterworfen war. Die Ausstattung im „Heinrich“ hielt sich auf einer Mittellinie. Wer da Sensationen erwartet hatte, kam nicht auf seine Kosten. Jeder komplizierte Pomp, der eine längere Ausdehnung der Zwischenpausen erfordert haben würde, war vermieden. So lies, trotz des gehäuften Szenenwechsels, die Vorstellung (mit Hilfe der Drehbühne) in wunderbrochenem Fluße fort. Immerhin, da hier wie bei den sonstigen Klassikerpremierern des Deutschen Theaters der Text fast vollständig gegeben wurde, nahm sie vier Stunden in Anspruch. Kürzungen hätten die Wirkung noch erhöht.

Der Einfluß der in vieler Hinsicht trefflichen Aufführung erlitt für mein Empfinden durch Wassermann's vom Publikum besonders stark belästigter Bereich eine Störung. Dieser geistvoll feinsinnige Darsteller, der im Abraham's Ensemble in Berlin naturalistischen Gepräges Gestalten von intimster Ruancierung schuf, wird in dem Klassiker, vorwiegend auf das Große und Heroische gestellten Drama niemals heimisch werden. Sein Gang und sein Organ, das in Affekte breit und schreitend wird, verfaßt sich solchen Zielen. Er streift den Glanz von den Figuren, gibt minutiöse Studien mit einem Stich ins Pathologische, wo man die Wucht des kraftvoll Strömenden erwartet. Reichs Stottern scheint der Ausgangspunkt, von dem aus er sich die Rolle assimilierte. Man sah den Choleriker, dessen tockenden Wallungen die ungefüge Zunge nur mit Mühe folgt, aber der Schimmer jugendlich schönen Helidentums des ritterlichen Rebellen war ausgelöscht. Und die naturalistische Sprachfehlerbeharrlichkeit fiel quälend auf die Nerven. Nach dem Blaffen und gefuchsten Aulig hätte der Kidal des Prinzen dessen Vater sein können.

Um so früher wirkten die Prinz Heinrich-Szenen. Moissis Heinz war königliches Blut. Er milderte die Ausgelassenheit der wilden Jüngensreife durch eine weiche seelenvolle Grazie, die aber doch nicht weidlich wirkte. Flammend brach die verhaltene Kraft, der glühende Ehrgeiz, Großes zu vollbringen, in einzelnen Momenten, den physischen Schein zerreißend, vor. Wenn es vielleicht auch nicht gerade ganz und gar die Shakespearesche Figur war (der Dichter wird sich seinen Heinrich wohl robust-vollblütiger gedacht haben), so schlossen sich die Jüge auch so zu einem plastisch-anschaulichen, bedeutsamen-interessanten Bilde der Persönlichkeit zusammen. Die Gelmanu war ein famoser Falstaff, breit und behaglich die unsterblichen Sumore des dicken Ritters widerstrahlend. Maritz arbeitete Wegener die in dem Drama nur obenhin skizzierte Figur des Königs heraus. Aus der Fülle der großen, zum Teil recht gut besetzten Epitodenrollen sei insbesondere noch Eise Heims allerliebster Rätchen erwähnt.

Deutsches Schauspielhaus: „Der guttische Frau“ von Gabriel Droßel. Kleider machen Leute, und ein großes Maul haben heißt Bildung haben, kalkulierte der Schneidergehülfe Welzer, schlüpfte in den Aufhängel halber gedachten Frack, anzog und Wolspelz eines Stundes — und schwindete sich im Handumdrehen zum großen Gesellschaftsblumen, ja, bis zum Abgeordneten und Staatsminister hinauf. Droßel macht also den dankenswerten Versuch die Lebenskurve eines modernen Hochstaplers zu ziehen.

Daß der ungarische Autor die dortige Gesellschaft, nicht so wohl den Landesadel, als gerade die nach Geld und äußerlicher Standeserhöhung gieverigen Kinder Abrahams in Jerr-bilde zeigt, ist weniger lässig als wahr und künstlerisch. In diesem Sumpfe wird die Giftpflanze verständlich. Wer freilich im Schlußakt einen großen Kladderadatsch erwartet hatte, dem bereizete der Autor eine angenehme Enttäuschung. Wohl sind alle Däperten nach daran, Welzer aufzulegen zu lassen. Doch da er als Ministergeizhals unter sie tritt, beugt sich die ganze Wispel vor seiner Machtbefähigkeit — sogar sein bisheriger Sekretär Dr. Sonnenberg, dessen Aufsehen erregendes Buch Welzer als seine geistige Arbeit ausgegeben, und mit dessen Frau er ehebrecherischen Umgang gepflogen hat. Sonnenberg wird eben hochrädlicher Ministerialbeamter I und was die Tochter des geadelten Bergwerksbesitzers Kleiner angeht, so ist Eggenz von Welzer so gnädig, ihre Millionen mitzuerbeutern. Dieser letzte Akt erweist sich zwar nur als ein „Muff“; dessenungeachtet darf er als der wertvollere Teil des Stückes gelten, das allerdings weniger eine „satirische Komödie“, als ein im einzelnen langweilig und dilettantisch zurecht gemachter satirischer Schwank ist. Eigentlich gehörte er ins Hermsfeld-Theater. Im Deutschen Schauspielhaus haben die unzulänglichen Regieveruche der siebentöpfigen Direktion das beste verhängt. Hermann Rissen gab den trottelhaften Minister Dub mähig. Aus dem Hochstapler Welzer ließe sich weit mehr herausholen; da, wo es ihm beimah an den Kragen verlagte Max Adalbert total. Albert Paulig (als Lokalbahndirektor) gefaßt sich in Schablonenhaften Zügen. Karl Schönfeld, Rosa Saletti und etwa noch den zahllosen Jacques Morwahn ausgenommen, wurde schier Unmögliches in schlechtem Rauscheln und arger Wimmerlei geleistet. Der ziemlich stark ins Mittel tretenden Dauselaque gelang es, eine Handvoll mihmüttiger Fischer aus dem Monopolcafé zum Schweigen zu bringen. Und so gab es denn einen „lauten“ Erfolg.

Musik.

Die alljährlich vom Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse zu Berlin veranstalteten Konzerte gehören zu den edelsten künstlerischen Gaben, deren unsere Arbeiter teilhaftig werden. Das Schubert-Konzert am letzten Sonntag bewies es wieder. In der Wahl der Programmnummern berührte man die feinfühligste Hand Leo Kestenberg's, dem darum zu tun sein mußte, den Charakter Franz Schuberts in dessen ausgeprägtesten Kompositionsformen möglichst anschaulich erstehen zu lassen, ohne doch der Auffassungskraft weniger in die Musik eingedrungen Hörer allzu schwere Aufgaben zuzumuten. Zwei Quartette — das in A-moll und das in D-moll (Der Tod und das Mädchen), meistens von dem bewährten Delfau-Quartett vorgetragen, bildeten die sinnige Umrahmung zu neun Liedern aus dem 24 Stücke umfassenden Zyklus „Die Winterreise“. Neben vollständigeren Gesängen, wie „Der Lindenbaum“ figurierten weniger allgemein verbreitete, weil schwieriger gehaltene Schöpfungen dieses einzig herrlichen, so durchaus deutschen Lyrikers der Töne, die in Gertha Dehlow diesmal eine stimmlich wie künstlerisch ganz hervorragende Vertretung fanden. Die beiden nächsten Konzerte werden Schumann und Wagner gelten.

Notizen.

— Vortragsabend. Dienstag findet in der Singakademie ein Vortragsabend von Friedrich Kayhler statt.
— Eine Volksausgabe Hauptmanns. Zu Gerhart Hauptmanns 50. Geburtstag wird eine das gesamte Werk des Dichters umfassende Volksausgabe erscheinen, die der Verlag S. Fischer vorbereitet.

und vor allem die definitive Angabe der Uebergangsstationen von Holland nach Preußen. Letztere konnte im Voraus nicht bestimmt werden; um aber eine Verzögerung der Einfuhr zu vermeiden, nannte der Vertreter der Stadt Karlsruhe fürsorglich drei Eisenbahnübergangsstationen, über welche möglicherweise der Viehtransport kommen könnte. Die preussische Regierung war aber helle; sie schrieb vor, daß über jede der drei genannten Stationen je 50 Stück eingeführt werden müssen. Daran hatte die Stadt Karlsruhe natürlich kein Interesse; der Transport war überdies, als die Verfügung erging, bereits unterwegs. Auf dringende Vorstellung hin gelang es schließlich, die Genehmigung zur Einfuhr über einen Bahnweg zu erhalten, nachdem dieser genau bezeichnet werden konnte. So konnte endlich Karlsruhe das holländische Schlachtvieh erhalten.

Viehändler und Regierungsmassnahmen.

Vertreter des Bundes der Viehhändler waren am Sonnabend in Berlin versammelt und protestierten in einer Resolution dagegen, daß die Ermäßigung an Zoll und Fracht nur den Städten zugute kommen solle. In dieser Resolution liege eine schwere Schädigung des Handels, der dadurch in seinen legitimen Interessen bedroht werde. Es gehe nicht an, den Handel für die Sünden einer verkehrten Wirtschaftspolitik verantwortlich machen zu wollen. Wenn die Staatsregierung die Ueberzeugung habe, daß der augenblicklichen Steuer nur durch vermehrte Einfuhr aus dem Auslande begegnet werden könne, so dürfe der Handel von den ihm zufallenden Aufgaben nicht ausgeschlossen werden.

Städtische Massnahmen.

Breslau beschloß, als erste Rate 70.000 M. zum Einkauf von ausländischem Fleisch, als erste Rate 70.000 M. zum Einkauf von ausländischem Fleisch zu bewilligen. Zum Verkauf des Fleisches hat sich die Fleischreinigung im Voraus bereit erklärt. Für ein Gefuch, das russische Einfuhrkontingent für Schweine zu erhöhen und dasselbe auch auf Breslau auszudehnen, stimmten auch die Konserwativen, da in Breslau in sechs Wochen die Stadtverordnetenwahlen stattfinden!

Groß-Berliner Zweckverbands-Versammlung.

Die Mitglieder der Groß-Berliner Zweckverbands-Versammlung traten am Montag zu einer Sitzung zusammen, in der die Frage der Erhaltung des Waldbestandes den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete. Als Vertreter der Regierung nahm auch Oberpräsident v. Conrad an der Sitzung teil.

Den Vorsitz hatte zum erstenmal Oberbürgermeister Wermuth-Verlin zu übernehmen. Mit einem Gedächtniswort für den früheren Vorsitzenden, den verstorbenen Oberbürgermeister Kirchner, eröffnete er die Sitzung. Als Vorsitzender führte er sich ein mit einem Hinweis auf die hohe Wichtigkeit der Aufgabe, die in diesem Augenblick der Verband mit der Lösung der Waldfrage zu erfüllen habe. Hier sei der Verband sofort auf eine schwere Probe gestellt, die er hoffentlich bestehen werde. Würde nur der Kette unfruchtbarer Verhandlungen ein neues Glied hinzugefügt, so sei die Entwicklung von vornherein belästigt. Zum Ziel könne man nur kommen, wenn das staatliche Interesse, das die Gründung des Verbandes gefördert habe, auch bei diesem für die Volksgesundheit so wichtigen Gegenstand sich wirksam betätige.

Die Vorlage über die Neuwahlen für ausgesetzene Verbandsvertreter und Ersatzmänner wurde auf Antrag des Stadtsyndikus Meyer-Charlottenburg einem zur Prüfung der Wahlen einzusetzenden Ausschuss von 18 Mitgliedern überwiesen, an dem die Gemeinden und Kreise nach ihrer Stärke beteiligt sein sollen. (Berlin mit 7 Mitgliedern, Charlottenburg mit 2 Mitgliedern usw.) Die Kommission soll, so führte der Antragsteller aus, Stellung nehmen zu der prinzipiellen Frage, ob der von einer Gemeinde zu wählende Verbandsvertreter in dem Gemeindebezirk selber oder nur überhaupt in dem Verbandsgebiet wohnen muß. Beispielsweise ist Staatssekretär a. D. Dernburg von Schöneberg in den Verband gewählt worden, obwohl er in Grunewald wohnt.

Ueber die noch ausstehende Wahl zweier Oberbeamten des Verbandes, eines Verkehrstechnikers und eines Juristen, berichtete die zur Vorberatung der Wahlen eingesetzte Kommission unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Gewählt wurden dann durch Akklamation nach den Vorschlägen der Kommission der Kammergerichtsrat Dr. Simon für die Stelle des Juristen und der Professor Giese von der Technischen Hochschule zu Braunschweig für die Stelle des Verkehrstechnikers. Genehmigt wurde ferner die Anstellung des Berliner Stadtschreibers Sehm als Bureauvorsteher des Verbandes und des Militärärzters Steinke als Bureaudienner.

Es folgte dann die Beratung der Vorlage über die Erhaltung der Wälder um Berlin, aus der das Wesentlichste bereits im „Vorwärts“ mitgeteilt worden ist. Zunächst wurde die Verbandsversammlung nur um die grundsätzliche Erklärung ersucht, daß die vom Verbandsauschuss ausgewählten forstfiskalischen Gebiete als Preisflächen erhalten werden müssen und daß auf der Grundlage dieses Anspruchs weiter verhandelt werden soll. Von einem Kauf oder gar schon von einem Kaufpreis ist nicht die Rede.

Verbandsdirektor Steininger sprach in seiner Begründung der Vorlage von der Schwierigkeit, bei der Auswahl der Wälder allen örtlichen Interessen gerecht zu werden. Er wies hin, auf die Eile, die not tue. Die Verbandsversammlung solle möglichst einmütig zum Ausdruck bringen, daß die vom Verbandsauschuss vorgeschlagenen Wälder das mindeste seien, was erhalten bleiben müsse. Dadurch werde dem Verbandsauschuss für die weiteren Verhandlungen mit dem Fiskus der Rücken gestärkt werden.

Zu der Vorlage waren zwei Anträge eingegangen. Nach einem Antrag des Stadtverordneten Kullmann-Berlin sollte die Verbandsversammlung erklären, der Erwerb der forstfiskalischen Flächen sei im allgemeinen und vorbehaltlich einer Verfindung über Preis und Zweck erwünscht. Stadtsyndikus Meyer-Charlottenburg, Oberbürgermeister Schustehrus-Charlottenburg und andere beantragten, zu erklären, daß mindestens die vom Verbandsauschuss vorgeschlagenen Flächen erhalten werden sollen, und daß gemäß den Bestimmungen des Zweckverbandsgesetzes nur die Verpflichtung, sie zu überwindenden Zeiten als Preisflächen zu erhalten, eingegangen werden soll.

Die Debatte wurde eröffnet durch den Stadtverordneten Genossen Heimann-Berlin. Er erklärte für die sozialdemokratischen Verbandsmitglieder, daß man im großen und ganzen mit der Auswahl der Flächen, die auch er als das mindeste ansehe, einverstanden sein könne, abgesehen von einzelnen Unklarheiten, die es dabei noch gebe. Zufrieden müsse man sein, daß der Verbandsauschuss zunächst dem Fiskus, der, in bekanntem „Wohlmollen“ gegen Berlin, sich die Rosinen aus dem Kuchen habe herausziehen wollen, einen

Strich durch seine Meinung gemacht habe. Unmöglich sei es, dem Fiskus die Wälder der Forsten und die wertvollen Gebiete an den Gewässern zu überlassen, und die Gebiete geringeren Wertes ihm zu unerhörten Preisen abzulassen. Nicht nur der Verband, sondern auch der Fiskus müsse sich der Verantwortlichkeit, die ihm bei der Lösung der Waldhaltungsfrage zufalle, bewußt sein, aber beim Fiskus habe man bisher nicht das geringste davon gemerkt. Offenbar sei für die Regierung, als sie den Zweckverband schuf, das treibende Motiv das gewesen, durch Zusammenfassung der Gemeinden einen zahlungsfähigen Käufer zu bekommen. Der Verband müsse sogleich bei dieser seiner ersten Aktion dem Fiskus deutlich genug zu verstehen geben, daß er nicht daran denke, ihm seine Wünsche zu erfüllen. Die Bevölkerung einer Großstadt gesund zu erhalten, liege im Interesse des Staates mindestens ebenso sehr, wie der Kommune. Die in Preußen seit langem getriebene, einseitig agrarisch-fiskalische Politik habe diesen Standpunkt verrückt, so daß Gemeinden dem Fiskus schon Wälder abgekauft haben. Sollte etwa auch Groß-Berlin kaufen? Da sei zu berücksichtigen, daß Berlin und die Vorortgemeinden einen großen Teil der Steuern des Staates ausbringen. Aber statt Entgegenkommen zu beweisen, fordere der Fiskus für große Gebiete Bauandpreise, obwohl die Verpflichtung übernommen werden sollte, sie nicht zu bebauen. Nur der forstfiskalische Ertrag könne zugrunde gelegt werden, und selbst der so verrechnete Preis sei schon eine kolossale Last. Redner berührte bezüglich des Grunewalds auch das vom Fiskus den Charlottenburger Wasserwerken gegen einen Spottpreis auf ewige Zeiten eingeräumte Recht, aus dem Grunewald ihr Wasser herauszuholen. Das sei eine schwere Gefahr für die Seen des Grunewaldes, ja, auch für seinen gesamten Baumbestand. In Rücksicht auf das Allgemeininteresse müsse eine Anfechtung dieses Vertrages versucht werden, und sie sei auch möglich. Einmütig solle die Verbandsversammlung fordern, daß der weiteren Verwüstung des für schweres Geld angebotenen Grunewaldes Einhalt geboten werde. Unter lebhaftem Beifall schloß Genosse Heimann mit dieser Mahnung.

Auch Kommerzienrat Haberland-Wilmersdorf bezeichnete die bisherigen Verhandlungen mit dem Fiskus als sehr unerfreulich. Im Prinzip sei selbstverständlich auch er für Erhaltung der Wälder, aber der geforderte Preis sei viel zu hoch. Selbst wenn man z. B. den Grunewald vollständig als Bauland verwerten könnte, sei er das nicht wert, was der Fiskus mit der Bedingung, ihn als Dauerwald zu erhalten, jetzt fordere. Redner berechnete, daß für Apterungsarbeiten, für Anlegung von Straßen, für Schaffung von Verkehrsmitteln usw. allein 100 Millionen noch in den Grunewald hineingesteckt werden müßten, wenn man mal eine Vermutung als Bauland annehmen wolle. Im ganzen könne man darauf 13.500 Villen erbauen, aber wenn sich das in demselben Tempo vollziehen sollte, wie man es bisher bei der Kolonie Grunewald gesehen habe, so werde der Grunewald erst in 450 Jahren bebaut sein. Haberland kam zu dem interessanten Schluß, der Grunewald sei selbst als Bauland heute nicht mehr wert als Forstland.

Stadtverordneter Kullmann-Berlin empfahl seinen Antrag. Man solle nur ruhig von „Erwerb“ der Wälder reden, da man ja nicht Verlust spielen wolle. Stadtsyndikus Dr. Meyer-Charlottenburg begründete seinen Antrag, die Vorlage als das Mindeste zu bezeichnen, mit der Notwendigkeit einer Vorsorge auch für die Zukunft.

In der weiteren Debatte sprachen Stadtverordneter Leidig-Wilmersdorf, Stadtverordneter Cassel-Berlin, Stadtverordneter Herzberg-Berlin, Stadtverordneter Liebmann-Charlottenburg, Bürgermeister Kühr-Rankow. Letzterer hob hervor, daß auch die Schönholzer Heide und der Park von Schönholz erhalten bleiben müsse. Herr Cassel richtete heftige Angriffe gegen die Mehrheit des preussischen Landtags. Die Hauptstadt verlange keine weitgehende Rücksicht, sondern nur Gerechtigkeit. Die Staatsregierung solle auch nicht denken, daß die Berliner sich das Fell über die Ohren ziehen lassen werden. Man sei einmütig bereit, etwas Ersprießliches für die Allgemeinheit zu leisten, man wolle aber — schloß er unter großem Beifall — nicht der Ausbeutung des Fiskus verfallen.

Gegen Heimanns und Cassels Ausführungen über die Habgier des Fiskus wandte sich nachher Oberpräsident v. Conrad. Auch er habe das lebhafteste Interesse daran, daß die Angelegenheit zu einem befriedigenden Abschluß komme. Er sei aber in der Debatte manchen Anschauungen begegnet, die nicht den Beifall der Staatsregierung finden würden. Daß der Fiskus den Wald nicht umsonst hergeben könne, habe doch selbst der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Vorkammern ausgesprochen mit den Worten: „Geschenkt wollen wir nichts haben.“ Auch könne der Staat nicht die Stadt Berlin besonders berücksichtigen, weil sie ihm einen großen Teil der Steuern bringe. Sonst müßten ja die reichen Leute, meinte der Herr Oberpräsident, am meisten vom Staat begünstigt werden, was doch gewiß nicht den Anschauungen der Sozialdemokratie entspreche. Nach diesem Witz verwarfte Herr v. Conrad den Staat gegen Herrn Cassels Vorwurf, daß die Stadt Berlin ausgenutzt werden solle. Diese Absicht habe der Staat nicht, versicherte er. Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Wermuth, erklärte hierzu unter verständnisvoller Feinheit der Versammlung, er habe Herrn Cassel dahin verstanden, daß wir wünschten, es solle keine Ausbeutung stattfinden.

Kullmann-Berlin ersetzte in seinem Antrag das Wort „Erwerb“ durch das Wort „Erhaltung“, was der Meinung der Verbandsversammlung besser entsprach. Haberland-Wilmersdorf beantragte, die Vorlage anzunehmen mit der einzigen Aenderung, daß sie das Mindeste darstelle, was erhalten werden müsse.

Nach Ausführungen von Kommerzienrat v. Krottnauer, der den Kreis Teltow vertritt, sowie von Kullmann, Cassel und Oberbürgermeister Schustehrus-Charlottenburg wurde die Debatte durch Annahme eines Schlußantrages beendet.

In der Abstimmung wurde der Antrag Meyer-Schustehrus mit nicht sehr großer Mehrheit angenommen.

Auf der Tagesordnung standen noch die Beschlusfassungen über einen Antrag der Hochbahngesellschaft auf Zustimmung zu der mit Nichtenberg vereinbarten Verlängerung der Flachbahn Warthauer Brücke — Gürtelstraße bis zum Wagnerplatz in Nichtenberg, sowie über den Abschluß eines Vertrages zwischen dem Verband und der Gesellschaft „Berliner Elektrische Straßenbahnen“ (deren Aktien größtenteils Besitz der Stadt Berlin sind) wegen Baues einer Straßenbahn in Leptow durch die Pleßerstraße zum Gemeindefriedhof. Beide Vorlagen wurden ohne Debatte angenommen.

Ueber den Entwurf der Geschäftsordnung, den die Geschäftsordnungskommission aufgestellt hat, sollte schon in der vorigen Sitzung von ihr berichtet werden, es kam aber auch diesmal noch nicht dazu. Der Bericht wurde wieder vertagt, nachdem eine sehr ausgedehnte — Geschäftsordnungsdebatte darüber geführt worden war.

Reichsverband deutscher Städte.

Am 10. und 11. Oktober tagte in Berlin der Reichsverband deutscher Städte. Ueber seine zur Winderung der Steuerung gefahrene Entschleunigung haben wir bereits berichtet. Von den weiteren Beratungsgegenständen ist aus der Tagung des Reichsverbandes deutscher Städte, der den Zusammenschluß der kleineren und mittleren, nicht kreisfreien Städte darstellt, und zurzeit 513 Gemeinden umfaßt, folgendes nachzutragen.

Der Verband billigte, daß sein Vorstand schleunige Schritte tun wolle, um die schweren Gefahren zu beseitigen, die dem Staat den Gemeinden und vielen Erwerbsgruppen aus dem tatsächlichen Monopol von Ueberlandzentralen drohen.

Ueber die Organisation des Kommunalkredits durch Gründung einer deutschen Kommunalkreditbank sprachen Landrat Trufstedt-Verent und Bürgermeister Kleiden-Kuchowen. Beide Redner betonten das Bedürfnis nach einer Verbesserung der Anleihebedingungen für kleine Städte und glauben, daß die geplante Kommunalkreditbank geeignet sei, die Lücke in der Organisation des Kommunalkredits auszufüllen und zugleich als Zentralbank der Sparkasse zu dienen. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß man nur mit den Großbanken und nicht gegen sie arbeiten dürfe, und daß die Großbanken der neu zu gründenden Kommunalkreditbank freundlich gegenüberstünden. Die Versammlung sprach sich in der Beschlusfassung im Sinne der Referenten aus.

Darauf behandelte Bürgermeister Dr. Helian-Eisenburg die Frage der Wandertheater. Er befragte, wie warm das System der Wandertheater nach dem Vorbild des märkischen Wandertheaters, die eine wesentliche Förderung der Kunst und des Kunstverständnisses für die kleineren Städte darstellten. Derartige volkreiche Streifungen müßten vom Staat und Gemeinden unterstützt werden und die Theaterfrage für die kleineren und mittleren Städte lasse sich nach dem Vorbild der beiden bestehenden Organisationen erreichen. Redner empfahl in einem Antrag den Mitgliedern des Reichsverbandes einen Abschluß mit den genannten Wandertheatern, deren Ausbau zu einem deutschen Wandertheater wünschenswert sei. Reich, Bundesstaaten und Provinzialverbände müßten gemeinsam an der Organisation und finanziellen Fundierung der deutschen Wandertheater mitarbeiten. Die Versammlung sprach sich im Sinne des Redners aus.

Es folgte ein Referat des Bürgermeisters Dr. Herbst-Ostode über die vatikanischen Vorschläge zur Bekämpfung der steuerlichen Ueberlastung der Gemeinden. Die kleineren Städte und Landgemeinden seien steuerlich überlastet, aus diesem Grunde zögen die steuerkräftigen Gewerbebetriebe nach mehr begünstigten Bezirken. Die Vorschläge des Herrenhausmitgliedes v. Vatodi über einen staatlichen Ausgleichsfonds der durch Zuschläge von etwa 10 bis 25 Proz. zur Staatssteuereinkommensteuer gebildet werden und den leistungsschwachen Gemeinden zugute kommen soll, sollen diesem Zustand ein Ende bereiten. Der Referent nannte diese Vorschläge zweckmäßig unter der Voraussetzung, daß die Selbstverwaltung dadurch nicht gefährdet wird. Eine dahingehende Resolution wurde angenommen.

Anträge über Sparlosgesetz und Giroverkehr, über das städtische Hypothekensystem und über die Reichsversicherung wurden ohne Debatte entgegengenommen.

Gegen die geplante Unterstellung der kreisangehörigen Städte unter den Landrat wandte sich der Verband einseitig. Es wurde ein von Bürgermeister-Brandner-Schleswig begründeter schleswiger Antrag angenommen, der den Vorstand beauftragt, alles Nötige zu tun, um die Uebertragung der Staatsaufsicht über die kreisangehörigen Städte auf die Landräte zu verhindern und den Wunsch der kreisangehörigen Städte aller Provinzen auf Gleichstellung mit denen der Provinz Hannover zu erfüllen. In der Begründung führte Bürgermeister Brandner aus, daß der Protest des Städtetages zu Düsseldorf gegen diese Absicht sehr dankenswert sei. Die Regierung plane tatsächlich, so vorgehen und die Immediatkommission für die Verwaltungsreform habe leider auch bereits so beschlossen. Man müsse die Abgeordneten aller Parteien zu gewinnen suchen, um solchen Maßnahmen vorzubeugen. Der Vorsitzende Bürgermeister Soalman-Belch bot die Mitglieder, bei den kommenden preussischen Landtagswahlen alle Kandidaten nach ihrer Stellung zu dieser Angelegenheit zu befragen.

Chefprot Dr. Viedel-Weitz sprach über: „Das Krankenhaus der kleinen Städte“. Er führte aus: Die Reichsversicherungsordnung erweitert den Kreis der Krankenversicherungspflichtigen Bevölkerung so sehr, daß auch die Kleinstädte werden Krankenhäuser bauen müssen. Die Baukosten sind durch hypothekarische Darlehen der Versicherungsträger sowie aus den Mitteln der beteiligten Gemeinden, des Roten Kreuzes, der öffentlichen Verwaltung usw. aufzubringen, während die Stadt das Krankenhaus zu erhalten, das Baulapital zu verzinsen und die Baukosten herzugeben hat. Die Gesamtkosten für Bau und Einrichtung eines kleinen Krankenhauses brauchen pro Krankenbett 3000 bis 4000 Mark nicht zu übersteigen. Eine erfahrene und gebildete Krankenschwester kann mit dem erforderlichen Haus- und Pflegepersonal ein solches Krankenhaus allen Anforderungen der modernen Hygiene entsprechend leiten.

Bürgermeister Dr. Vigelinus-Gollnow i. P. sprach über: „Die Befastung der Kommunen mit Reichs- und Staatsgeschäften“. Die Versammlung stimmte zwar den Ausführungen des Referenten nicht in vollem Umfang zu, schloß sich aber dem scharfen Protest gegen alle Potendienste der Städte für Reichs- und Staatsbehörden an. — In der Debatte wies Senatspräsident des Reichsversicherungsamtes Bassenge darauf hin, daß dieses Amt die Berufsvereinigungen beauftragt habe, die Gemeinden nicht allzu sehr mit überflüssigen Geschäften zu belasten. — Indessen forderte die Versammlung doch angemessene Vergütung für diese Arbeiten und Entbindung der Gemeinden von Zustellungsgeheimnissen und Potendiensten für Reichs- und Staatsbehörden.

Ueber: „Generalvormundschaft und Berufsvormundschaft“ referierte Stadtrat Gwisel-Poppot. Die ständige Steigerung der unehelichen Geburten (1906: 8,5 Proz., 1910 9,1 Proz.) macht nach Ansicht des Redners die Vormundschaft immer bedeutungsvoller und führt zur Einführung der gesetzlichen Berufsvormundschaft, bei denen der Vormund kraft des Gesetzes in seine Rechte tritt, ohne daß dabei der Richter mitzuwirken hätte. In den meisten Staaten, so auch in Preußen, erstreckt sich die Berufsvormundschaft aber nur auf die Armen, oder Anhaltsvormundschaft für uneheliche Kinder. Da hierdurch nur ein geringer Teil der in Betracht kommenden Bevölkerungskreise erfasst wird, sind noch andere Formen der Vormundschaft aus dem Bedürfnis des Lebens heraus entstanden. Sie alle haben gemeinsam, daß nach Uebereinkunft mit dem Vormundschaftsgericht für jedes uneheliche Kind immer der Berufsvormund bestellt wurde. Man unterscheidet in der Berufsvormundschaft die Sammeltvormundschaft eines Beamten, eines Anhaltsvormundes oder einer Privatperson. Ueberall kann die Sammeltvormundschaft durch ein Abkommen zwischen Vormundschaftsrichter und Gemeindebehörde eingeführt werden. Da aber der Einzelvormundschaft Mängel anhaften, empfiehlt sich die Einführung der gesetzlichen Anhaltsvormundschaft. Wenn sich der hiesiger Sachverhalt gegen die Berufsvormundschaft ausspricht, weil ein andersgläubiger Vormund ein katholisches Kind nicht religiös erziehen könne, so kommt es vor allem darauf an, tüchtige und brauchbare Menschen zu erziehen, damit sie nicht später in einem katholischen oder evangelischen Institut enden. Schließlich hob der Redner die guten Erfahrungen mit der Berufsvormundschaft in Poppot, Breslau und Kiel hervor. — Nach weiteren Referaten über: „Die Wasserversorgung der Städte“ und über: „Die Gemeinde zu den Rechtsanwaltsstellen“ wurde als Ort der nächsten Tagung wiederum Berlin bestellt.

Hus der Partei.

Die württembergische Landtagsfraktion und das Königshoch.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion Württembergs veröffentlicht über die Schlußsitzung des Landtags folgende Erklärung: „Die Fraktion hat sich genau so verhalten wie in der Eröffnungssitzung des Landtags von 1907 und 1911 und in der Schlußsitzung von 1910. Bisher hat das Verhalten nirgends in der Partei Befremden erregt; im Jahre 1910 wurde es im „Vorwärts“ sogar gerechtfertigt mit der Bemerkung, wenn in Baden (wo ein ähnlicher Vorgang zu verzeichnen war) der Fall ebenso läge wie in Württemberg, „so würde kein Mann danach trachten“. In der Landesversammlung, die über die Tätigkeit der gesamten Fraktion die Kontrolle auszuüben hat, ist nie eine Stimme der Kritik über die Haltung der Fraktion in dieser Frage geäußert worden. Die Fraktion konnte daher nicht annehmen, daß ihr Verhalten diesmal zu Befremden Anlaß geben würde. Die Eröffnungssitzung und Schlußsitzung des württembergischen Landtags vollziehen sich in anderen Formen und haben einen anderen Inhalt als die Eröffnung und der Schluß anderer Parlamente. In der Schlußsitzung des Landtags findet die Wahl des Ständischen Ausschusses statt, der während der parlamentarischen Zeit an Stelle des Landtags als Kontrollorgan gegenüber der Regierung fungiert und dessen Kompetenzen aus den §§ 187 bis 189 der Verfassung ersichtlich sind. Im Jahre 1907 ist der aus ihrer Stärke sich ergebende Anspruch der Fraktion auf eine Vertretung im Ständischen Ausschuss von beiden Kammern anerkannt worden. Die Fraktion durfte selbstverständlich die einmal gewonnene Vertretung in der politischen Körperschaft nicht preisgeben durch ein Fernbleiben von der Sitzung, in welcher die Wahl stattfindet, wemgleich ihr der Verlauf der Sitzung nicht gefällt. In dem von dem Präsidenten der Ersten Kammer ausgebrachten Königshoch erblickt die Fraktion lediglich eine traditionelle, politisch bedeutungslose Übung der bürgerlichen Parteien, gegen die sie bisher unter den gegebenen Verhältnissen eine Demonstration nicht für notwendig hielt. Sie hörte daher das Hoch stehend an. Da die Verhältnisse seit dem letzten Male dieser Art im August 1910 dieselben geblieben waren, sah sich die Fraktion zu einer Aenderung ihres Verhaltens nicht veranlaßt. Die Fraktion ist angeichts dieser Hochsage der Ueberzeugung, daß niemand aus ihrem Verhalten den Vorwurf eines Verstoßes gegen Parteigrundsätze abzuleiten berechtigt ist.“

Die Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart bemerkt hierzu:

Wir erkennen gerne an, daß unsere bisherige Landtagsfraktion im besten Glauben und in bester Absicht gehandelt hat. Wir sind ferner erfreut darüber, daß die Fraktion zur Rechtfertigung ihres Verhaltens rein politische Momente anführt. In der Sache aber geht unsere Ansicht dahin, daß unsere Fraktion — entsprechend dem ungeschwankten Wehrheitswillen unserer Partei — sich beim Königshoch nicht passiv verhalten durfte. Unsere Fraktionsmitglieder hätten, war ein Hinweggehen nicht mehr möglich, sitzen bleiben müssen. Die Sozialdemokratie bekämpft grundsätzlich die Monarchie. Daran wird nichts geändert, wenn ein Monarch persönlich ein hochachtbarer Mensch ist. Wir kämpfen nicht gegen Personen, sondern gegen Systeme. Die Wahl in den Ständischen Ausschuss soll nicht gewissermaßen eine Belohnung für gutes Verhalten im bürgerlichen Sinne sein, sondern wir müssen auch um dieses politische Recht, wie um alle anderen, kämpfen.“

Wir sind mit der Redaktion der „Tagwacht“ der Ansicht, und haben ihr schon Ausdruck gegeben, daß die Fraktion sich beim Königshoch nicht passiv verhalten durfte. Im übrigen hätte nach uns zugegangenen Informationen die Fraktion den Soak vor dem Hoch sehr wohl verlassen können. Trifft das zu, so gilt auch, was der „Vorwärts“ damals im Jahre 1910 schrieb:

„Wenn aber die württembergischen Abgeordneten ohne Rot monarchischen Firtelzang mitmachen, so sind auch die schwäbischen Genossen Manns genug, ihren Vertretern zu sagen, was sie zu tun und zu lassen haben.“

Protest gegen den Krieg.

Auf dem am Sonntag in Bonn abgehaltenen Parteitag der oberen Rheinprovinz wurde folgende Entschliebung einstimmig angenommen:

Der unheilvolle Kriegsbrand auf dem Balkan hängt eng zusammen mit der kapitalistischen Raffgier der Großmächte; er ist in erster Linie verschuldet worden durch die beispiellose Pflichtvergessenheit der Diplomaten der europäischen Mächte, die in der Balkanfrage ihre von kapitalistischen Interessen diktierten Eifersüchteleien in den Vordergrund gestellt haben, anstatt tatkräftig an der Lösung dieser brennenden Frage im Interesse der nationalen Selbstbestimmung der einzelnen Völkern und einer weltanschaulich-kulturpolitisch zu arbeiten. — Der Parteitag erwartet, daß die Sozialisten aller europäischen Länder ungeachtet großer Friedensstundgebungen veranstalten und dadurch den entschiedenen Willen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen, das Balkanfeuer zu dämpfen und vor allem sein Uebergreifen auf andere Staaten zu verhindern.“

Die Sozialdemokratie Deutsch-Oesterreichs.

Der Bericht der Parteiverwaltung der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich an den Anfangs November in Wien zusammengetretenen Parteitag ist soeben erschienen. Er bespricht zunächst die Feuerstämpfe des österreichischen Proletariats, die ihre Bluttaufe durch die Erschießung der Genossen Brödenberger, Joachimshaler und Wögerbauer am 17. September v. J. in Wien erhalten haben. In den folgenden Wochenprotesten verhängte das Wiener Landgericht Freiheitsstrafen im Gesamtbetrage von 70 Jahren, wenn man die Untersuchungshaft und die Polizeistrafen mitechnet. Einige der tollsten Urteile mußte der Oberste Gerichtshof aufheben, aber es bleibt wahr, daß dem Volk fast Brot und Fleisch Flintenkugeln und Kerkerstrafen getriert wurden. Der Enttäuschungsummel der Aktionäre aus Anlaß der Schüsse des geisteskranken Regenschirm

Parlament ist von den Massen wirkungslos abgeprallt. Einige Reichstagsnachwahlen in Wien und Kärnten brachten der Partei schöne Erfolge. Die Partei besitzt 1200 Gemeindevorstehermandate; die Schaffung eines kommunalpolitischen Organs dürfte nicht mehr lange ausbleiben.

Die Parteio rganisation — es ist immer zu berücksichtigen, daß es sich um die deutsch-österreichische Partei handelt — hatte Ende 1911 146 623 Mitglieder; nämlich 128 800 Männer und 17 823 Frauen; Ende 1912 hat sie 145 524 Mitglieder; davon sind 125 484 Männer und 20 040 Frauen. Der Mitgliederverlust wird also nur von den Männern getragen, und zwar nur von den Arbeitern in der Provinz, namentlich in Niederösterreich und Steiermark, während die Frauenorganisation überall und die allgemeine Parteio rganisation in Wien (um 3556) und in Deutschböhmen (um 531) zugenommen hat. Die Vereinsorganisation bringt trotz einem ganz miserablen, von 1902 stammenden Vereinsgesetz immer mehr durch, nur noch 10,5 Proz. (1911: 12 Proz.) aller Parteimitglieder gehören der sogenannten freien politischen Organisation (Vertrauensmännerbündnis) an. Die Versammlungstätigkeit war fast so groß wie 1911, obgleich das Vorjahr ein Wahljahr war. Die Beiträge in der politischen Organisation betragen 25—30 Heller pro Monat, für die Frauen sind einheitlich 40 Heller festgesetzt, wofür auch die bereits in 28 000 Exemplaren erscheinende „Arbeiterinnen-Zeitung“ geliefert wird. Gewerkschaftlich organisierte Frauen zahlen nur 20 Heller Beitrag, da sie das Blatt von ihrem Verband erhalten. Durch den § 30 des Vereinsgesetzes sind „Frauenspersonen“ noch immer von der Mitgliedschaft zu politischen Vereinen ausgeschlossen. Die junge Dienstmädchenorganisation „Einigkeit“ hat es in Wien auf 700 Mitglieder gebracht, und in Graz und Salzburg Ortsgruppen errichtet. Dem Zentralverband der Heimarbeiterinnen gehören 1281 Frauen in 27 Ortsgruppen an. Die Zeitungskorrespondenz des Frauen-Reichskomitees bewährt sich.

Die Jugendorganisation, der geschlechtlich zu Recht bestehende „Verband der jugendlichen Arbeiter Oesterreichs“ hat es auf 308 Ortsgruppen (1910 196!) gebracht, wovon 191 in Böhmen sind. Der Mitgliederbestand ist um 2000 auf 11 000 gewachsen. Das Monatsblatt des Verbandes erscheint, künstlerisch illustriert, in 16 000 Exemplaren. Wegen Uebersetzung des Kolportageverbot wurden die jugendlichen 106 Kronen Strafe bezahlet und 264 Stunden Arrest abtun.

Die von einer Zentralkommission in Wien geleitete Bildungsarbeit wird immer eifriger getrieben. Die Parteipresse besteht aus 6 Tagesblättern (in Wien, Graz, Reichenberg, Salzburg, Linz und Innsbruck), zwei dreimal wöchentlich (Leipzig und Aussen), sechs zweimal, elf einmal wöchentlich erscheinenden Blättern, den Halbmonatsblättern „Arbeiterinnen-Zeitung“ und „Das Volk“ (Preis 2 Heller), der Monatszeitschrift „Der Kampf“ (Auflage 4100), der „Bildungsarbeit“ (3250), dem „Abtinent“ (2000), dem „jugendlichen Arbeiter“, dem „Wahlkämpfer“ (16 000), 8 Sportblättern. Die 62 deutschen Gewerkschaftsblätter haben 340 950 Auflage, die zwei deutschen Genossenschaftsblätter 85 000. Die Gesamtauflage der deutsch-österreichischen sozialistischen Presse beträgt 800 000.

Nachdem der Bericht noch die gute Entwicklung der Wiener Volksbuchhandlung und ihrer Grazer Filiale besprochen, stellt er fest, daß die Zentralgewerkschaften 21 340 Mitglieder (davon 18 000 in Wien und Nieder-Oesterreich) gewonnen und es auf 421 905 gebracht haben, davon 373 914 Männer (+ 4,47 Proz.) und 47 991 Frauen (+ 12,51 Proz.).

Den Arbeitergenossenschaften zentralistischer Richtung gehören 273 068 (1910: 249 457) Mitglieder an.

Das Verhältnis zur tschechisch-slawischen (separatistischen) Partei ist durch die Aufnahme der tschechischen (zentralistischen) Sozialdemokratie in den Verband der österreichischen Internationale noch schlechter geworden, wenn das überhaupt noch möglich war. — Die gerichtlichen und polizeilichen Verfolgungen der Partei sind zweifellos wieder im Wachsen. Interessant ist, daß der Bericht nur von einem einzigen Ausschlußverfahren zu erzählen weiß, das überdies nicht mit einem Ausschluß endete.

Der Bericht des Parteifaktors Dr. Ellenbogen äußert sich nicht sehr zufrieden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Prozess.

Vor dem Schöffengericht in Düsseldorf hatte sich am Sonntag der Verantwortliche der „Düsseldorfer Volkszeitung“, Genosse G. Müller, wegen angeblicher Bedrohung, Berufserklärung und Verleumdung zweier nützlicher Elemente zu verantworten, die beim Streik der Firmen Oetting und Jandre eine Rolle spielten. Nach Aufnahme des Tatbestandes blieb mir noch eine Verleumdung aus § 186 übrig, die mit 200 M. Geldstrafe gestraft werden mußte. Der eine Arbeitswillige hatte schon einen Tag vor dem Erscheinen der betreffenden Notiz die Arbeit wegen Krankheit eingestellt, der andere war fälschlich in die Verurteilung gezogen worden, wofür mit genannter Strafe quittiert wurde.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 13.10.		am 12.10.		Wasserstand	am 13.10.		am 12.10.	
	cm	cm ¹⁾	cm	cm ¹⁾		cm	cm ¹⁾	cm	cm ¹⁾
Remel, Elbt	140	0	140	0	Saale, Großhly	85	-5	85	-5
Bregal, Jüterburg	-31	0	-31	0	Habel, Spandau ²⁾	33	-3	33	-3
Wesjel, Thern	182	-20	182	-20	Rathenow ²⁾	82	-16	82	-16
Oder, Rathbor	164	-4	164	-4	Spree, Spremberg ²⁾	92	-2	92	-2
• Krossen	167	-4	167	-4	Beeslow	80	+1	80	+1
• Frankfort	168	-3	168	-3	Weser, Minden	136	0	136	0
Wartbe, Schramm	32	0	32	0	• Minden	217	+3	217	+3
• Landsberg	0	+2	0	+2	Rhein, Martialisandem	395	-	395	-
Rege, Borsdamm	-10	-6	-10	-6	• Raab	191	-5	191	-5
Elbe, Zellmeritz	31	-15	31	-15	• Röh	175	-7	175	-7
• Dresden	-92	-5	-92	-5	Nedar, Dellbrom	55	-5	55	-5
• Barby	173	-9	173	-9	Rain, Hanau	127	-2	127	-2
• Magdeburg	138	-8	138	-8	Wojel, Trier	33	-2	33	-2

¹⁾ + bedeutet Hoch. — Fall. — ²⁾ Unterpegel.

Unserem Genossen
Julius Mehlbaum
nebt seiner lieben Frau, der
Genossin
Johanna Krüger
die herzlichsten Glückwünsche
zur Vermählung.
Die Genossen u. Genossinnen d.
284. Bez. 4. Berl. R.-Wahlk.

Unserem langjährigen Sanges-
bruder und Vorsitzenden
Gottlieb Rühlke
und seiner Ehefrau
Agnis Rühlke
geb. Kolberg, zu ihrer Silbernen
Hochzeit ein dreifaches Hoch!
Gesangverein Vorberfranz.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
l. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
(Landsberger Viertel. Bez. 399 I).
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Hausdiener

Willi Art
(Landsberg, Alter 45) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Mittwoch, den 16. d. Mts., nach-
mittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichen-
halle des Auferstehungs-Kirchhofes
in Weihensee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
230/10
Der Vorstand.

Nach langem Leiden verschied
am Sonnabend, den 12. Oktober,
mein lieber Mann, unser guter
Vater, Schwieger- und Großvater,
der Gastwirt
Ernst Fritsch
im 64. Lebensjahre.
Die trauernden Hinterbliebenen
Alwine Fritsch.
Die Beerdigung findet am Mit-
woch, den 16. Oktober, nachmittags
3 Uhr, von Trauerhalle, Beller-
mannstraße 18, aus statt. — 262

Sozialdemokratischer Wahlverein
l. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
Am Sonnabend verschied unser
Genosse, der Gastwirt

Ernst Fritsch
Bellermannstr. 18, Bezirk 813a.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 16. d. Mts., nach-
mittags 3 Uhr, von Trauerhalle
aus auf dem St. Sebastian-
Kirchhof in Reinickendorf, Behl-
humboldtsstraße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
233/3
Der Vorstand.

Statt besonderer Meldung.
Am Sonnabendmorgen ver-
schied plötzlich nach kurzem
Krankheitslager unser innig geliebter
Bruder und herzensguter Onkel,
der Betriebsleiter

Hermann Bergau
im 51. Lebensjahre. 816b
Für die trauernden Hinter-
bliebenen:
Geschwister Bergau.
Frau Marie Thebus.
Die Einäscherung findet am
Mittwoch, den 16. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, in Leipzig statt.

Am 12. Oktober 1912 verschied unser Meister
Herr Hermann Bergau.
Wir verlieren in ihm einen human und reichlich
Jenkenden Menschen und werden sein Andenken in
Ehren halten. 822b
Die Graveure der Firma Heiar, Thiele & Co.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Charlottenburg.
I. Gruppe.
Den Parteigenossen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Brauer
Heinrich Simon
Sobhle-Charlottenstraße 22,
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Mittwochmorgen 2 Uhr von der Halle
des Südwest-Kirchhofes, Stahns-
dorf, aus statt.
Abfahrt von Charlottenburg 12¹⁵.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am Sonnabend, den 12. Oktober,
entschied nach kurzem, schinerem
Leiden mein innig geliebter Mann,
unser herzensguter Vater, Groß-
vater und Schwiegervater, der
Dresdler
Gustav Piethe
im 62. Lebensjahre.
Anna Piethe geb. Probst
und Kinder.
Die Beerdigung findet am Dienst-
tag, den 15. d. Mts., nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Gethsemane-Kirchhofes, Nieder-
schönhausen-Nordend, aus statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Hermann Schlemminger
Kustitzenstr. 24, im Alter von
49 Jahren gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 15. Oktober, nach-
mittags 2^{1/2} Uhr, auf dem
städtischen Friedhof in der Müller-
straße, Ecke Seestraße, statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Drechsler
Gustav Piethe
Schönhauser Allee 196, im Alter
von 61 Jahren gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 15. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des Gethsemane-Kirchhofes in
Nieder-Schönhausen-Nordend aus
statt.
Ehre ihrem Andenken!
80/15 Die Ortsverwaltung.

Am 12. Oktober d. J., mittags
12 Uhr wurde uns unser lieber
Kollege, der Schriftsetzer
Artur Nolle
im Alter von 38 Jahren durch
den Tod entzogen. 828b
Sein offener, ehrlicher Charakter
sichern ihm bei allen, die mit ihm
zu tun hatten, ein bleibendes
Andenken.
Das Personal
d. Kunstdruckabteilung „Tscholk“
der Imberg & Lefson G. m. b. H.,
Berlin.
Die Beerdigung findet am Mit-
woch, nachm. 5 Uhr, von der Halle
des Luisenkirchhofes in Reinickd.,
Bermannstraße, aus statt.

Zu meinem großen Bedauern
verchied am 12. d. M. infolge
eines Unglücksfalles Herr
Gustav Scholz.
Der Verstorbene war 11 Jahre
für meine Polaturanstalt tätig
und hat sich während dieser Zeit
in jeder Beziehung pflichttreu
gezeigt. 818b
Sein Andenken werde nie ver-
gessen.
S. Oppenheimer.

„Kornfranck“

ein neues Kaffeegetränk, das Sie versuchen müssen.
„Kornfranck“ wird aus unserem nahrhaften und kräf-
tigen Brotkorn (dem Roggen) gewonnen, das einem
eigenen, neuartigen Mälzungs- und Röstverfahren
unterzogen worden ist. Wer „Kornfranck“ einmal
getrunken hat, kauft ihn immer wieder.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau: Amt Nordost, Nr. 1239. Charitéstraße 3. Amt Nordost, Nr. 1987.

Mittwoch, den 16. Oktober 1912, abends pünktl. 6 Uhr:
Bezirks-Versammlung
 sämtlicher im 19. Bezirk beschäftigten
 Kolleginnen und Kollegen
 im Lokal von Obigo, Schwedter Straße 23/24.

Tagesordnung:
 1. Vortrag des Kollegen Gandle über: „Klassengegensätze und
 Klassenkämpfe im sozialen Zeitalter“.
 2. Berichtserstattung über die ausgenommene Statistik im Bezirk.
 3. Bezirksangelegenheiten.
 Vollständiger Besuch wird erwartet. Die Kollegen und Kolleginnen
 folgender Firmen werden ganz besonders eingeladen: Nichte & Bach-
 mann, Gutmann, W. Schneider, F. H. Schulze, Newes,
 Kottel & Co., Pfingler, Wille, Gburinwerke, Friedeberg und
 Langhaus.

Mittwoch, den 16. Oktober 1912, abends 8 Uhr:
Versammlung
 aller in den Emballagen- u. Weißblech-
 betrieben beschäftigten Klempner
 in den Andreas-Festfälen, Andreasstr. 21.

Tagesordnung:
 1. Sind unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen zeitgemäß?
 2. Diskussion. 3. Interne Berufsangelegenheiten.
 Kollegen! Erscheint zahlreich in dieser Versammlung. Bringt ins-
 besondere die Unorganisierten mit. Zeigt, daß auch Ihr hinter den anderen
 Berufscollegen nicht länger zurückstehen wollt. Die Kollegen von Weyen,
 Brangelstraße, Kreffer, Strahburger Straße, Schlimann, Gilschmer-
 Straße, Müller, Staliger Straße, und Schäffer, Löhnowstraße, sind hierzu
 ganz besonders eingeladen.

Achtung! Die nächste ordentliche Generalversammlung der
 Verwaltungsstelle Berlin ist am 24. November d. J.
 Anträge hierzu müssen bis spätestens 26. Oktober
 bei der Ortsverwaltung eingereicht sein.
 Die Ortsverwaltung.

Tadellos 1 M.

wöchentliche Teilzahlung
 liefert elegante
Herren-Moden
 fertig und nach Mass.
 Garantie für tadellosen Sitz
 und feinste Verarbeitung.



J. Kurzberg
 Mass-Schneiderei
 Rosenthaler Strasse 36, 1, am Hackeschen Markt
 Frankfurter Alee 104, part., Ecke Friedenstrasse
 Reinickendorfer Strasse 4, am Weddingplatz

Möbel

kauft man reell u. am besten beim
Tischlermeister.
Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten.
Gustav Rentel, Tischlermeister, Landsberger Str. 6, am Landsberger Tor

H. & P. Uder,

Berlin SO. 16, Engel-Aker 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
 Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
 Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
 Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
 Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen.
 Amt 4, 3014.

Unheilbare Katarrhe.

Die wenigsten Menschen sind sich dessen bewußt, daß Schnupfen, Hals- und Rachenentzündungen usw. ihre Ursache in der Tätigkeit der Keimlebewesen (Bakterien) haben, die in den Schleimhäuten der Atmungsorgane, sobald dieselben durch Erkältungen oder anderen Ursachen gelodert sind, die günstigsten Bedingungen zu ihrer Fortpflanzung finden. Diese Bakterien, oder für bestimmte Arten Bazillen genannt, verbreiten durch ihre Fortpflanzung gewisse Absonderungsprodukte, die giftig wirken (Toxine) und dadurch weitere Teile der Schleimhäute reizen und für die Ausbreitung der Brut empfänglich machen. Auf diese Weise entstehen leicht durch einen vernachlässigten Schnupfen oder Husten die schweren Leiden: Bronchialkatarrh, Althina, Influenza, Lungenentzündung usw. — Natürlich sind auch alle diese Zustände ansteckend, weil diese Bakterien sich im Speichel in Wasser befinden und mit dem Atem auch nach außen gelassen werden.
 In der großen Apotheke der Natur sind für alle sogenannten Gifte eine Reihe von Gegengiften vor-

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Reichsstraße 28, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Räderstraße 9. Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787. Fernsprecher: Amt Nordost 6708.
 Donnerstag, den 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97.

Tagesordnung:
 1. „Streikrecht“. Referent Dr. Kurt Rosenfeld. 2. Diskussion. 3. Wahl von sechs Delegierten zur Bezirkskonferenz. 4. Verbandsangelegenheiten.
 Wegen der wichtigen Tagesordnung erwarten wir das Erscheinen aller Kollegen.
 Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Gebt acht,

wenn Ihr Palmin Euch kauft,
 'S gibt Fette, die man ähnlich tauft!
 Auch statt Palmona schiebt man vor
 Oft das, was ähnlich klingt für's Ohr!
 Drum achtet, ob auf dem Paket
 Die Firma Schlinck in Hamburg steht!

Palmin - Pflanzenfett
 Palmona - Pflanzen-Butter-Margarine

Manoli

Cigarettes
 Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

Genossenschaft Berliner Bandagisten

Köpenicker Str. 98b
 Lieferant der Krankenkassen und der Konsumgenossenschaft
 Berlin und Umgegend.
 Eigene Werkstatt. × × Fachgemäße Bedienung.
 Für Damen weibliche Bedienung.

Kios Cigaretten

Kurprinz 3 Pfg.
 Fürsten 4
 Welt-Macht 5
 Auto-Klub 6
 Aero-Klub 10

Kleine Berliner
 Stück 2 Pf.

banden, es gilt also, nur die richtigen herauszufinden und recht anzuwenden, um die Toxine (Gifte) unwirksam zu machen, ohne aber die menschlichen Organe zu gefährden. Daber haben Pünzelungen und Eingeweine mit stark reizenden Giften, wie Jod, Jodkalium usw., gar keinen Erfolg, weil sie nur einen unbestimmten Teil der infizierten Schleimhäute treffen und außerdem diese stark angreifen und unter großen Umständen das Leben nur verschlimmern. Wenn nagen auch weder Trinken mit allen möglichen Salzen oder eine äußere Behandlung mit warmen oder kalten Umschlägen sehr wenig, die hierliegenden Bakterienflora wird davon nicht alteriert und nach einiger Zeit ist das alle Leiden wieder da. Deshalb erscheinen diese Zustände den meisten als unheilbare Katarrhe. Es sieht aber unumstößlich fest, daß die Enttaltung dieser Bakterienbrut den Luftwegen der Atmungsorgane folgen, sonstgerweise kann man ihnen also am sichersten nur auf diesem Wege folgen, d. h. durch Einatmung besonders günstig bedingender Dämpfe, welche sämtliche Bakterien nicht ertragen können und zum Absterben bringen.
 Dem Laboratorium Lencr's, Wiesbaden, W 42, ist ein kleiner sinnreicher Apparat konstruiert, den man bequem in der Tasche tragen kann, und der nach be-

sonderem Verfahren anserwählte wissenschaftlich begutachtete Stoffe zum Einatmen bis in die tiefsten Luftwege bringt, ohne Sticheitze zu verursachen oder sonstwie die Schleimhäute anzugreifen, und zwar auf solchem Wege, um auch einer neuen Erklärung sicher vorzugeben. Hiermit sind die glänzendsten und erstannlichsten Erfolge erzielt worden, worüber sich Tausende in begeisterten Briefen ausdrücken. So schreiben unter vielen anderen:
 P. Clemens Gedann, Flor. München. Die ich Ihnen bereits neulich geschrieben, bin ich mit den von Ihnen bezogenen beiden Apparaten sehr zufrieden. Es ist das Beste, was in der Art existiert. Auch habe ich Ihren ingenieusen Apparat schon verschiedene Male zu empfehlen Gelegenheit gehabt.
 Ferner schreibt Herr Konfistorialrat W. Genssen, Bismar (Mecklenburg): Mit Freuden teile ich Em. Wohlgebornen dankbarlich mit, daß der von Ihnen bezogene Inhalator nach dreiwöchiger Benutzung mich von einem Bronchialkatarrh, der mich über Jahre und Tag geplagt, befreit hat. Auch will ich nicht verschweigen, die ausserst bequeme Handhabung des Inhalators rühmend hervorzuheben.

Außerdem schreibt Herr Wag. Kluge, Berlin, Räderstr. 14a: Ich bin seit vier Jahren an einem schlimmen Hals- und Rachenkatarrh, auch leide ich an Lungenkatarrh. Alle Mittel, die ich anwandte, halfen nichts. Ich ließ mir aus einer Annonce in der Zeitung einen Inhalator schicken. Nach sechsständigem Gebrauch ist mein Hals- und Rachenkatarrh vollständig geheilt und mein Lungenleiden hat sich wesentlich gebessert.
 Ähnliche Anerkennungsbriefe liegen ca. 5000 Stück vor, davon 2418 mit notarieller Beglaubigung. Die Originalbriefe können jederzeit bei uns eingesehen werden.
 Für minderbemittelte, vertrauenswürdige Personen wird der Apparat laut unseren besonderen Bedingungen auch gegen bequeme Ratenzahlung abgegeben. Nähere Auskunft über Lencr's Inhalator wird von Lencr's Laboratorium Wiesbaden W 42 gern kostenlos und ohne Kaufzwang erteilt. Verlangen Sie noch heute gratis interessante Broschüre.

Den „Vorwärts“-Lesern gewähre Rabatt.

Steppdecken

Spezialhaus
Emil Lefèvre
 Berlin Oranienstr. 158.
 Steppdecken in voller Bettgröße
 Similiseide in den Farben 5²⁵ bis 21⁰⁰
 Wollatlas blau, oliv 6⁷⁵ bis 27⁰⁰
 Daunendecken 25⁰⁰ bis 125⁰⁰
 Schlafdecken 1⁶⁵ bis 48⁰⁰
Spezial-Katalog
 mit ca. 650 Abbildungen gratis u. franko.

Tätowierung

entfernt Dr. Schönemann
 Spezialarzt für Hautkrankheiten.
 Berlin S., Oranienstraße 139.
 207/17

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Dollmanns Bandagen

Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummiswaren etc.
 Berlin N., Köpenicker Str. 60.
 Lieferant für Krankenkassen
 Eigene Werkstatt.

Vereinszimmer, 60 Quadratmeter, für Gesang- und andere Vereine geeignet, auch Sonntags zu vergeben, Schönhauser Allee 9-11, 3. Hof.

Spezialarzt Dr. Homeyer

f. Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinleiden jeder Art, Ehrlich-Gata-Kuren u. Co. kong. Laborat. f. Blutuntersuchung, Gaden l. Harn usw. gegenüber Friedrichstr. 81, gegenüber Spr. 10-2, 5-8, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separated Damenzimmer.

Wenn nicht 2 schöne Aale in a p. Nacht retour!
 Rosenrollmöpse, Lachschoringe, Dose 32 Herings Milchsauce, Geleesal, Dose 20 norm. Sard., Gräther, ca. Del. Sard., Geleesal, Riste 40 Sp. Büchlg. oder Riste große Büchlg. 9 Sorten zusammen 2,95 R. E. Napp, Altona-Ottenf. 105.

Künstliche Zähne

mit und ohne Gaumenpl. in naturgetreuer Ausführung.
 Reparatur u. Umarbeitung, sof. u. billigst. Fast schmerzloses Zahnziehen. — Teilzahlung. Bei fast sämtlichen Berliner Krankenkassen zugelassen.
Kugo Schnitze, Dresden Str. 129, am Stottbuser Tor.

Phänomen-Gold Feinste Cigarette

Specialmarke Phänomen-Club 3 Pf.

Gewerkschaftliches.

Der 17. gewerkschaftliche Unterrichtskursus

wurde vor einigen Tagen im Gewerkschaftshaus im Beisein der Mitglieder der Generalkommission von dem Leiter der Kurse, Genossen Sassenbach, nach einer kurzen Ansprache eröffnet. In dieser wurde wiederum betont, daß durch die Kurse nicht eine vollständige Durchbildung der Teilnehmer erfolgen, sondern nur Anregung zu weiterer systematischer Schulung gegeben werden könne. Die Zahl der Teilnehmer an diesem Kursus beträgt 72. Mehr als 30 Meldungen von Teilnehmern müßten für die nächsten beiden Kurse, die im Frühjahr 1913 stattfinden, vorgemerkt werden, da nicht mehr als 40 Teilnehmer zu jedem Kursus zugelassen werden sollen. In den Unterrichtsfächern ist nur insofern eine Änderung eingetreten, als die Vorträge über die Reichsversicherungsordnung vermehrt und dadurch die Vorträge über Bankwesen und Geldverkehr ausfallen mußten, weil eine Verlängerung der Kurse über sechs Wochen hinaus nicht zweckmäßig ist.

Der Unterrichtsplan setzt sich jetzt wie folgt zusammen: Ueber die Geschichte der deutschen Gewerkschaften unterrichtet Karl Legien, Gegnerische Gewerkschaften Paul Umbreit, Gewerkschaftliche Literatur Joh. Sassenbach, Nationalökonomie Max Schippel, Statistik Max Grunwald, Kartelle Mich. Calwer, Ausland Ed. Bernstein, Strafrecht Rechtsanwalt Heinemann, Arbeiterversicherung Gustav Bauer, Fern. Müller, Robert Schmidt und Rud. Wissell, Arbeitsvertrag Simon Kapenstein, Arbeiterlehre Rob. Schmidt, Gewerbehygiene Professor Dr. Sommerfeld.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Maschinen- und Feizer in den V. G. W.

Am vergangenen Montag fand in den Arminhallen eine Versammlung aller in den Zentralen und Unterlokalen Beschäftigten Berufsarbeiter der V. G. W. statt, um den Bericht über die Verhandlung mit der Direktion in Empfang zu nehmen. Galle referierte und bemerkte, daß die Direktion den Arbeitern nur sehr wenig Entgegenkommen gezeigt hätte, denn die Forderungen, die der Gesellschaft am 7. September überreicht wurden, waren so gering, daß man gehofft hätte, die Gesellschaft würde ihren Arbeitern bei der bestehenden Teuerung die Zulage von 5 Pf. pro Stunde bewilligen, zumal die Gesellschaft im letzten Geschäftsjahre einen Ueberschuß von 20 1/2 Millionen gemacht hat, und dazu imstande gewesen wäre, ohne daß die Herren Aktionäre hätten Not leiden brauchen. Redner erwähnte, daß die Gesellschaft einen neuen Direktor erhalten hat und es scheint, als wenn dieser besonders darauf hinarbeiten möchte, die Organisation der Maschinenisten und Feizer in den Staub zu treten. Die Zugeständnisse, die gemacht worden sind, beweisen dies. Jedes Unternehmen wird anerkennen, daß bei den augenblicklichen Wirtschaftsverhältnissen der am meisten zu leiden hat, der mit niedrigem Lohn dasteht. Anders denkt die Direktion der V. G. W. Diese gibt, um nicht gänzlich verurteilt zu werden, nur denjenigen, die im Betrieb und an ein und derselben Arbeit vier Jahre beschäftigt sind, eine Zulage von 2 1/2 Pf. pro Stunde. Das ist ein billiges Vergnügen, denn es kommen so knapp 30 Prozent der Beschäftigten in den Besitz einer Zulage. Die Gesellschaft verfuhr also nach außen hin den Anschein zu erwecken, als wenn sie es tatsächlich mit den Arbeitern gut meine, verfuhr aber gleichzeitig mit dieser ungeraden Behandlung der Forderungen einen Keil zwischen die Arbeiterkraft der V. G. W. zu treiben. Die Arbeiterkraft ist jedoch gestählt genug, sich nicht scheiden zu lassen. Es gelangte daher in der Versammlung auch die nachstehende Resolution einstimmig zur Annahme:

Die Versammelten erklären in den gemachten Zugeständnissen eine Verhöhnung ihrer berechtigten Ansprüche. Die Versammelten verpflichten sich, für den Ausbau der Organisationen zu sorgen, um durch diese zur geeigneten Zeit der Gesellschaft ihre Forderungen erneut zu unterbreiten.

Wächung, Töpfer! Laut Versammlungsbeschluss vom 27. September 1912 hat vom heutigen Tage auf den Bauten, wo ungenügend oder überhaupt nicht verglast ist, die Arbeit zu ruhen. Die Eintragung in die Streiklisten geschieht vom heutigen Tage ab in der Zeit von 10 bis 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15. Auch die arbeitslosen Kollegen haben sich in die Streiklisten eintragen zu lassen. Die Vertrauensleute von den Bauten, welche genügend verglast sind, haben trotzdem die Pflicht, dies dem Bureau des Verbandes zu melden.

Der Vorstand der Filiale Grob - Berlin des Zentralverbandes der Töpfer.

Zum Kampf im Dachdeckergerwerbe.

In der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ vom 6. Oktober findet sich ein längerer Artikel, welcher die Aussperrung im Berliner Dachdeckergerwerbe behandelt. Genau derselbe Artikel, nur mit ein paar anderen Einleitungsworten, findet sich auch im Meisterorgan, der „Deutschen Dachdeckerzeitung“. Beide Artikel leisten sich Unschlüssliches in Verdrehungen der Tatsachen, deshalb soll auf die Ursachen, die zur Aussperrung führten, noch einmal kurz eingegangen werden.

Längere Zeit vor Ablauf des Tarifvertrages von 1907, welcher im Gewerbe bis 31. Juni 1912, also fünf Jahre, befristet war, erludeten die Arbeiter die Unternehmer um Abschluß eines neuen Vertrages. Bei der ersten Zusammenkunft wünschten die Unternehmer, daß die Arbeiter ihre Forderungen schriftlich einreichen sollten. Die Arbeiter kamen diesem selbstverständlichen Wunsch sofort nach. Die eingereichten Forderungen lauteten für die Dachdecker:

1. Verlängerung des bestehenden Tarifvertrages auf eine weitere Reihe von Jahren unter Berücksichtigung einiger redaktionelle Änderungen, welche dem Vertrage eine bestimmtere Fassung geben.
 2. Einführung des obligatorischen Arbeitsnachweises.
 3. Freigabe des 1. Mai.
- Für die Hilfsarbeiter:
1. Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch allgemeinen Tarifvertrag.
 2. Festlegung des Arbeitslohnes auf 60 Pf. pro Stunde.
 3. Regelung und Festlegung der Arbeitszeiten beim Tragen von Ziegeln, Schiefer, Kalk und Schuttung für Holzkemendach.
- Was hier gefordert wurde, bestand für die Dachdecker bereits zwei Jahre. Neu war nur die Forderung: Freigabe des 1. Mai und Einführung des obligatorischen Arbeitsnachweises. Auch für die Hilfsarbeiter wurde nichts Neues gefordert. Was hier verlangt wurde, haben vordem mindestens 60 Proz. der Hilfsarbeiter bekommen. Einzelne Unternehmer haben zum Teil noch mehr bezahlt.

Auf diese Forderungen antworteten die Unternehmer sofort mit einem Gegenantrag, welcher ganz erhebliche Verschlechterungen enthielt. Nach diesem Tarif sollte die Tarifdauer nur bis 31. März 1913, also nur auf drei Viertel Jahre, stattfinden. Davon waren die Unternehmer nicht abzubringen. Für die Hilfsarbeiter hatten sie 55 Pf. Stundenlohn festgesetzt, mehr wollten sie absolut

nicht bezahlen. Außer diesen beiden Positionen enthielt der Tarifentwurf der Unternehmer noch eine ganze Reihe von erheblichen Verschlechterungen. Schon beim Beginn der Verhandlungen ließen die Unternehmer erkennen, daß sie unter keinen Umständen von ihrem Vertragsentwurf zurücktreten wollten. Die Arbeiter konnten sich diese Verschlechterungen nicht bieten lassen; insgedessen fehlten sie den Forderungen der Unternehmer ein entschiedenes „Nein“ entgegen, was zur Folge hatte, daß die Unternehmer die Verhandlungen kurzerhand abbrochen.

In dem Artikel der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ heißt es dann:

„Die Differenzen sind dadurch entstanden, daß sich der Arbeitgeberverband vorzuschlagen erlaubte, den neuen Tarif auf mehrere Jahre zu verlängern und den Endpunkt desselben nicht mehr wie bisher auf den 30. Juni, sondern den 31. März, also vor Beginn der Bauzeit, festzusetzen; außerdem wollte der Arbeitgeberverband den 1. Mai nicht als Feiertag anerkennen. Die Arbeitnehmer verweigerten jedoch die Forderung, sie hätten keine Forderungen gestellt, demgegenüber muß hiermit festgestellt werden, daß die Arbeitnehmer die Forderung gestellt haben, am Sonnabend nur bis 4 Uhr nachmittags zu arbeiten unter Auszahlung des vollen Lohnes für diesen Tag. Die Meister wollen den Lohn nur für wirklich geleistete Arbeitszeit bezahlen. Außerdem verlangten die Gesellen die Umwandlung des paritätischen Arbeitsnachweises in einen obligatorischen. Hierdurch würden sich die Meister vollständig in die Hände der Arbeitnehmer geben.“

Wichtig ist wohl, daß die Unternehmer vorgeschlagen hatten, den Tarif eventuell bis 31. März 1916 abzuschließen. Die Herren verschweigen aber, daß sie dieses nur zugestehen wollten, wenn die Arbeiter ihre Verschlechterungen anerkennen würden! Nicht richtig ist aber, daß die Differenzen hauptsächlich wegen der Forderungen „Freigabe des 1. Mai“ und „Einführung des obligatorischen Arbeitsnachweises“ entstanden. Ueber diese Punkte hätte sich leicht eine Verständigung erzielen lassen, wenn die Unternehmer den Willen hierzu hätten. Diesen hatten sie aber nicht, weil sie nicht mehr über sich selbst zu bestimmen hatten. Auf höhere Anweisung stellten sie den Arbeitern das Ultimatum: Tarifdauer nur bis 31. März 1913. Hilfsarbeiterlöhne nicht mehr als 55 Pf. die Stunde. Vergütung nur der wirklich geleisteten Arbeitszeit.

Direkt wider besseres Wissen wird in dem Artikel die Behauptung aufgestellt: Die Arbeiter hätten gefordert, am Sonnabend nur bis 4 Uhr nachmittags zu arbeiten. Im alten Tarif war die Vergütung enthalten, daß Sonnabends eine halbe Stunde früher Feierabend gemacht werden darf als an den anderen Werktagen. An der Arbeitszeit und an den Stundenlöhnen sollte nichts geändert werden. Forderungen waren nicht gestellt.

Herr Magistratsrat v. Schulz hatte sich in der letzten Zeit große Mühe gegeben, eine Einigung der kämpfenden Parteien herbeizuführen. Die Unternehmer haben es auch diesmal wieder abgelehnt, auf dem Einigungsamt unter Mitwirkung des Herrn v. Schulz zu verhandeln. Die Arbeiter waren selbstverständlich hierzu jederzeit bereit.

Neben dem Kampf um die Lohn- und Arbeitsbedingungen werden die Arbeiter jetzt auch noch den Kampf um die Arbeitsvermittlung zu führen haben. Der Arbeitgeberverband für das Dachdeckergerwerbe zu Berlin hat seine Mitgliedschaft am paritätischen Arbeitsnachweise gekündigt. Zum Dienstag, den 8. Oktober, hatte der Vorsitzende des Kuratoriums, Herr Magistratsrat Dr. Wölbling, eine Sitzung für die Mitglieder des Kuratoriums für den paritätischen Facharbeitsnachweis zu Berlin angesetzt. Von den Arbeitgebern war zu dieser Sitzung niemand erschienen, sie hatten es auch nicht für notwendig gehalten, den Vorsitzenden davon in Kenntnis zu setzen, daß sie nicht erschienen würden. Es ist das zweite Mal, daß die Unternehmer im Dachdeckergerwerbe eine derartige Hochachtung für den Vorsitzenden bekunden.

Der Kampf dauert unerbittert fort. Die Aussicht auf Beilegung desselben ist durch die Haltung der Unternehmer in weite Ferne gerückt.

Deutsches Reich.

In Ermangelung eines Zuchthausgesetzes.

In Weibert (Rheinland) befinden sich bei der Firma Witz, Weidmann die Metallarbeiter im Auslande. Obgleich die Streikenden sich musterhaft verhalten und nicht den öffentlichen Verkehr hindern, glaubte ein berittener Gendarm doch etwas für das bedrohte Kapital tun zu müssen. Ohne irgendwelchen Grund attackierte er die Passanten der Straße, in welcher die Geschäftslökalen der bestreikten Firma liegen. Der Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beschwerte sich über das Treiben des berittlenen Gendarmen beim Oberbürgermeister. Dieser antwortete dann kurz und formell gewiß zutreffend, daß er nicht die Aufsichtsbehörde des berittlenen Gendarmen sei und ihm auch keine Anweisung zu geben habe.

Der Herr Oberbürgermeister fühlte sich dagegen berechtigt und verpflichtet, folgende Polizeiverordnung zu erlassen:

Auf Grund des Allgemeinen Landrechts vom 5. Februar 1794, Teil II, Titel 17, § 10 und der §§ 5 und 6b des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 wird hiermit mit Genehmigung des Gemeindevorstandes verordnet:

- § 1. Zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung wird jede Ansammlung von mehr als drei Personen und die Wandel- oder Wendegänge in folgenden Straßen der Stadt Weibert (folgen die Straßennamen) hiermit verboten.
- § 2. Zuwiderhandlungen werden mit einer Geldstrafe bis zu 9 M. oder mit entsprechender Haft geahndet.
- § 3. Gegenwärtige Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung sofort in Kraft.

Weibert, 10. Oktober 1912.

Die Polizeiverwaltung.
Der Bürgermeister, Dr. Deiter.

Dieses Streikpostenverbot ist nach der bisherigen Rechtsprechung des obersten Gerichts ungesetzlich. Selbstverständlich wird gegen diese Polizeiverordnung Beschwerde geführt werden.

Die Steinbildhauer in München haben den Unternehmern eine Tarifvorlage unterbreitet, in der 7 1/2 stündige Arbeitszeit und 9 M. Tageslohn gefordert werden. Einer Vorladung vor das Einigungsamt leisteten die Arbeitgeber zuerst keine Folge, erst nach Androhung einer Ordnungsstrafe kamen sie der Vorladung nach. In der Verhandlung zeigten sie jedoch keine Geneigtheit, mit dem Zentralverbande der Bildhauer in Unterhandlungen zu treten. Die Unternehmer erklärten, erst in einer Arbeitgeberversammlung zu den Forderungen der Gehilfen Stellung zu nehmen und verlangten eine Vertagung der Verhandlungen auf drei Wochen. Dagegen wandten sich entschieden die Organisationsvertreter. Man einigte sich schließlich dahin, die Verhandlungen auf acht Tage zu vertagen, damit die Arbeitgeber zu den Forderungen der Gehilfen Stellung nehmen könnten. — Zugug von Bildhauern nach München ist ferngehalten!

Ausland.

Warum es nicht zum allgemeinen Ausbruch des spanischen Eisenbahnerstreiks kam.

Man schreibt uns: Das Unterbleiben des allgemeinen Streiks der spanischen Eisenbahner hat seine „Geschichte“ — und diese „Geschichte“ verdient bekannt zu werden, denn sie bildet ein interessantes Kapitelchen des Klassenkampfes in Spanien, der froh organisierte Formen anzunehmen beginnt.

Dem Ministerpräsidenten Canalejas und dem Führer der „radikalen Republikaner“ Ferrer war der immer mächtiger werdende Eisenbahnerverband ein Dorn im Auge. Canalejas befürchtete seine revolutionäre Tätigkeit „im gegebenen Augenblick“. Und Ferrer, dem es in Katalonien leider noch gelingt, eine große Masse von Arbeitern mit seinen Phrasen zu betören und zu blenden, bekam Angst, daß ihm seine Truppen in Barcelona اسپenstig gemacht werden könnten durch den Anschluß der katalonischen Eisenbahner an den unter sozialistischer Führung stehenden Eisenbahnerverband. An der Spitze der katalonischen Eisenbahnerorganisation steht Ribalta, ein willenloses Werkzeug Ferrer's, der schon vor dem ersten Kongreß, den der Nationalverband im Juni in Madrid abhielt, gegen eine stärkere Zentralisation polemisiert hatte und den Wunsch aus sprach, daß der Streik sofort erklärt werden sollte. Es fanden darauf Verhandlungen zwischen ihm und dem Genossen Barrio, dem Vorsitzenden des Zentralverbandes, statt, auf Grund derer Ribalta versprach, auf dem Madrider Kongreß sich den Vorschlägen, kein Datum festzusetzen, anzuschließen. Das tat er auch. Als der Kongreß jedoch den Beschluß gefaßt hatte, den Streik nicht vor einem Jahr zu erklären, hielten Canalejas und Ferrer den Augenblick für gekommen, um zu handeln. Sie nahmen beide an, daß der Verband ohne des Kongreßbeschlusses sein werde und daß die verfrühte Erklärung eines Teilstreiks zu einer Spaltung des Verbandes führen müßte. Diese Fiktion mußte auch den Eisenbahngesellschaften gut erscheinen. Ferrer brachte es rasch fertig, Ribalta zu bestimmen, die katalonischen Eisenbahner zum sofortigen Streik aufzufordern: die anarchistischen Elemente taten freiwillig das übrige und scheuten vor keiner Verächtlichkeit der Sozialisten zurück, als diese vor einer Ueberreizung warnten. Von Madrid her traf bei Ribalta in Barcelona der schärfste Protest gegen die Verletzung der Disziplin und der Kongreßbeschlüsse ein. Als Ribalta sich weigerte, eine andere Haltung einzunehmen, sandte Barrio sofort an alle 49 Gruppen des Landes, aus denen der Verband besteht, die Bitte, dem katalonischen Komitee telegraphisch ihre Meinung zu übermitteln. Ribalta erhielt darauf von 43 Gruppen die Bitte telegraphiert, den Streik nicht zum Ausbruch kommen zu lassen. Das veranlaßte Ribalta, in einer Versammlung im Barcelonater Velodrom-Park zu erklären, daß er „persönlich gegen den Streik wäre“. Aber Ferrer wachte die Spaltung scharf. Am Tag darauf trat Ribalta in einer anderen Versammlung um Verzeihung für seinen „Schwächeanfall“ von gestern. Als es nun feststand, daß die Katalonier unter allen Umständen streiken würden und die Arbeitseinstellung auch tatsächlich erfolgte, entschloß sich das Zentralkomitee, das Referendum zu veranstalten mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß es sich um einen Solidaritätsstreik handle. Das Resultat ist bekannt: eine gewaltige Mehrheit sprach sich für den Streik aus. Sobald das die Regierung erfuhr, sah Canalejas ein, daß er einen gefährlichen Weg betreten hatte, und Ferrer merkte ebenfalls, daß seine Hoffnung zunichte ging. Und nun ereignete sich folgende ergötzliche Komödie: In den Regierungsblättern liehen der Ministerpräsident Canalejas und der Minister der öffentlichen Arbeiten Villanueva die „energischsten Mahnungen“ ankündigen, die sie ergreifen würden gegen den Streik und es kam ja auch wirklich zu einer, im übrigen völlig unwirksamen „Mobilisation“. Aber zu gleicher Zeit sandte die Regierung als offiziellen Abgesandten den Abgeordneten Amada ins Gewerkschaftshaus zu Barrio, um dem Eisenbahnerverband das Versprechen der Regierung anzubieten, in den Cortes Gesetzesentwürfe einzubringen zur Verklärung der Arbeitszeit und zur Erhöhung der Löhne. Zu gleicher Zeit wurde dieses Anerbieten auch Ribalta unterbreitet, der es den Streikenden von Katalonien nach einigem Zögern zur Annahme empfahl. Barrio in Madrid stellte die Bedingung, daß ihm das Versprechen der Regierung in einem von Canalejas unterzeichneten Brief schriftlich gegeben würde, und diese Bedingung wurde erfüllt. Der Brief ist im Besitz des Eisenbahnerverbandes. Inzwischen hatten die Katalonier schon aufgehört zu streiken und damit war für den Ausbruch des allgemeinen Streiks, der in der Nacht vom 8. Oktober stattfinden sollte, kein Grund mehr vorhanden. Es ist ein Zeichen für die Disziplin der Mitglieder des jungen Verbandes, daß der Gegenbefehl so glänzend befolgt wurde. Doch es auf den andalusischen Bahnen, im heißen Süden Spaniens, trotzdem zu einer Arbeitseinstellung kam, hängt mit den ganz besonderen Verhältnissen zusammen, die auf jenem trostlosesten aller spanischen Bahnhöfe herrschen.

Es wird sich nun zeigen, was Canalejas vorschlägt. Es kann natürlich so lächerlich wenig sein, daß die Möglichkeit eines Streiks zu einem späteren Datum keineswegs dadurch ausgeschlossen wird. Die Regierung wird vielleicht die Gelegenheit benutzen, um eine „Regelung des Streikrechts“ der Eisenbahner in dem Sinne vorzunehmen, daß sie ihnen dieses Recht illusorisch macht. Das allein könnte den Anlaß zu einer Bewegung geben, die dann nicht am „Vorabend des Kampfes“ eingestellt würde, sondern bei der sich die Kräfte des Verbandes und der Regierung wirklich messen würden. Einstweilen hat die Arbeiterorganisation auf Grund ihrer Kampfgeste allein schon einen vorläufig zwar nur moralisch starken Sieg errungen.

Gerbère, 13. Oktober. Unter den Angehörigen der spanischen Eisenbahnen macht sich eine lebhaftere Bewegung bemerkbar, da sie sich durch angeblich falsche Versprechungen bei dem letzten Streik hintergangen glauben. Die Eisenbahner Kataloniens rüsten sich zu einem neuen Streik, falls ihre Forderungen nicht in zwei oder drei Tagen bewilligt werden.

Aus Industrie und Handel.

Frankreich als Kolonialland.

Während die französische Regierung Geld und Mut des Volkes aufwendet, um jenseits der Meere neue Betätigungsgebiete für die „überflüssigen Kräfte und Kapitalien“ Frankreichs zu besetzen, wird das Heimatland selbst immer mehr zum Kapitalreservoir und Betätigungsfeld fremden Unternehmungsgelites. Paris hat in der „Humanité“ reichliches Material für diese Entwicklung mitgeteilt. Genosse Sembat widmet demselben Gegenstand eine zusammenfassende Vortragsrede. Er weist darauf hin, daß schon im vorigen Jahre die „Action française“ die Aufmerksamkeit auf das Vordringen Thyssens an der Kanalküste gelenkt hat (Thyris nach viel früher), und daß der „Matin“ sogar eine eigene Abteil: „Made in Germany“ eingerichtet hat, um das wachsende Uebergewicht der deutschen Waren zu bekämpfen. Einen interessanten Beitrag liefert ein Berichterstatter des „Figaro“, der einige leitende deutsche Finanzmänner über den Gegenstand befragt hat. Legationsrat Dr. Helfferich, Direktor der Deutschen Bank, sagte ihm: In den letzten 6 Jahren war der Jahresdurchschnitt der

Kapital-Emissionen (Ausgabe von Anlagepapieren durch die Banken) in Frankreich 4834 Millionen und in Deutschland 4829 Millionen. Aber während in Frankreich die einheimische Kapitalnachfrage gering ist, die meisten Kapitalien daher ins Ausland gehen, sind in Deutschland die Bedürfnisse der Industrie groß, und die Kapitalien bleiben im Lande. Von 1901 bis 1910 war in Frankreich der Anteil der einheimischen Anlagen nur 16, der der auswärtigen aber 84 Proz., in Deutschland dagegen genau das entgegengesetzte Verhältnis: 84 Proz. für das In- und nur 16 Proz. für das Ausland. Dabei noch nicht berechnet ist, wieviel von jenen 84 Proz. in Frankreich auch noch direkt oder auf Umwegen an die deutsche Geschäftswelt gelangen, ebensowenig die Beträge, die von den französischen Großbanken unmittelbar aus ihren Depositionen an die deutschen Banken fließen. Schlagend bezeichnet das der Bankdirektor Guttman: „Unser Geld dient uns selbst zum Geschäftsmachen — das eure aber dient dazu, andere Geschäfte machen zu lassen.“ Und recht hübsch ist der Kreislauf, wie Sembat ihn darstellt: französisches Geld, aus Ausland verliehen, dient Tausenden dazu, mittels dazwischengeschobener „Gesellschaften“ mit französischem Titel die Bodenschätze Frankreichs zu erschließen und den Nutzen daraus einzustechen, während dem französischen Kapital nur die Verluste verbleiben.

Dass diese Sache auch eine Rekehrseite hat und die Entwicklung einer gewaltigen Industrie auf großenteils fremdländischen Kapitalien bedenklich werden kann, das zeigte sich in der Vergangenheit, die im vorigen Jahre die im Zusammenhang mit der Marokko-Krise geübte Zurückziehung französischer Bankkapitalien auf unserem Geldmarkt verursachte. Jedenfalls aber ist es ein Zeichen des Verfalls der französischen Bourgeoisie, daß sie nicht mehr fähig ist, aus eigener Kraft die Erträge der Ausbeutung des französischen und anderer Völker, die in ihre Lohne fließen, wirtschaftlicher Verwendung zuzuführen. Auch die Krupp, die Wendel und andere deutsche Großunternehmer sind unter der Marke französischer, meist sehr „national“ klingender Firmen zu einer einflussreichen Stellung in der Bergwerks- und Hüttenindustrie Frankreichs gelangt. Die französische Regierung aber hütet sich, das Schutzmittel anzuwenden, das nicht nur den großen sozialen, sondern auch den trivialen nationalen Interessen zu dienen vermöchte: der Ueberführung der Minen und ähnlicher Bodenschätze in öffentliches Eigentum behufs Ausnutzung durch einheimische Arbeitergruppen. Ja, sie vergeudet weitere Milliarden und tausende Menschenleben, um nur einigen Spekulantengruppen und Lieferanten einen rascheren und noch reicheren Erwerb zu schaffen, als sie ihn bei ordentlich kapitalistischen Betrieben im Inland finden könnten.

Die Kursstöße an der Berliner Börse.

Die außerordentlich hohen Kursstöße an mehreren „schwarzen Tagen“ der Berliner Börse sind zum Teil nur durch die besonders günstige Situation der Wertpapiermarkt vor dem akuten Ausbruch der Balkankrise erklärbar. Die wirtschaftliche Lage der meisten Gewerbegruppen hatte sich im Herbst d. J. gegen das Frühjahr gebessert. Das drückte sich auch in den Werten aus. Der Gesamtdurchschnittskurs aller an der Berliner Börse gehandelten Aktien stieg von Juni auf Juli und in den beiden folgenden Monaten sehr rasch. Im einzelnen ist der Kurs von Juli bis September d. J. um mindestens 10 Proz. in die Höhe gegangen bei den Gewerbegruppen: Bergbau und Hüttenbetrieb in Verbindung mit Metall- und Maschinenindustrie, Lederindustrie und Bauwerke, ferner bei den Untergruppen: Kali- und Steinsohlenbergbau, Neleminstrumente und Feinmechanik, Farbenmaterialien, Zif- und Wasserbau, Transportversicherung sowie Seeschifffahrt.

Was die absolute Höhe des Kurzes anbetrifft, so standen an der Spitze das Versicherungsgewerbe, die chemische Industrie und die Branntweinrennereien. Für 1000 M. Aktien Nennwert wurden nämlich im September an der Berliner Börse bezahlt: Feuerversicherungs-A. G. 1665, Lebens- und Rentenversicherungs-A. G. 1445, Transportversicherungs-A. G. 1288, Farbenmaterialien-A. G. 1550, Brenner-A. G. 1320.

Gerichts-Zeitung.

Bestrafung einer Mutter.

Von dem Schöffengericht Berlin-Mitte wurde gestern eine Mutter verurteilt, weil sie das Recht ihres Kindes verteidigte. Der Fall lag folgendermaßen:

Wegen Hausfriedensbruch war die Kuffehersfrau Alma Bieler und deren hochbetagte Tante, die ledige Wilhelmine Wack angeklagt. Die Angeklagte Bieler ist evangelisch, ihr Ehemann katholisch. Als der aus der Ehe hervorgegangene Sohn schulpflichtig wurde, kam es zwischen den Eheleuten zu Differenzen, da der Ehemann den auf Wunsch der Frau evangelisch getauften Knaben in einer katholischen Schule unterbringen wollte. Er brachte dies auch zur Ausführung und erreichte, daß die vorgehende Behörde entschied, daß der Junge in der katholischen 243. Gemeindefschule unterzubringen sei. Im Juli d. J. blieb der Junge eines Tages länger aus der Schule fort wie sonst. Die wegen dieses Ausbleibens beunruhigte Mutter suchte den Rektor lange auf, der ihr erklärte, daß der Junge an dem von dem Kaplan Weniger geleiteten Beichtunterricht im Pfestsitzzimmer teilnehme. Die Frau war hierüber sehr entrüstet und erklärte dem Rektor, daß sie dies nicht zulassen werde, so lange nicht ihr Mann die ausdrückliche Genehmigung hierzu gebe. Bis dahin werde der Junge widerrechtlich zurückgehalten. Die sehr aufgeregte Angeklagte lief dann nach dem Pfestsitzzimmer, wo es zwischen ihr und dem Kaplan zu einer heftigen Szene kam, bei welcher sie mehrmals aufgeföhrt wurde, das Schutgebäude zu verlassen. Der wegen einer bei dieser Szene gefallenen Beleidigung gestellte Strafantrag ist inzwischen von der Schuldeputation zurückgenommen worden.

Vor Gericht bekundete der als Zeuge vernommene Kaplan Weniger, daß er durch eine vorgehaltene des Widerspruchs erteilte Genehmigung der Schuldeputation berechtigt gewesen sei, in dem Pfestsitzzimmer Beichtunterricht zu erteilen. Der Junge sei auf Wunsch des Vaters der katholischen Schule überwiesen worden und habe dementsprechend auch an dem Beichtunterricht teilnehmen müssen, der als eine Vorbereitung zu dem Kommunionunterricht gelte. Auf Vorhalt des Rechtsanwalts Dr. Marwig erklärte der Zeuge, daß die schriftliche Genehmigung des Vaters allerdings erst nach dem zur Anklage stehenden Vorfall erteilt worden sei. — In der Verhandlung drehte es sich hauptsächlich darum, festzustellen, ob der von dem Rektor lange auf Veranlassung des Kaplans gestellte Strafantrag ordnungsmäßig sei oder nicht. — Der hierüber vernommene Stadtschulinspektor Dr. Neumann bekundete, daß aus Anlaß dieses Vorfalls den Rektoren verboten worden sei, selbständig, d. h. ohne besondere Genehmigung ihrer vorgesetzten Behörde einen Strafantrag zu stellen. In jener Zeit sei der Rektor jedenfalls befugt gewesen, da ihm als Leiter der Schule das Hausrecht zustehe. Die damalige Aufregung der Angeklagten sei begreiflich, denn die ganze Sache habe eine längere Vorgeschichte, in deren Verlauf die Frau Bieler von dem Rektor und einigen Lehrern schlecht behandelt worden sei. Da der Vater eine besondere Genehmigung zur Teilnahme am Beichtunterricht nicht erteilt habe, so sei der Junge tatsächlich zu unrecht eine Stunde zu lange in der Schule behalten worden. Der Beichtunterricht sei eine besondere Angelegenheit der katholischen Geistlichen, die Schule habe jedenfalls nichts damit zu tun. — Rechtsanwalt Dr. Marwig beantragte die Freisprechung beider Angeklagten; die Mitangeklagte Wack müsse schon aus dem Grunde freigesprochen werden, weil sie berechtigt die Schule betreten und auch nicht aufgefordert sei, das Gebäude zu verlassen. Die Frau Bieler müsse deshalb freigesprochen werden, da ihr Kind ohne jedes Recht von dem Kaplan gezwungen worden sei, an dem Beichtunterricht teilzunehmen, der nach einer Verfügung der Regierung zu Oppeln überhaupt nicht als Schulunterricht anzusehen sei. Die katholische Kirchenbehörde sei verpflichtet gewesen, erst den Vater des Jungen zu fragen, ob er mit der Erteilung des

Beichtunterrichts einverstanden sei. Die Angeklagte sei demnach bestraft gewesen, das Kind, selbst unter Anwendung von Gewalt aus dem Unterricht zu entfernen, solange nicht die ausdrückliche Genehmigung erteilt worden war. Das Gericht kam bezüglich der Mitangeklagten Wack aus den von der Verteidigung angeführten Gründen zu einer Freisprechung. Bezüglich der Angeklagten Bieler sei jedoch eine Verurteilung auszusprechen. Es handelte sich allerdings nur um einen rein kirchlichen Religionsunterricht. Dem Kaplan sei aber ausdrücklich die Genehmigung erteilt worden, in jenem Räume diesen Unterricht abzuhalten. Die Angeklagte habe die Schule zwar nicht widerrechtlich betreten, nach der Aufforderung des Kaplans habe sie jedoch die Schule verlassen müssen. — Das Gericht erkannte auf die niedrige gesetzlich zulässige Strafe von 3 Mark.

Auch von der rein formellen Frage der Strafantragsberechtigung abgesehen, widerspricht das Urteil dem Recht der Mutter, die Herausgabe des Kindes zu verlangen und nicht eher zu gehen, bis ihr berechtigtes Verlangen erfüllt war. Die Zurückhaltung des Sohnes war eine widerrechtliche: die Aufforderung, das Lokal ohne den Sohn zu verlassen, entbehrt jedes Rechts. Wer die Herausgabe seines Kindes, das ihm widerrechtlich vorenthalten wird, fordert, handelt stets rechtmäßig. Würde das Gericht etwa auch eine Mutter verurteilen, die die Herausgabe ihres Kindes von einem Entführer verlangt, wenn der Entführer sie hinausstößt, ohne das Kind herauszugeben? Das Urteil dürfte in der zweiten Instanz, die angerufen ist, aufgehoben werden.

Ein Jahr Gefängnis für einen Dummenjungenstreik!

In der Nähe des pommerischen Dorfes Prebendow legte am 21. August der 15 Jahre alte galizische Arbeiter Nicolai Salsuda aus Prebendow fünf große Steine auf die Schienen der Stolper Kreisbahn, um zu sehen, wie sie springt. Die Aufmerksamkeit des Lokomotivführers verhinderte ein Unglück. Die Strafkammer in Stolz verurteilte nun den 15 Jahre alten Jungen zu einem Jahr Gefängnis und ordnete seine Verhaftung an.

Lebhaften Bedenken begegnet die Frage: Ist mit Recht angenommen, daß der junge Mensch die Einsicht in die Strafbarkeit seiner Handlung hatte?

Arbeiterin und Unbesessener.

Die Glogauer Strafkammer verhandelte an demselben Tage über zwei Anlagen wegen Betruges. Im ersten Falle war eine Arbeiterin Kuste aus Reusatz wegen Betruges im Rückfalle angeklagt. Sie hatte sich einen Kinderwagen und eine Kinderdecke durch die falsche Mitteilung, ihr Mann sei Arbeiter in der Paulinenhütte und werde den Wagen ratenweise bezahlen, verschafft. Sie bemühte sich dann, die Schuld abzutragen und hinterlegte, als die Strafanzeige erstatet war, den gesamten Betrag der Schuld. Sie wurde zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

Im zweiten Falle stand der Bauerngutbesitzer Paul Ringe aus Hirschfeldau unter Anklage. Er sollte sich wegen Steuerhinterziehung verantworten. Er hat seine bei einem Banthaus niedergelegten Depots wiederholt um etwa 48 000 Mark zu niedrig angegeben. Verurteilt wurde er zu einer Geldstrafe von 700 Mark.

Die arme Arbeiterin, die sich bemüht, ihre kleine Schuld, die für notwendige Dinge gemacht ist, abzutragen und tatsächlich niemanden geschädigt hat — auf 5 Monate ins Gefängnis, der reiche Gutbesitzer, der 48 000 M. dem Steuerfiskus verheimlichte, Geldstrafe. Das ist keine Gleichheit vor dem Gesetz.

Marktbericht von Berlin am 12. Oktober 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Marktblattendirekt. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—35,00. Speisebohnen, weiße, 35,00—40,00. Bohnen 35,00—40,00. Hartweizen (Kleinbrot) 5,00—5,50. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,90. Schweinefleisch 1,60—2,40. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,00—5,00. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Sale 1,60—3,20. Jander 1,60—3,00. Haseln 1,20—2,50. Parische 1,00—2,40. Schote 1,60—3,20. Mele 0,90—1,60. 60 Stück Kleehe 2,40—3,00.

Uhren, Brillantschmuck, Goldwaren

Wir liefern erstklassige Präzisionsuhren, erprobte Schweizer- und Glashütter Erzeugnisse aus den ersten Fabriken von Weltruf. Wir verkaufen unsere Uhren zu Preisen, wie sie in realen Detailgeschäften üblich sind, unter langjähriger schriftlicher Garantie. Unsere Uhren sind auf das sorgfältigste reguliert, und weisen wir besonders auf unsere Uhren mit Gangschein hin, die auf Sekunden genau gehen.

Der jährliche Verkauf unserer Firma beträgt über 25 000 Taschenuhren

Ferner empfehlen wir

Brillantschmuck in feinsten Juwelierarbeit:

Ringe, Boutons, Kolliers, Broschen, Armbänder usw.
 (Brillanten unter Angabe des Gewichtes in Karat)

Gold- und Silberwaren:

Essbestecke, Bowlen, Aufsätze usw. in vornehmster Ausführung

gegen bequeme monatliche Zahlungen

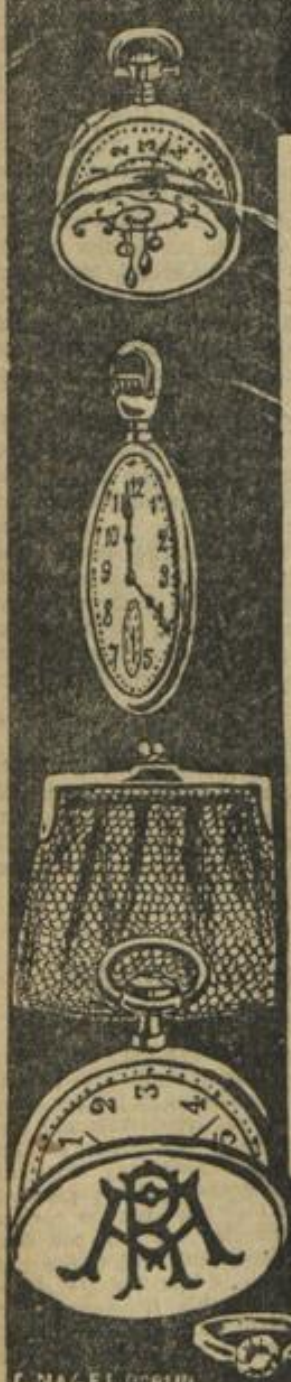
Wir laden Sie zur Besichtigung unserer Ausstellungsräume höflichst ein.

Auf Wunsch senden wir Ihnen ohne jede Kaufverpflichtung:

- Katalog über Uhren, Goldwaren, Brillantschmuck nebst Bedingungen für Zahlungsverleichterung.
- Spezialkatalog über Grammophone, Gramola-Apparate, echte Odeon-Apparate, sowie Apparate für nadellose Pathéplatten, ebenso Spezialkatalog über Künstler-Schallplatten, nebst Bedingungen für Zahlungsverleichterung.
- Spezialkatalog über Photo-Apparate, Prismengläser erster Fabriken, nebst Bedingungen für Zahlungsverleichterung.

Jonass & Co., Berlin SW. 91 Belle-Allianestr. 3
 (Am Halleschen Tor)

Bewohner Berlins und Umgegend machen wir auf unsere Ausstellungsräume aufmerksam, in denen die Apparate vorgeführt werden.



Urbin

das seh ich jetzt ganz klar
Putzt doch die Stiefel
wunderbar.

In Dosen überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.



Land u. Wald
am gr. Storkower See
mit eigenen Bootstellen
OR von 7 M. an.
Terraingesellschaft am Storkow-
und Scharnützsee m. b. H.,
Berlin C. 2, Burg-Strasse 30.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei.
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen
Ganzkraft.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Berlin (20 St.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Groß-
Apothek, Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

Anton Boekers Festsäle

Weberstraße 17 Tel. Amt Königstadt 13414
empfehlen seine Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art.
Kleine u. große Säle, großer Garten mit festlicher Theaterbühne
sowie große Vereinszimmer stehen den geehrten Gewerkschaften und
Vereinen jederzeit zur Verfügung. Weihnachtsfeierloge noch frei.
Ergebenst
Anton Boeker, Weberstr. 17.

Möbel-Lechner

Am Rosenthaler Platz Brunnenstr. 7 Am Rosenthaler Platz

Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar

Riesen-Auswahl

Anzahlungen auf Staben u. Küchen **M. 20.- 35.- 50.- 75.- 100.-** Bequeme Abzahlung

Einzelne Möbelstücke von **M. 5.-** Anzahlung an

Alte Kunden erhalten event. ohne Anzahlung

Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen
Vorzeiger dieses erhält beim Kauf von M. 50.- an M. 5.- Rabatt!
Liefere auch nach auswärts!

Sonntags geöffnet von 12-2.

Josef

JUNO

QUALITÄTS-2-PFG. CIGARETTE

Bekanntmachung.

8. Nachtrag
zu dem
Statut d. Ortskrankenkasse
zu Berlin-Reinickendorf
vom 7. Dezember 1909 des 19. Okto-
ber 1910, 29. November 1910 und
21. November 1911.
Beschlüssen in der Generalversammlung
vom 3. Juli 1912.

§ 30 des Statuts wird aufgehoben
und durch folgenden Text ersetzt:
Die wöchentlichen Klassenbeiträge
betragen für die Mitglieder der
Klassen I. 1,44 M.
II. 1,14
III. 0,87
IV. 0,65
V. 0,51
VI. 0,36

Die Beiträge sind für jede Woche
innerhalb welcher der Bescheid der
Kasse angeht, ihren vollen Be-
trag nach zu entrichten. Dassel gilt
als Woche der Zeitraum vom Montag
bis Sonntag einschließlich.
Berlin-Reinickendorf, d. 3. Juli 1912.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse.
Vorsitzender: Reuber.
Schriftführer: Reuber.
Genehmigt mit der Maßgabe, daß
die wöchentlichen Klassenbeiträge für
Klasse V auf 51 Pf. festgesetzt werden.
Potsdam, den 26. September 1912.
(Stempel.)
Namens des Bezirks-Ausschusses.
Der Vorsitzende:
In Vertretung: v. Uedom.
B. 12853.

Der 3. Nachtrag tritt mit dem
27. Oktober in Kraft. 279/13
Berlin-Reinickendorf, d. 12. Okt. 1912.
(Stempel.)
Der Vorstand der Ortskrankenkasse.
Vorsitzender: Reuber.

H. Pfau, Bandagist

Berlin Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und
Volgelpark. — Amt Kot. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen.

Elegante
Herren-Moden
fertig u. nach Mass
von 1 Mark
wöchentliche Teilzahlung.
S. Boltuch
Frankfurter Allee 75
Eingang Tilsiter Strasse

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 15. Oktober 1912.
Anfang 7 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Die Meisterfinger
von Nürnberg.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Schauspielhaus. Flachmann
als Erzieher.
Deutsches. König Heinrich IV.
I. Teil.
Zirkus Albert Schumann. Gala-
Vorstellung.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49.
Aufs Mutterhorn.
Deutsches Schauspielhaus. Der
gütigste Frau.
Kleines. Magdalena.
Königsgräber Straße. Die 5 Frank-
furter.
Kroll. Sagerblut.
Lehmann. Narentians.
Mammerstraße. Mein Freund Teddy.
Schiller O. Mammthrop. Schule
der Frauen.
Schiller-Charlottenburg. König
Lear.
Berliner. Große Hofinen.
Reichens. Der Herr von Nr. 19.
Khalta. Autolichon.
Theater am Rollendorfsplatz. De-
votus in der Unterwelt.
Kurfürsten-Cover. Der Kubreigen.
Königs Operetten. Goldner Leich-
tinn.
Komödienhaus. Die Jarin.
Luisen. Das Mädchen von Heil-
mann.
Nofe. Von Stufe zu Stufe.
Herrfeld. Die Alpenbrüder. Endlich
allein.
Metropol. Chauffeur — ins
Metropol.
Trianon. Liebesbarometer.
Gaius. Der Großfähr.
Kintergarten. Spezialitäten.
Halko. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Richtshallen. Die Macht der Töne.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Die feuchte Erlanne.
Lustspielhaus. Wein alter Herr.
Folies Caprice. Der feuchte Joseph.
Der Rehdod.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Reines Volkstheater. Lore. Die
Spieler. Der Kammerfänger.
Anfang 10 Uhr.

Admiralpalast. Eisballett: Joanne.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-52.

Schiller-Theater O. Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Misanthrop. Die Schule der Frauen.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Tallisman.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Des Pfarrers Tochter von Stralendorf.
Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
König Lear.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Flachmann als Erzieher.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
König Lear.
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Hofinen.
Theater in der Königsgräber Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.
Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr. (Römische Oper). 8 Uhr.
Der gut sitzende Frau.
Theater am Rollendorfsplatz
(Reines Schauspielhaus).
Täglich abends 8 Uhr:
Waldhof des
Wünschener Künstler-Theaters:
Crypsus in der Unterwelt.
Montis Operetten-Theater
(früher Neues Theater)
8 Uhr: Goldener Leichfynn.
Sonntag, 1. Mal: Der Frauenvrasier.
Residaz-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Herr von Nr. 19.
Schauspiel in 3 Akten von Scroul und
Barré.
Mittwoch und Donnerstag: Der
Herr von Nr. 19. Freitag, den
18. Okt., 3. Mal: Gemütsmenschen.
Luisen-Theater.
Dienstag: Das Mädchen von
Heilmann.
Mittwoch: Die Weineidgräfin.
Donnerstag: Die gelbe Gefahr.
Sonntag, den 20. Okt.: Premiere:
Des andern Ehre.

„Clou“ Berliner
Konzertthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Heute! **Großes Doppel-Konzert.** Heute!
Berliner Konzertthaus-Orchester
Musik: Kaiser - Franz - Regts.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachm.
Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Urania
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr: Aufs Mutterhorn.
Hörsaal 8 Uhr:
Prof. Dr. B. Donath:
Die Ausbreitung des Schalles.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 102.
Zum erstenmal:
Von Stufe zu Stufe.
Lebensbild mit Gesang und Tanz in
6 Bildern von Hugo Müller.
Mittwoch: Papagens.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Reichen gefaltet.
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und
Tanz in 10 Bildern von J. Freund,
Musik v. Rud. Weßon. Länge arrang
von Bill Bishop. In Szene gesetzt
vom Direktor R. Schulz.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr
Nis dagawassener Erfolg!
Lucy König, Wiener Soubrrette.
M. Juanita, Tanz-Idylla.
Sensationeller Lacherfolg!
Bernhard Mörbitz
als Ehepaar Pletsch
und 8 weitere Attraktionen.
Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Liebesbarometer.

Biercabaret
im Lichtprunksaal
der Passage.
Jeden Abend 1/2 9 Uhr:
Hermann
Funke
Hansy Petra
Patzi Cassani
Mimi Drossl
Werner Goldmann
Otto Bellmann
20 Künstlerinnen u. Künstler.
Einheitspreis 1 M.

Voigt-Theater.
Dienstag, den 15. Oktober 1912:
Gastspiel in der „Neuen Welt“,
Kafenstraße 108-114.
Graf und Hirtin.
Roman. Volkst. in 3 Akten v. Wilhelm
Kasseneröfn. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum
RAPPO
der größte Entfesselungs-
künstler der Zeit.
Der Mann mit dem
eisernen Schlund!
die anatom. Unmöglichkeit.
Lehend! Ohne Extra-Entree!

Zirkus Busch.
Heute Dienstag, 15. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Houdini
das Tagesgespräch v. Berlin.
Das Kriegerluftschiff d. Zukunft.
(Ingenieur H. Bohlle).
Lenkung ohne Bemannung
durch drahtlose Stromzufüh-
rung. Projektilschleuderung
auf Kriegsschiffe.
Zum
Schluß: **Unter Gorillas.**

Herrnfeld
Theater
8 Uhr:
Die mit beispiellosem Lacherfolge
aufgenommene Novität
Die Alpenbrüder.
10 Uhr:
Endlich allein!
Beide Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Casino-Theater
Lotzbringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Das sensationelle Oktober-Programm
Robert Neesemann,
Berlins Lieblingshumorist mit neuen
Schlagern. Neben-Lacherfolg des
lustigen Stüdes
Der Großfürst.

Theater Königstadt-Casino.
Holzmarktstr. 73, Ecke Alexanderstr.
1 Min. v. Bahnh. Jannowitzbrücke.
Tägl. abends 8, Sonntag 5 Uhr:
Das große Novitäten-Pro-
gramm und
Papa ist krank.
Große Poffe in 1 Akt.

Zirkus
A. Schumann
Heute Dienstag, 15. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Sport-Vorstellung.
Besonders hervorzuheben:
Alfons, Trakthener Wallach, in
der hohen Schule geritten v.
Ernst Schumann. Lorch-Familie
(10 Personen), Ikarische Spiele,
Bowden & Gardey, der Gipfel der
Komik, und weitere 8 Attrakt.
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
Vier Bilder aus Indien.
1. Der Aspektosono. 2. Der Yagin
im heiligen Dschungel. 3. Das Opfer
der Kahl. 4. Das Fest des Maharad-
schah sowie der Brand d. Palastes.

Folies Caprice.
Zum 45. Male
Die drei Schlager:
Der feuchte Joseph.
Der Rehdod.
Der Einbrecher.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Gründung der Winter-
hallen. Gr. Orchester:
Dirig.: R. Schrader.
Die Macht
der Töne.
Bulleste
v. Weyfel.
Anf. 8 Uhr.

Am 11. Berliner No. 5308
Humor-Quartett
Gg. Trener Kastanienallee 68
Für den Inhalt der Journale
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Freitagabend: Flugblattverbreitung in Groß-Berlin!

Partei-Angelegenheiten.

Schönberg. Heute Dienstag, abends 7/9 Uhr, finden im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 5/6, und im „Café Bellevue“, Hauptstr. 2, zwei öffentliche Frauenversammlungen statt mit der Tagesordnung: „Die Hausfrauen und Mütter im Kampfe gegen die Feuerung.“ Eine rege Agitation für den Besuch dieser Versammlungen ist notwendig. Die Bezirksleitung.

Berlin-Lichterfelde. Mittwoch, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet im Kaiserhof, Kranoldplatz 1, eine Besprechung sämtlicher Parteigenossen und Genossinnen der Bezirke I, II, III, IV, V und Va statt. Der Vorstand.

Straßau. Heute abend 8 Uhr von den Bezirken aus: Flugblattverbreitung. Die Bezirksleitung.

Ober-Schöneweide. Heute Dienstag, den 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Prochowski. Tagesordnung: Bericht vom Parteitage. Diskussion. Bezirksangelegenheiten. Die Bezirksleitung.

Grünau. Mittwoch, den 16. d. M., abends 9 Uhr, in der grünen Ede, Köpenickerstr. 88: Frauenversammlung. Vortrag. Diskussion und örtliche Angelegenheiten. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Trebbin. Am Sonnabend, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Fleische, Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kasse und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abrechnung vom I. Quartal 1912/13. 3. Bericht vom Parteitag in Chemnitz. Referent: Genosse P i e d - Berlin. 4. Parteiangelegenheiten.

Tegel. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus, Schloßstraße: Generalversammlung. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Die Naturwunder des Herbstes locken am Sonntag Hunderttausende aus den Mauern der Weltstadt ins Freie. Graublau strahlte der Himmel, wundermild war die Luft. Die Winde haben ja in Baum und Strauch, in Feld und Flur schon arg geblasen, aber die warme Bitterung der letzten Tage hat doch die Herbstflora sich zur vollen Schönheit entfalten lassen. Georginen, Astern, Chrysanthemen und andere Herbstblumen mit weniger geläufigem Namen schimmern gerade geht in satter Pracht. „Und wer das Raucher will verstehen, der muß im Wald spazieren geh'n.“ Geheimnisvoll rauscht es im deutschen Walde auch im Herbst. Tannen und Fichten prangen im unverwundlich grünen Kleide, Buchen sind mit ihren bunten Tinten im Herbst am schönsten, noch die deutsche Eiche, die so schwer und zähe sich trennt vom zusammengerollten gelben Laube, zeigt gleichsam die Volkskraft. Auf allen Verkehrslinien entwickelte sich ein ungeheures Sonntagstreiben. Gut, wie immer, waren die Spielplätze der Sportklubs besucht und von schwarzen Zuschauerlinien umsäumt. Da viele zu weiter Wanderung keinen Schnee hatten, kletzte es stark auch nach den Kirchhöfen. Der Zentralfriedhof in Friedrichsfelde wies Massenbesuch auf. Wie im Hochsommer tummelte sich Jung und Alt auf Espree und Habel. Nur die Dampferflotten hatten schon Saisonabschluss gemacht. In den gasförmigen Stätten der Sommerlokale schien man auf den Zuspruch nicht gerichtet gewesen zu sein. Diesfach haperte es mit Ähng und vor allem mit der Bedienung. Zehntausende tranken ihren Koffa im Freien... ein seltenes Oktoberfestspiel. Auf die Kosten des Vergnügens ist sicherlich jeder gekommen, der der langsam sterbenden Sommernatur zum Abschied seine Bewunderung zollte.

Zur Fleischbeschaffung durch die Stadt.

Der Magistrat hat in einer außerordentlichen Sitzung am Sonntag die notwendigen Maßnahmen zur direkten Beschaffung frischen Fleisches aus Ausland beraten. Inzwischen ist ein Vertrag mit einem Großhändler abgeschlossen worden, der den Anlauf des Fleisches für die Stadt bewerkstelligen wird, soweit ein solcher sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen bewirken läßt. Mit dem Vermittler werden sich ein städtischer Tierarzt und ein Rechnungsbeamter nach Ausland begeben. Der Stadtverordnetenversammlung wird unverzüglich eine Vorlage zugehen, damit sie in der am Donnerstag stattfindenden Sitzung über die Bewilligung der erforderlichen Mittel Beschluß fassen kann.

Die Spielplätze in Schloß Schönholz beschäftigten Sonntag nachmittag mehrere Mitglieder des Zweidverbandes, Verbandsdirektor Steiniger, Oberbürgermeister Dominikus u. a. Bereits am Vormittag hatte Oberbürgermeister Bermuth die Spielplätze aufgesucht. Allgemein wurde von den Mitgliedern des Zweidverbandes die Notwendigkeit einer umfassenden Spielplatzsorge für die Jugend und die erwachsene Bevölkerung anerkannt.

Einen anheimelichen Fund machten Spaziergänger gestern vormittag im Tiergarten. In der Nähe der verlängerten Bismarckstraße fanden sie gegen 9 Uhr einen festverschürzten braunen Pappkarton. Als er geöffnet wurde, fand man darin die Leiche eines neugeborenen Mädchens, die in einen rot und weiß gestreiften Unterkleid und in eine blauweiß und rot gestreifte Schürze eingewickelt war. Die kleine Leiche wurde von der Revierpolizei nach dem Schauhaufe gebracht.

Festnahme des Raubers Messerstechers? In der Raubers Messerstecherei ist auf Veranlassung der Berliner Kriminalpolizei am Donnerstag voriger Woche in Güterlosh der 21 Jahre alte Wädgersche Kettelstros, auf den die Berliner Polizei schon kurz nach der Tat im August sahndete, ergriffen und nach Berlin überführt worden. Die von der Kriminalpolizei eingetorbete Photographie des Mannes ist den Raubers Damen, insbesondere Frau und Fraulein Karstadt vorgelegt worden, die ihn nach diesem Wilde mit ziemlicher Bestimmtheit als den Täter bezeichnen. Kettelstros bestreitet, überhaupt mit der Sache in Verbindung zu stehen.

Kettelstros wurde heute vormittag auf dem Polizeipräsidium eingehend verhört und auch verschiedenen Zeugen gegenübergestellt. Wie die überfallenen Frauen ihn in dem Wilde als Täter wiedererkennen wollen, so meinen auch einige Zeugen nach der persönlichen Gegenüberstellung, daß er wohl der Täter sei. Kettelstros selbst bestreitet entschieden jede Beteiligung an der Tat und nach allem, wie die Sache liegt, ist es doch noch sehr zweifelhaft, ob er für die Tat in Betracht kommt.

In die Maschine hineingerissen. Ein gräßlicher Unglücksfall hat sich gestern mittag in der Handelsstraße Wellenalliance zugetragen.

In einer dortigen Buchdruckerlei war der achtzehn Jahre alte Steinbruder Erich Koppke, Altensteiner Straße 28 wohnhaft, während der Arbeit dem Getriebe einer Druckmaschine zu nahe gekommen und von dem Räderwerk erfasst worden. Der Kernste wurde mit den Kleidern in das Maschinenwerk hineingerissen und scharflich zugerichtet. Wäre nicht schnell durch Abstellen der Motore die Maschine zum Stehen gebracht worden, so hätte er einen elenden Tod durch Zermalmen gefunden. Als man ihn aus seiner furchtbaren Lage befreit hatte, stellte sich heraus, daß er Knochenbrüche und schwere innere Verletzungen erlitten hatte. In fast hoffnungslosem Zustande wurde der Schwerverletzte nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

In der Badewanne ertrunken. Tot aufgefunden wurde am Sonntag in einer Badewanne der städtischen Volksschule in der Oberberger Straße ein junges Mädchen. Die wahrscheinlich infolge eines Krampfanfalls Ertrunkene ist die 22 Jahre alte Tochter Margarete des Feuerwehrmannes Wandel aus der Choriner Straße 46/47.

Verhaftung einer Straßenräuberin. Auf frischer Tat ergriffen wurde gestern eine jener gefährlichen Straßenräuberinnen, die es hauptsächlich auf die Verabreichung kleiner Kinder abgesehen haben. In Schöneberg wurde in den letzten Wochen fast täglich mehreren Kindern, die von den Eltern mit Einkäufen betraut waren, entweder gewaltsam das Geld oder auch die Waren entziffen oder die Kleinen wurden unter irgend einem Vorwande zur freiwilligen Herausgabe des Portemonnaies und der Markstücke veranlaßt. Als Täterin kam in allen Fällen ein etwa 20jähriges Mädchen in Frage, dessen Ermittlung jedoch zunächst trotz eifriger Nachforschungen nicht gelingen wollte. Gestern bemerkte ein Schöneberger Kriminalbeamter in der Röhlenstraße ein Mädchen, das sich in verdächtiger Weise an kleine Kinder, die offenbar Einkäufe zu machen hatten, herandrängte und auf sie einwirkte. Der Beamte beobachtete die Verdächtige und kam gerade zurecht, als sie einem siebenjährigen Mädchen gewaltsam das Portemonnaie entreiffen wollte. Der Kriminalbeamter nahm die Diebin fest und brachte sie nach dem Polizeipräsidium, wo in ihr die 17jährige Anna Liebene, die zuletzt in der Grunewaldstraße gewohnt hat, festgestellt wurde. Die Verhaftete ist in 15 Fällen des Straßenraubes überführt worden und auch geständig. Sie wurde dem Untersuchungsgefängnis zugeführt.

Ein entsetzlicher Vorgang hat sich Sonntag abend am Bahnhof Kottbuscher Straße ereignet. Der 29 Jahre alte Streckenwärter Albert Krotzke, Gleisstr. 23 wohnhaft, hatte auf dem Streckengang das Unglück, beim Kreuzen der Weiche mit einem Stiesel zwischen zwei Schienen stecken zu bleiben. In diesem Augenblick kam unglücklicherweise ein Nordringzug herangebraust, der die betreffende Stelle passieren mußte. Wie ein Verzweifelter machte er alle möglichen Versuche, sich zu befreien, doch vergeblich. Schon war der Zug einige Meter entfernt, als er ein Taschenmesser hervorholte, um damit den Stiesel durchzuschneiden. Aber es war bereits zu spät. Die Lokomotive zermalnte dem Unglücklichen den Fuß bis über den Knöchel hinweg vollständig. Hätte sich er nicht noch mit dem Körper zurückgedrückt, so wäre er gänzlich zerstückelt worden. Er wurde nach dem Krankenhaus Noakbit gebracht.

Ueber nächtliche Ausschreitungen meldet der Polizeibericht: In der Nacht zum Sonntag kam es gegen 1 1/2 Uhr auf dem Alexanderplatz zu wilden Ausschreitungen, wobei ein Aufbruch von etwa 800 Personen stattfand. Nachtschwärmer, die trotz der vorgeordneten Zeit noch Ruhe fanden, den bei dem Bau der Untergrundbahn beschäftigten Arbeitern zuzufahren, gerieten mit diesen - vielleicht wollten sie es besser wissen - in Meinungsverschiedenheiten, die schließlich zu Verleumdungen und Tätlichkeiten führten. Hierbei wurden der 30 Jahre alte Registrator-Bureauhilfsarbeiter Fritz W. aus der Brüsseler Straße und der 28 Jahre alte Schriftföher Otto S. aus Reinickendorf durch Spaltenhiebe am Kopf verletzt. Man brachte beide nach der Hiltzstraße in der Reibelsstraße, wo man ihnen die ersten Verbände anlegte. Die Täter konnten nicht festgestellt werden, da sie sich in den Bantunnel flüchteten. Ein unbekannter Mann, der an der Erde lag und schwer mißhandelt wurde, konnte nur befreit werden, indem der Schutzmann Loderer mit der blanken Waffe auf die Angreifer einhieb. Anscheinend ist dadurch aber niemand verletzt worden. Die gewaltige Menschenmenge, die sich schnell angeammelt hatte, konnte erst zerstreut werden, nachdem die verfügbare Mannschaft des 20. Polizeiregiments angerückt war.

Ueberfahren und getötet wurde gestern abend an der Ede der Glinzels- und Umlandstraße zu Schöneberg eine noch unbekante, ungefähr 25 Jahre alte Frau. Als diese dort gegen 7 Uhr einen Straßenbahnwagen der Linie 57 verließ und den Fahrdamm überschreiten wollte, überfuhr sie das Herankommene einer Stadtdroschke. Ehe der Chauffeur sein Fahrzeug zum Stehen bringen konnte, waren die Räder der Droschke über die unglückliche hinweggegangen und hatten sie an der Brust so schwer verletzt, daß sie bestimmungslos liegen blieb. Der Chauffeur hob die Ueberfahrzene in seinen Wagen und fuhr mit ihr zur Unfallstation in der Gasteiner Straße. Kurz nach der Ankunft erlag sie jedoch hier ihren Verletzungen. Ihrem Reuheren nach scheint die unbekante tote dem Arbeiterstande angehört zu haben. Sie ist ungefähr 1,65 Meter groß, hat schwarzes Haar und trug ein weißgestreiftes Jackett, eine blaue Bluse mit blauen Knöpfen, schwarze Strümpfe mit roten Wändern, gelbe Schuhe, weiße Leibwäsche und einen Strohhut mit roten Blumen.

Die behördlich begünstigte Jugendbewegung artet oft ins Lächerliche aus. Folgende Zuschrift eines Lehrers liefert den Beweis:

„Vor einigen Tagen führte mich mein Weg über einen Charlottenburger Platz. An einer Seite exerzierten vier Gymnasialisten mit Fahne und Gewehr. Da nahe auf der anderen Straßenseite ein wirklicher Leutnant und nur ein kurzes Kommando: zwei der jugendlichen Krieger strangen an der Vorderkante in Postur und präsentierten eins, zwei, drei das Gewehr, während der Leutnant grüßte.“

Auf den unbefangenen Zuschauer mußten die Kleinen, noch Badenstrümpfe und Matrosenanzug tragenden Jungen mit den schiefe gehaltenen Flinten direkt komisch wirken. Aber was tut es: wenn es auch lächerlich ist, so ist es doch patriotisch.“

In Schöneberg macht der Jugendbund Berlin-Schöneberg besondere Anstrengungen, um die schulentlassene Jugend um sein Banner zu führen. Dieser Jugendbund setzt sich zusammen aus den Jugendklubs Armin, Dentonia und Wartburg und erstreckt sich der weitestgehenden behördlichen Unterstützung. Während es für die turnende Arbeiterjugend auf Befehl der angeblich jugendfreundlichen preussischen Regierung keine Turnhalle gibt, stehen den Jugendklubs die Hallen jederzeit unentgeltlich zur Verfügung. Zu Kursen für die Arbeiterjugend gibt es keinen Raum in irgendeiner Schule; wenn aber nur vier Mitglieder von Jugendklubs Militärwärche pfeifen und trommeln lernen, werden Schulräume zur Verfügung gestellt.

Gegenwärtig geben diese Jugendklubs wieder auf größeren Mitgliederzahl aus. In Flugblättern weisen sie besonders darauf hin, daß bei ihnen Religion und Politik streng ausgeschlossen sind. Wie diese angebliche Neutralität aussieht, ist bekannt. Die Arbeiterklubs werden erneut erjucht, ein wachsaues Auge zu haben, welche Vereine ihre Kinder nach Feierabend und Sonntags besuchen.

Freunde des Fußballsports aus Schöneberger Arbeiterkreisen, die nicht länger in den dem Jungdeutschlandbund angeschlossenen Vereinen spielen wollen, werden für heute abend zu einer Besprechung im Lokale Ernst Obst, Schöneberg, Martin-Luther-Straße 51, eingeladen.

Vertauscht worden ist am Sonntag, den 13. Oktober, beim Vertauschen der Arbeiterbildungsschule ein Warengopaletot und ein Gut. Austausch bei Artur Fischer, Kantensfelstr. 29, Seitensflügel I, abends zwischen 5 und 1/8 oder Donnerstags in der Bibliothek von 1/8 bis 1/9 Uhr.

Feuer auf einem städtischen Gute.

Am Montagmittag kam Großfeuer auf dem städtischen Kieselgut Hellersdorf zwischen Kaulsdorf an der Ostbahn und Eide, nahe Falkenberg zum Ausbruch. Zwei große mit Stroh und Ernte vorräten gefüllte Scheunen nahe dem Gutshof standen in Flammen. Diese hatten so reiche Nahrung gefunden, daß nur wenig zu retten war, obgleich die Gutsprize sowie die freiwilligen Feuerwehren von Marzahn, Eide, Gönnow, Kaulsdorf, Mahlsdorf, Dahlwitz, Birknersfelde, Ahrensfelde usw. zur Stelle waren. Die Berliner Feuerwehr entpandte um 3 Uhr von der Hauptwache die Rundlauf-Automobilpumpe, die um 3 1/2 Uhr an der Brandstelle ankam, mit der aber auch nicht mehr verhindert werden konnte, daß die beiden großen Scheunen total niederbrannten. Der angrenzende Kornboden, der anfänglich in der größten Gefahr schwebte, konnte mit allen übrigen Gebäuden wirksam geschützt werden.

Vorort-Nachrichten.

Adlershof.

Aus der Gemeindevertretung. Die Angelegenheit betreffend „Errichtung einer Lehrstellermittlung“ wurde vertagt, da zunächst die Erfolge der für Berlin eingerichteten Vermittlungsstelle abgewartet werden sollen und die eventuelle entstehenden Kosten zu übersehen sind. Die Mittel für die Vertretung von Lehrpersonal in den Gemeindefchulen und in der Anschaffung von Utensilien für den zu errichtenden Wärdverkauf in den Gemeindefchulen wurden einstimmig bewilligt. Der Dringlichkeitsantrag unserer Genossen auf Speisung der Schulkinder wurde nach längerer Debatte vertagt. Genosse Jabel wies in seiner Begründung des Antrages auf den großen Wert der Speisung hin; nicht nur die Kinder allein, sondern auch die Schule selbst habe einen großen Vorteil von dieser sozialen Einrichtung. Im allgemeinen war man sich wohl über den Nutzen der Speisung der Kinder einig, nur konnten sich die bürgerlichen Vertreter nicht über den Beginn verständigen. Von einigen ihrer Redner wurde verlangt, daß man in Adlershof erst dann beginnen soll, wenn auch die Nachbarorte, wie Köpenick, Niederschöneweide und andere, ebenfalls den Kindern Frühstück usw. verabfolgen. Einer der Herren glaubte sogar, daß Adlershof durch die zu frühe Einführung der Speisung hilfsbedürftiger Schulkinder ein „Eldorado der Armen“ würde, wodurch die weniger Bemittelten angelockt, das steuerkräftige Publikum aber ferngehalten würde. Als unsere Genossen sahen, daß eine Mehrheit für den Antrag nicht zu haben war, schlossen sie sich der Vertagung an, werden aber wohl sein, daß mit der Vertagung keine Verschleppung der Angelegenheit erfolgt. Unter „Verschiedenes“ wurde die Unsicherheit des Ortes besprochen. Am 5. Oktober, abends gegen 10 Uhr, ist in der Kronprinzenstraße der Kaufmann K. von einem Knobloch derartig geschlagen worden, daß er am Montag seinen Verletzungen erlag. Von einigen Rednern wurde erklärt, daß Adlershof zu wenig Beamte habe und dadurch die Sicherheit des Ortes gefährdet sei. Genosse Jabel ermittelte an die Vorkommnisse bei dem letzten Streik der Firma Jüst u. Co. Der Anschauung, daß zu wenig Polizei am Orte sei, konnte Redner nicht beipflichten, dem widersprechen die Tatsachen, daß alle von den Sozialdemokraten einberufenen Versammlungen von zwei Gendarmen überwacht werden, gewiß ein Beweis, daß genug Beamte vorhanden sind, da dieser Dienst als ein überflüssiger bezeichnet werden muß. Zum Schluß einigte man sich dahin, vom Amtsdirektor energisch zu verlangen, daß sofort Maßnahmen zur Hebung der Sicherheit im Orte getroffen werden. Es ist vor allem notwendig, eine Polizeiwache einzurichten, welche Tag und Nacht geöffnet ist. Ferner sollen die beiden, mit Exekutionsgewalt ausgerüsteten Gemeindefchener zum Strahndienst herangezogen und die Zahl der Nachwächter von zwei auf vier vermehrt werden.

Neukölln.

Die Vereinigung Jugendheim hält heute abend im großen Saale von Bartsch, Hermannstr. 49, ihre Generalversammlung ab. Näheres ist aus dem Inserat in unserer letzten Sonntagsnummer ersichtlich.

Weißensee.

Ein Schilfbürgerstad. Der Streit um die Beitrags- oder Gebührenordnung zur Kanalisation zwischen Grundbesitzerverein 1884 und Hausbesitzerverein 1910 zeitigt sonderbare Wäuten. Der 84er Verein fordert in mehr als 300 Einsprüchen die Befreiung der von der Gemeindevertretung beschlossenen Beitragsordnung. Um die Sache schleunigst zur Erledigung zu bringen, hatte man eine Audienz beim Regierungspräsidenten nachgesucht, die Herren sind jedoch nicht empfangen worden; die Gründe dieser Abfage sind nicht bekannt. Der 1910er Verein will die Einführung der Beitragsordnung und die Herabsetzung der Gebühren nach der allgemeinen in Berlin und den umliegenden Ortshäften üblichen Art. Auch diese Mitglieder haben ein Interesse an der Beschleunigung dieser Angelegenheit, zumal die Hausbesitzer die hohen Gebühren nicht er-schwingen können. Deshalb ersuchten auch sie um eine Audienz an derselben Stelle. Das paßte wieder den 84ern nicht in den Kram und nach dem Rezept: „Wie du mir, so ich dir“ verlangten sie von dem Regierungspräsidenten, daß auch die 1910er nicht empfangen werden. Wenigstens teilte der Dezernent der Regierung mit, daß ein solches Verlangen von den Herren von 84 gestellt worden ist. Diese Nachricht hat wie eine Bombe in den interessierenden Kreisen gewirkt.

Wohndorf.

Mit der Reorganisationsfrage beschäftigte sich die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Nach reger Diskussion stimmte die Versammlung folgendem Vorhloß des Genossen Rohr zu: Ausbau der Bildungsausschüsse, dahingehend, daß die Mitglieder der Partei durch Vorträge oder dergleichen mehr über unsere Grundzüge aufgeklärt werden. Jeden zweiten Monat soll eine Versammlung mit einem Referat über wichtige aktuelle Fragen gehalten werden. Um die Fultuation zu verhüten, ist der Kassierer zu verpflichten, am Quartalschluß einen Auszug von denjenigen Mitgliedern zu machen, die mit ihren Beiträgen länger als drei Monate im Rückstande sind. Die Rückanten sollen von den funktionären aufgeklärt und mit denselben Rücksprache genommen werden. Vergütungen sind auf das Mindestmaß zu beschränken. Als Ersatz dafür soll das Interesse für gute, künstlerische Veranstaltungen geweckt werden. Nachdem Genosse Franz den Kassenbericht erstattet hatte, wurde mitgeteilt, daß am Sonntag, den 27. Oktober für Wohndorf und Umgebung eine Agitationstour und Kalenderverbreitung stattfindet. Darauf be-

richtete Genosse Schiffe von der letzten Gemeindevorstellung, unsere beiden Genossen hatten erfahren, daß auf dem Landratsamt ein Plan für die „Südliche Umgehungsbahn“ ausliegt. Danach soll eine Kreisbahn gebaut werden, die von Grünau nach Niedersdorf führt. Für Vohndorf war jedoch kein Bahnhof vorgesehen, auch fehlten zwei Nebengänge. Auf Antrag unserer Vertreter Schiffe und Schulz erhob die Gemeindevorstellung dagegen Einspruch und stellte dahingehende Anträge. Die Friedhofsordnung ist endlich (ein ganzes Jahr hat es gedauert) unter Dach und Fach gebracht worden. Demnach betragen die Gebühren für die Grabstelle eines Erwachsenen 3 M., für die eines Kindes 1,50 M., Festmachen der Gruft für Erwachsene 5 M., für Kinder 2,50 M. (den Betrag erhält der Totengräber). Unsere Genossen stimmten gegen die Friedhofsordnung, weil der Antrag, die Beerdigung auf Gemeindefriedhöfen vorzunehmen, mit acht gegen vier Stimmen abgelehnt wurde. Kinderbestattungen können auf Antrag, der an die Friedhofscommission zu richten ist und der auch Genosse Schiffe angehört, kostenlos bestattet werden. — Der Dorfsteuerrat, um Unglücksfälle zu verhüten, mit einer Viguetterede eingeführt werden. Dieser Beschluß wurde bereits vor einem Jahre gefaßt, doch ist es dem Drängen unserer Vertreter zu verdanken, daß die Ausführung dieses Beschlusses nunmehr endlich erfolgt. Des Weiteren hatte die Gemeindevorstellung beantragt, Briefkästen im Ort anzubringen. Die Postbehörde hat diese Vorlage jedoch abschlägig beschieden. Ein amtlicher Anzeigenkasten soll für den Ortsteil Jaitenhorst aufgestellt werden. Nach Mitteilung des Bildungsausschusses finden Montag, den 4., 11., 18. und 25. November, sowie Montag, den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in der „Villa Kahl“ Vorträge des Genossen Julian Vorkardt über „Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus“ statt. Karten für alle fünf Vorträge zum Preise von 50 Pfennig sind beim Genossen Kemm, Paradiesstraße 7, zu haben. Die Genossen der umliegenden Orte sind hierzu besonders aufmerksam gemacht.

Rudow.

In einer Volksversammlung am Sonntag sprach Genosse Kitz über die gegenwärtige Lage und die zur Besserung derselben erforderlichen unzulänglichen Maßnahmen der Regierung. In der Diskussion forderte Genosse Ragott die Versammelten auf, den Agrariern, auf deren Konto der gegenwärtige Rossstand zu setzen ist, den Schnapstrich zu verweigern, daß sich jeder des Fusses enthalte. Genosse Schulz erwähnte zum Eintritt in die Organisation. Eingeleitet und beendet wurde die Versammlung durch Gesangsbeiträge des Arbeitergesangsvereins Rudow.

Pankow.

Die Generalversammlung des Vereins Arbeiter-Jugendheim, die heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im „Pankarofen“, Schloßstr. 8, stattfinden sollte, fällt umstände halber aus. Die Versammlung tagt heute aber acht Tage im gleichen Lokal.

Neu-Zittau (Kreis Weiskow).

Ein jäher Kampf um die Mandate in der dritten Abteilung hat vorläufig seinen Abschluß gefunden. Bekanntlich hatte die Gemeindevorstellung auf Protest des Herrn Müller die Wahl unserer Genossen Schulz und Petter für ungültig erklärt. Unsere Genossen beschritten den Klageweg. Der Kreisaußschuß in Weiskow, vor welchem Genosse Schulz am Freitag die Klage nochmals eingehend begründete, hob den Beschluß der Vertretung auf und erklärte die Wahl für gültig. Damit ziehen nach sechsjährigem Kampfe um die Mandate in der dritten Wählerklasse die ersten sozialdemokratischen Vertreter in das Dorparlament.

Wannsee.

Den Bericht vom Parteitag gab in einer gutbesuchten Wahlvereinsversammlung Genosse Piez. Nach einer eingehenden Würdigung der Arbeiten des Parteitages kam er auch auf die bekannte Erklärung seiner Mitdelegierten zu sprechen. Weil er die Schuld an solchen Differenzen zwischen den Delegierten, die auch bei der Aufhebung des Nürnberger Kaiserbeschlusses vorhanden waren, mehr dem bisherigen Arrangement der Kreisgeneralversammlung beimesse, die in den letzten zwei Jahren die Wahl der Delegierten vorgenommen habe, ohne zu dem Parteitag Stellung zu nehmen und die Meinung der Parteitagskandidaten kennen zu lernen, habe er bisher mit seinem Urteil über das unangenehme Vorkommnis sehr zurückgehalten. Aber nachdem in der Neuföhner Versammlung von dem Genossen Keller eine unrichtige und persönlich verletzende Darstellung des Vorganges gegeben worden sei, sei er gezwungen auf die Angelegenheit näher einzugehen. Er bedauere, daß durch diese an sich bedeutungslose Angelegenheit die Diskussion über die Arbeiten des Parteitages beeinträchtigt werde. Um dies zu verhindern, habe er schon auf dem Parteitag den Kreisvorsitzenden ersucht, eine Verständigung unter den Delegierten wegen der Verichterstattung herbeizuführen. Leider sei diese Verständigung nicht versucht worden. Was die Erklärung zu einem besonders unangenehmen Vorkommnis mache, sei die Art ihres Inhalts, die die Absicht, den Parteitag zu blaffen, deutlich erkennen lasse. In allergrößter Hast, ohne die Anwesenheit aller Delegierten und des Abgeordneten des Kreises abzuwarten, sei die Erklärung hinter Medners Rücken geschmiedet worden. Besonders interessant sei, daß der eigentliche Urheber der Erklärung nicht einmal ein Delegierter des Kreises ist, wie dieser sich auch schonte, seinen Namen unter dieses Machwerk zu setzen. Wenn jetzt, nachdem sich die Genossen allerorts gegen diese Erklärung wenden, diese durch den Genossen Keller anders zu deuten versucht wird, als was ihr klarer Wortlaut besagt, und was auch der Genosse Scheidemann daraus entnommen hat, so ist das begreiflich. Die Heberfälligkeit der ganzen Aktion trat nur noch mehr hervor, wenn sie sich nur gegen die Art und den Ton seiner Ausführungen richten soll, und nur als Gefühlsausbruch zu betrachten sei. Genosse Keller gerate dann in eine eigentümliche Situation, da er sich in der Neuföhner Versammlung in recht abfälliger Weise über den Ton der Rede des Genossen Piez geäußert, obgleich er kein Wort davon gehört habe. Nach dieser recht typischen Art der Urteilsfällung sei auch sein Urteil über seine (Piez's) sonstige Tätigkeit zu bewerten. Es sei zu erwarten, daß sich in Zukunft solche Vorgänge nicht wiederholen, die der Kreisdelegation, wie dem Parteitag nicht zur Ehre gereichen.

In der Diskussion wurde ebenfalls die Erklärung verurteilt. Daraus anschließend wurde der Bericht über eine Gemeindevorstellung und der Rossenbericht des 3. Quartals entgegengenommen. Ferner wurde ein Bildungsausschuß, bestehend aus den Genossen Pirche, Schuert und Kahl gewählt.

Waidmannslust.

Der von der Gemeinde eingeleitete Seifschverkauf findet von heute ab jeden Dienstag und Freitag bei dem Fischhändler Voh, Waidmannslust, 98 statt. Die Preise sind dem Verkäufer von der Gemeinde vorgegeben und werden durch eine Ausschritt im Laden bekannt gegeben.

Herzfelde.

Aus der Gemeindevorstellung. Zunächst wurde über einen Antrag betr. Verbreiterung der Mollenstraße von vier auf sieben Meter unterhandelt. Dem Antrage wurde insofern stattgegeben, als die Straße von der Sälzischen Ecke bis zum Feuerwehrgasse die Verbreiterung erfahren soll. — Es wurde beschlossen, geeignete Schritte zwecks Anlage eines Promenadenweges in der Mollenstraße zu unternehmen. — Das Urteil des Kreisaußschusses in der Verwaltungssache der Herren Behnmer und Wredere gegen die Gemeindevorstellung von Herzfelde wurde mitgeteilt. Dem Antrage, die Angelegenheit nunmehr für erledigt zu betrachten, gab die Vertretung statt. Unter anderem wurde noch beschlossen, für die Heizung der Rektorwohnung 70 M. und der Lehrerwohnungen 85 M. anzuzurechnen.

Nowawes.

In der Versammlung des Wahlvereins erließen die Anwesenden vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken der am 3. d. M.

Verstorbenen Genossin Engelkind. Im geschäftlichen Teil gab der Vorsitzende zunächst bekannt, daß bei der am 8. und 15. September vorgenommenen Hauskagation für den „Vorwärts“ 10, für die „Brandenburger Zeitung“ 50 neue Leser gewonnen wurden. Das Resultat entspreche nicht der aufgewendeten Mühe, es sei darum Pflicht der Genossen, auch weiterhin für die Ausbreitung der Parteipresse eifrig zu agitieren. Die Verhandlungen mit der Leitung des Konsumvereins wegen Errichtung einer Fleischverkaufshalle haben noch nicht zu einem befriedigenden Resultat geführt; es soll deshalb in den nächsten Tagen in einer Sitzung die Frage nochmals beraten werden. — Zur Aufnahme hatten sich diesmal zwei Genossen und zwei Genossinnen gemeldet. — In seinem Vortrage über kommunale Angelegenheiten gab Genosse Singer ein übersichtliches Bild über die von der Gemeindevorstellung in den letzten Monaten gefaßten wichtigeren Beschlüsse und begründete die Stellungnahme der dritten Abteilung zu den entsprechenden Vorlagen. Auch den neu geschaffenen Sonnabendmarkt sowie die von bürgerlicher Seite ausgehende Propaganda für Wiederaufhebung desselben zog er in den Kreis seiner Betrachtungen. Vor allem seien es die Hausbesitzervereine und der Verein für Handel und Gewerbe, die gegen die Neuerung Sturm laufen. Der gute Besuch des Marktes zeuge dafür, daß seine Einrichtung notwendig war. Die sozialdemokratische Fraktion werde deshalb nicht nur für Beibehaltung des Marktes, sondern sogar für eine Ausdehnung desselben in die späteren Abendstunden eintreten, um auch denjenigen Arbeitern, die auswärts beschäftigt sind und des Sonnabends später heimkehren, Gelegenheit zum Besuch des Marktes zu geben. Die vom Vorsitzenden des Grundbesitzervereins aufgestellte Behauptung, daß das auf dem Markt von auswärtigen Fleischern feilgebotene Fleisch minderwertiger sei als das in den hiesigen Geschäften erhältliche, widerlegte er unter Hinweis auf ein vom Oberarzt Deseler abgegebenes Gutachten. Das Fleisch verliere durch den Transport wohl an Ansehen, aber minderwertig sei es nicht. — In der Diskussion kam allgemein zum Ausdruck, daß eine Wiederaufhebung des Sonnabendmarktes angesichts der allgemeinen Legerung eine Vernachlässigung des größten Teils der Bevölkerung zugunsten der einheimischen Händler und Gewerbetreibenden, denen die Konkurrenz lästig ist, bedeuten würde. Genosse Neumann gab zwar zu, daß unter den heutigen Verhältnissen an eine wesentliche Verbilligung der Fleischpreise nicht zu denken sei, bezeichnete jedoch die Beibehaltung der auswärtigen Konkurrenz auf dem Markt für wünschenswert, um ein weiteres Hinaufschaukeln der örtlichen Nahrungsmittelpreise zu verhindern. Der vom Kassierer erhaltene Rossenbericht für das 1. Quartal weist in Einnahme 1153,80 M. und in Ausgabe (inkl. des an den Kreis abgeführten Drittels von 769,20 M.) 1123,41 M. aus. Der gegenwärtige Mitgliederstand beträgt 970, davon 173 Frauen. — Am Schluß der Versammlung wies Genosse Schramm noch auf die am 18. Oktober im Restaurant Port Arthur stattfindende Versammlung hin, die sich mit der bevorstehenden Wahl der Verkauensmänner zur Angestelltenversicherung beschäftigen wird, und ersuchte um eifrige Agitation unter den Angestellten zwecks guter Wahlbeteiligung.

Aus aller Welt.

Wie die Kämpfer starben.

Der Kriegskorrespondent des „Daily Mirror“ in Cattaro berichtet ergreifende Einzelheiten über die Zustände in montenegrinischen Feldlagern. Er schreibt u. a.: „Der kolossale Preis, den die Nation bezahlt, kommt einem erst recht zum Bewußtsein, wenn man bedenkt, über welche geringe sanitäre Hilfsmittel die Montenegriner verfügen. In dem montenegrinischen Hospital spielten sich erschütternde Vorgänge ab. Dort hantierte nur ein Arzt, der Leibarzt des Königs Nikita. Er arbeitete Tag und Nacht und wurde von einem einzigen Mann und einigen Frauen unterstützt. Ich wohnte einer Untersuchung eines vor der Front schwer verwundeten montenegrinischen Soldaten bei, der auf einem Pferde in das Hospital gebracht worden war. Der Verwundete lag mit nacktem Oberkörper auf einer langen Tafel in einem Raum, der mehr einer Scheune gleicht. Er hatte eine Kugel in die Brust bekommen. Der Arzt nahm sofort eine Operation vor und entfernte kunstgerecht die Kugel aus der Wunde. Der Zustand des Verletzten ist verheerend. Bewundernswert war es, zu sehen, wie sich der Soldat während der Operation beherrschte. Er stöhnte nicht und gab auch keine Jammerlaute von sich und nur in seinem Gesicht spielte es sich ab, wie ein furchtbarer Schmerz er empfand. Der Arzt fertigte 12 Verwundete innerhalb einer Stunde ab. Es ist auffallend, mit welcher einer Geschwindigkeit der Arzt arbeitete. Seine Tätigkeit wurde sehr erschwert durch die außerordentlich primitiven Hilfsmittel. Es gibt keine regelmäßigen Ambulanzen; daher können auch nicht alle Verwundete aufgefunden werden. Viele Verwundete sterben ohne Beistand. Nahezu 100 Mann sollen schon tot sein. 878 Schwerverletzte sind nach dem Feldlazarett von Podgorizza gebracht worden. Alle Männer über 18 und unter 65 Jahren befinden sich in der Front. In den Städten wurden nur die Personen zurückgelassen, die für die Verwaltung unbedingt erforderlich waren. Auch die montenegrinischen Frauen legen einen großen Heldenmut an den Tag. Sie schleppen in Oshengespinnen Munition und Nahrungsmittel an die Gefechtslinie.“

Grubenkatastrophe in Australien.

Eine Schredenskunde meldet der Telegraph aus Queenstown. Danach ist in einer Kohlengrube bei North-Blyells auf der Insel Tasmanien in einer Tiefe von 280 Meter Feuer ausgebrochen, wodurch 90 Grubenarbeiter von der Außenwelt abgeschnitten sind. Das Feuer entstand am Sonnabend mittag. Bisher ist es noch nicht gelungen, zu den eingeschlossenen vorzubringen, jedoch glaubt der Generaldirektor der Grube zuversichtlich, daß die meisten Bergleute in Sicherheit sind. Derartig optimistische Anschauungen sehen wir noch bei jeder Grubenkatastrophe — bis die Pumpwerke in Tätigkeit treten, um das schwarze Gold im Interesse der Aktionäre zu retten.

Dauerfahrt des Marine-Luftschiffes L. I.

Das neue für die Marine bestimmte Zeppelin-Luftschiff, das am Sonntag früh um 8 Uhr 35 Minuten in Friedrichshafen zu einer Dauerfahrt aufstiegen war, ist am Montag nachmittag um 4 Uhr 43 Minuten auf dem Flugplatz in Johannisthal glatt gelandet. Auf seiner mehr als 30stündigen Fahrt durchquerte das Luftschiff ganz Deutschland vom Bodensee bis zur Nord- und Ostsee und flog dann über Kiel, Lübeck und Mecklenburg nach Berlin. Das Luftschiff hat also auf seiner Fahrt, die diesmal freilich durch besonders gutes Wetter begünstigt war, eine Reise von weit über 1000 Kilometer zurückgelegt. Mit den Betriebsmannschaften befanden sich 21 Personen an Bord, darunter Graf Zeppelin selbst, der die Führung des Luftschiffes in Person übernommen hatte.

Der Polizeimörder vor Gericht.

In dem Prozeß gegen den Polizeileutnant Weder wurde am Sonnabend der Spieler Rose als Zeuge vernommen. Er schilderte die Begleitungen Weders zu dem Spielhöllendiebstahl Rosenthal und legte dar, wie der Mord geplant und die Täter ge-

wonnen worden seien. Weder habe die Befestigung Rosenthals immer wieder gefordert und sei schließlich, als die Ausführung der Tat sich verzögerte, wütend geworden. Die Aussage des Zeugen, der eine genaue Darstellung der Tat gab, machte auf die im Saale Anwesenden tiefen Eindruck. Weder sah in Schwere gebadet auf der Anklagebank. Unter anderem sagte der Zeuge, Weder habe erklärt, er würde der Leiche Rosenthals auf der Polizeistation die Junge ausschneiden, wenn der Distriktsanwalt nicht anwesend wäre.

Ein Baron v. Radowiz als Gauner verhaftet.

Einen recht interessanten Einblick in das Leben und Treiben der goldenen Jugend gibt die in Paris erfolgte Verhaftung des Barons Klemenz v. Radowiz, eines Neffen des früheren deutschen Gesandten in Madrid. Der hoffnungsvolle junge Mann wurde in einer Bar auf Veranlassung eines Antiquitätenhändlers verhaftet, dem er für Teppiche und ähnliche notwendige Dinge die Kleinigkeit von 70000 Frank schuldet. Natürlich hat Baron Radowiz die Sachen bald nach Empfang verkauft, wie er auch sonst sein Leben auf dem Geldbeutel der Leute aufbaute, die vor einem Baronsittel unbegrenzten Respekt haben.

Baron Klemenz v. Radowiz hat früher als Offizier in einem bayerischen Regimente gedient, wegen seiner Heirat mit einer Schauspielerin, von der er sich jedoch wieder getrennt hat, nahm er seinen Abschied aus der Armee. Im Zeitraum von fünf Jahren verplemperte er etwa fünf Millionen Mark. Als das eigene Vermögen alle wurde, fing er an, auf Kosten anderer zu leben. Natürlich schränkte er sich auf das Nötigste ein; in einem gemieteten Schloß in der Nähe von Fontainebleau hielt er sich a hizehn Diener, während fünfzehn Pferde und drei Autos für die notwendige Bequemlichkeit bei Ausflügen und Besuchen sorgten. Und das alles auf Pump. Es gibt doch immer noch anständige Menschen, die für die standesgemäßen Bedürfnisse adliger Sproßlinge Verständnis zeigen!

Die Verurteilung und Burgtheater.

Das Wiener „Extrablatt“ erzählt folgenden Scherz: Der Direktor des Johann-Strauß-Theaters erhielt diese Tage folgenden Brief: „Sehr geehrter Herr Direktor! Verzeihen Sie vielmals, wenn ich um meine Entlassung aus Ihrem Theater erbitte. Ich habe eine Verurteilung in das Burgtheater bekommen. Ich bitte, überzeugt zu sein, daß ich meine Stellung in Ihrem Hause nicht verlassen hätte, aber im Burgtheater ist mehr Einkommen und bei den teureren Zeiten spielt das eine große Rolle. Nochmals erlaube ich, nicht ungehalten zu sein. Mit Handlung und Empfehlung Elisabeth R.“ — Der Direktor drehte das Papier hin und her, dann blätterte er in den Personalstandsaussweisen seines Hauses — eine Elisabeth R. war nicht zu finden. Der Regisseur wurde geholt, auch ihm klang der Name nicht bekannt. Endlich kam Klärung vom Hausinspektor: Elisabeth R. war Aushilfskassiererin. Während die Herren über den sonderbaren „Fall“ lachten, klopfte es und herein trat ein sauber gekleidetes Mütterchen, das sich als Elisabeth R. vorstellte. „Aha“, rief der Direktor aus, „Sie wollen uns verlassen, weil Sie im Burgtheater mehr Einkommen erwarten. Also, meinetwegen. Obwohl es mir leid tut, eine verlässliche Frau zu verlieren. Leben Sie wohl und viel Glück!“ Mit vielen Verbeugungen nahm die Matrone die freundlichen Worte des einstigen Prinzipals entgegen. Man merkte ihr aber an, daß sie noch etwas auf dem Herzen trug: „Nicht wahr, Herr Direktor, kam es zögernd von den Lippen der Frau, „wenn Sie einmal in das Burgtheater kommen, werden's an meiner Tür nicht vorübergehen!“ Mit einem zustimmenden Nicken humpelte sie zur Tür hinaus.

Allerhand Achtung.

Ein gut unterrichteter Direktor scheint nach einer Mitteilung des „Berl. Tagebl.“ der Direktor Emil Rehders von der Schantung-Bergbaugesellschaft zu sein. Wie das Blatt in seinem Vortexte meldet, erschien am Freitagabend im „Reichsanzeiger“ eine Bekanntmachung der Schantung-Bergbaugesellschaft, in der die Anteilseigner zu einer außerordentlichen Generalversammlung einberufen wurden. Auf der Tagesordnung stand: „Verkauf des Vermögens der Gesellschaft im ganzen“. Es handelt sich also um nichts Geringeres als um ein völliges Aufhören der Gesellschaft. Ueber diesen doch nicht gerade unwichtigen Antrag der Gesellschaft war — was einmal festgelegt werden muß — einer der Direktoren des Unternehmens, Herr Emil Rehders, nicht informiert. Er bestritt die Richtigkeit der Angabe, und erst als er auf den „Reichsanzeiger“ verwiesen wurde, gab Herr Rehders zu, daß es dann wohl stimmen müsse, er, der Direktor, habe aber keine Kenntnis davon. Der Direktor aber kannte also weder die Tagesordnung noch den Geschäftsbericht der Gesellschaft, der an dem betreffenden Abend bereits gedruckt war und in dem das Kaufangebot der Schantung-Eisenbahn veröffentlicht wurde. Das scheint ein wohlgeordneter Betrieb zu sein!

Keine Notizen.

Schweres Grubenunglück in Oberschlesien. Auf der Breitengrube stürzten gestern große Gesteinsmassen zusammen und begruben mehrere Bergarbeiter. Nach angestrengter Arbeit gelang es, zwei Bergleute als Leichen zu bergen.

Brand in einem Hospital. Am Sonnabendabend kurz nach 6 Uhr brach im Dachstock des mittleren Baues des Rokus-Hospitals in Mainz ein Brand aus. Da die Flammen ziemlich rasch um sich griffen, mußten die Kranken im dritten Stock schleunigst in Sicherheit gebracht werden. Nach etwa zweistündigen Bemühungen war der Brand lokalisiert und die Gefahr für die anderen Gebäude und die Kranken beboben. Die Patienten wurden zum Teil einstweilen in Baracken untergebracht. Verletzungen sind nicht bekannt geworden.

Erdbeben in Kaukasus. Am Sonnabendabend gegen 11 Uhr ist in Tiflis ein heftiges Erdbeben verspürt worden; von verschiedenen Orten werden Beschädigungen gemeldet. In der in der Nähe der Stadt gelegenen Sommerfrische Vorshom ist ein Gasthaus eingestürzt.

Son Verdachte des Gattenmordes befreit. In einer Ortschaft bei Schwabing war dieser Tage ein Waldarbeiter unter dem Verdachte verhaftet worden, seine Frau und seine Schwiegermutter ermordet zu haben. Wie die Blätter melden, haben die beiden verschwundenen Frauen sich gemeldet. Sie hielten sich aus Furcht vor den Mitteilungen des Mannes in Württemberg auf.

Erdbeben in Württemberg. In der Nacht von Sonntag zu Montag sind in der Gegend von Reutlingen ebenfalls verschiedene heftige Erdstöße verspürt worden.

Opfer des Flugports. Der ungarische Piloter Alexander Tatars stürzte am Sonntag früh auf dem bei Budapest gelegenen Kalofer Flugfeld ab und war sofort tot.

Witterungsübersicht vom 14. Oktober 1912.

Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. d. d. d. d.	Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. d. d. d. d.
Swinemünde	773	SW	2	Dunst	4	Haberstadt	770	SW	4	bedeckt	3
Danzburg	771	SW	2	Dunst	4	Betersburg	768	SW	1	Regen	3
Berlin	773	0	1	beller	4	Schiff	768	SW	4	Regel	14
Frankfurt	778	SW	1	Regel	3	Aberdeen	753	0	2	bedeckt	12
Rimini	775	SW	2	Regel	1	Paris	772	0	1	Regel	2
Wien	773	SW	1	halb b.	3						

Wetterprognose für Dienstag, den 15. Oktober 1912.

Zunächst ein wenig wärmer bei zeitlichen südwestlichen Winden und langsam zunehmender Bewölkung; nachher etwas Regen mit neuer Abkühlung. Berliner Wetterbureau

Verlagsgesellschaft v. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW.